

Differenzierungsprozesse in Ostmittel- und Osteuropa

7. Brühler Tagung junger Osteuropa-Experten

22.6. bis 24.6.2000

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 2000 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

Inhalt

Geleitwort	5
GESCHICHTE UND REGIONALE IDENTITÄT	6
Baga Enikö	6
Regionale Identität und lokale Integration als Grundlage für die Akzeptanz institutioneller Innovation: der Fall Timisoara	6
Lena Lagun	11
Belarus: Zerstörung historischer Divergenz	11
Claudia Lange	15
Symbolischer Konsens, regionale Integration und institutionelle Innovation – das Beispiel der Westukraine	15
GESCHICHTE, KOLLEKTIVE ERINNERUNG UND POST-KOMMUNISTISCHE IDENTITÄT	20
Andrea Zemskov-Züge	20
Die Sowjetische Frau im Großen Vaterländischen Krieg	20
Andreas Langenohl	25
Transformation als Konfliktenttarnung: Politische Kultur in Rußland und der "Große Vaterländische Krieg"	25
Kristina Küntzel	30
Die Wiederaneignung der eigenen Geschichte in der russischen Provinz – wie sich Nižnij Novgorod mit seiner Vergangenheit auseinandersetzt	30
ZIVILGESELLSCHAFT IN OSTEUROPA?	35
Jörg Forbrig	35
Zivilgesellschaft? Fünf Thesen zu einem problematischen Begriff	35
Heinz M. Pascher	40
Im Kapitalismus leben. Anomie und gesellschaftliche Marginalisierung in Polen nach 1989	40
Kerstin Zimmer	44
Symbolischer Konsens, regionale Kohäsion und das Versagen institutioneller Innovation in Donetsk	44
SOZIOÖKONOMISCHE DIFFERENZIERUNGSPROZESSE AUF REGIONALER EBENE	50
Artis Kancs	50
Regionale Disparitäten in der wirtschaftlichen Entwicklung in den Ländern Mittel- und Osteuropas	50
Karin Pieper	59
Regionalpolitik im Spannungsfeld zwischen nationalen Anforderungen und integrationspolitischen Herausforderungen am Beispiel von Ungarn und Polen	59

Annegret Haase	64
Einfluß der Transformation auf periphere Regionen des östlichen Polen	64
Claudia Stein	70
Aspekte der Regionalentwicklung des Fergana-Tals im Kontext des mittelasiatischen Transformationsprozesses	70
DIE LOKALE DIMENSION DES TRANSFORMATIONSPROZESSES	76
Andreas Rust	76
Divergierende Institutionalisierungsmuster im Bereich der lokalen Entwicklung in Lettland	76
Dagmar Haase, Annett Steinführer	80
Ostmitteleuropäische Städte im Prozeß der sozialen und ökologischen Transformation	80
Annett Steinführer	85
Wohnstandortentscheidungen und Umweltqualität. Eine Untersuchung städtischer Transformationsprozesse am Beispiel von Leipzig und Brünn (Brno)	85
POST-KOMMUNISMUS UND NATIONALITÄT	90
Daniel Kraft	90
Zwischen Habsburg, Husák und Havel	90
Ildikó Sülye	95
Auf dem Weg nach Europa mit einer neuen, aber doch alten nationalen Identität	95
Guido Houben	101
Kulturpolitik und Ethnizität in Rußland	101
Krisztina Keller	105
Eine ethnische Minderheit mit sozialen Problemen: die ungarischen Roma	105
Stephanie Dittmer	110
Ausgrenzung und Assimilation? Zur Situation der russischen Minderheit in Estland	110
POLITISCHE SYSTEME IM DIFFERENZIERUNGSPROZEß	114
Inka Jörs	114
Postkommunistische Parteien in Polen und Ostdeutschland im Vergleich	114
Marie-Carin von Gumpenberg	119
Gefahren autoritärer Regime in Zentralasien	119
Adam Gondos	124
Gedanken zur laufenden Medienschlacht in Ungarn	124
Alphabetisches Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	128

Juni 2000

Redaktion: Jana Bürgers/Stefanie Harter/Heiko Pleines

Geleitwort

Seit 1996 finden in Brühl regelmäßig Tagungen für junge Osteuropa-Experten statt. Diese Veranstaltungen sollen Nachwuchswissenschaftlern aller Fachgebiete, die sich in ihren Arbeiten mit den aktuellen Entwicklungen in Osteuropa auseinandersetzen, ein Forum bieten, ihre Ideen und ihre Forschungsansätze vorzustellen und offen zu diskutieren. Veranstaltet werden die Tagungen vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien und dem Ost-West-Kolleg der Bundeszentrale für politische Bildung gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und seit diesem Jahr auch der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Es ergibt sich aus dem Gegenstand der Tagungen, daß der Schwerpunkt auf der Auseinandersetzung mit der post-sozialistischen Transformation der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systeme in Ost- und Ostmitteleuropa liegt. Hier hat sich ein breites Arbeitsfeld geöffnet, das weit über den Rahmen der traditionellen Osteuropaforschung hinauszeigt. Das Fach hat sich grundlegend verändert, und genau dies zeigen auch die Projekte, die auf den Tagungen vorgestellt werden. Die Vielfalt von Fragestellungen, Forschungsansätzen und Methoden ist ein ermutigendes Zeichen für die weitere Entwicklung der deutschen Osteuropaforschung.

Es gilt auch festzuhalten, daß wir derzeit über eine große Zahl junger hochqualifizierter Wissenschaftler verfügen, die sich intensiv mit den gesellschaftlichen Prozessen in dieser Region befassen. Aufgrund der Öffnung der osteuropäischen Gesellschaften seit Mitte der 80er Jahre einerseits und des wachsenden Interesses der allgemeinen Sozialwissenschaften an der Region Osteuropa andererseits hat diese Generation für ihre Ausbildung fachlich, methodisch und sprachlich weit bessere Voraussetzungen vorgefunden, als dies bei früheren Expertengenerationen der Fall war. Es ist eine Chance für Politik, Wirtschaft und auch für die etablierte Wissenschaft, dieses Potential an qualifizierten Nachwuchskräften sinnvoll zu nutzen.

Wir wünschen den Teilnehmern der 7. Brühler Tagung ebenso fruchtbare Diskussionen wie bisher und hoffen, daß der vorliegende Band dazu beiträgt, den Erfahrungsaustausch auch über den engeren Kreis der unmittelbar Beteiligten hinaus zu fördern.

Prof. Dr. Wolfgang
Eichwede
(Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde und
Forschungsstelle Osteuropa)

Dr. Horst Müller
(Ost-West-Kolleg der Bundeszentrale
für politische Bildung)

Prof. Dr. Heinrich Vogel
(Bundesinstitut für ostwissenschaftliche
und internationale Studien)

Geschichte und regionale Identität

Baga Enikö

Regionale Identität und lokale Integration als Grundlage für die Akzeptanz institutioneller Innovation: der Fall Timisoara¹

Aus der Betrachtung der rumänischen Transformation wird ersichtlich, daß politischer Wille allein einen institutionellen Wandel, als Voraussetzung für die "Umkehrung" eines ungünstigen Entwicklungspfades, kaum durchzusetzen vermag. Funktionsfähigkeit und Effizienz der neuen Institutionen wird von der Art und Weise, in der sie von den sozialen Akteuren akzeptiert und verinnerlicht werden, bestimmt. Dies wird wiederum von dem Grad sozialer Integration geprägt, der seinerseits – im Sinne Putnams² – als ein Ergebnis langfristiger historischer Entwicklungen betrachtet werden kann.

Institutioneller Wandel am Beispiel der lokalen Selbstverwaltung

Infolge der Verwaltungsreform 1991 wurde auch in Rumänien die lokale Selbstverwaltung eingeführt. 1992 wurden die ersten Selbstverwaltungsorgane gewählt, die allerdings noch kaum in der Lage waren, die lokalen Angelegenheiten effizient zu verwalten.

Die ausbleibenden rechtlichen Vorschriften über die Mittelvergabe führten zu einer starken Abhängigkeit der Kommunen von der Zentrale, die sich hierüber die Möglichkeit freihielt, die Entscheidungsfähigkeit der lokalen Ebene zu unterbinden oder zu politischen Zwecken zu instrumentalisieren.³ Vertreter der lokalen Selbstverwaltungen optierten dann ihrerseits für klientelistische Handlungsmuster zum Schutz vor dem willkürlichen äußeren Zugriff.⁴

Mit der Verabschiedung des Gesetzes über die finanziellen Grundlagen für die lokale öffentliche Verwaltung wurde 1998 die finanzielle Unabhängigkeit der lokalen Selbstverwaltungen gewährleistet. Allerdings führte dies weder zu dem Verschwinden klientelistischer Netzwerke, noch zu einer radikalen Änderung der Wahrnehmung der Selbstverwaltung in der Gesellschaft.

Lokale Selbstverwaltung in Timisoara

Etwas unterschiedlich gestaltete sich die Lage in Timisoara, wo sich infolge der urbanen Revolte bereits im Dezember 1989 unabhängige Selbstverwaltungsinstanzen etablieren konnten.

¹ Diese Arbeit ist im Zusammenhang des von Melanie Tatur geleiteten und von der VW-Stiftung finanzierten Forschungsprojektes "Lokale und regionale Akteure und Institutionen in der regionalen Entwicklungspolitik in Polen, Rumänien, der Ukraine und Ungarn" entstanden.

² R.D. Putnam: Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy, Princeton 1993.

³ A. Campbell: Local Government in Romania, in : Local Government in Eastern Europe, hrsg. von A. Coulson, Birmingham 1995, S. 155.

⁴ Interview mit Frau S. K., ehemalige Kommunalrätin im Munizipium Sibiu/Hermannstadt, geführt von Laura di Salvo im September 1997.

Diese wurden allerdings Anfang 1990 aufgelöst und durch hierarchisch gegliederte zentralistische Verwaltungseinheiten ersetzt.⁵ Die Idee der Dezentralisierung wurde in der Proklamation von Timisoara im Mai 1990 zwar wieder aufgegriffen, konnte aber nicht durchgesetzt werden.

Trotz dieser lokalen Besonderheiten, die sich auf die spezifische Mobilisierungsdynamik und noch weiter auf die Geschichte des Banat zurückführen lassen, scheint sich die Selbstverwaltung in Timisoara in der Wahrnehmung der Bevölkerung auch nicht als Interessenvertretung der lokalen Gemeinschaft etabliert zu haben:

Ich glaube, daß sich die Selbstverwaltung zu einem bestimmten Zeitpunkt von einer autoritären, bevormundenden Behörde in eine Art Lampe des Aladdin verwandelt hat. Sie verfügt nicht mehr über die notwendige Autorität. Es wird nicht eingesehen, daß die Information an den Entscheidungsträger weitergeleitet werden muß, denn wenn man nicht über die notwendige Information verfügt, kann man auch keine richtigen Entscheidungen treffen. Oft wird von der Seite der Unternehmen, der Zivilgesellschaft oder der anderen Institutionen die Meinung vertreten, daß, wenn diese Unabhängigkeit schon mit Mühe und Not errungen wurde, sie um keinen Preis aufgegeben werden kann. Leider wird Disziplin immer noch als Zwang verstanden.⁶

Wenn einerseits die Selbstverwaltung von der Bevölkerung immer noch als feindliche, autoritäre Instanz wahrgenommen wird, so scheint sie andererseits aber gegenüber dem Zentrum nicht besonders viel Autorität zu genießen:

(Entwicklungspolitik scheitert) in erster Reihe am Geldmangel und an dem Mangel an Leuten, die die Fähigkeit hätten, die Entscheidungsfaktoren im Zentrum zu beeinflussen. Es zählt nämlich sehr viel, wer einen Kreis leitet und wie diese Person im Zentrum ankommt. Wir wissen ja alle, daß alles vom Zentrum abhängt, die lokalen Behörden haben da nach wie vor nichts zu sagen.⁷

Der Versuch, über die vor Ort gewählten Parlamentarier Einfluß im Zentrum zu gewinnen, scheint auf dem Hintergrund des Parteienklientelismus auch zum Scheitern verurteilt:

Diejenigen, die den Kreis vertreten, müssen gemeinsam für den Kreis eintreten, ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit und nicht so, daß sie hier und dort ein Tor für die eine oder andere Partei schießen. Sie müssen sich alle mobilisieren, um was für Timisoara zu erreichen. Aber so, wie sie es jetzt machen, der eine zieht in die eine Richtung, der andere in die andere, so geht es nicht.⁸

Unter diesen Bedingungen erscheinen die Chancen für eine auf lokale und regionale Zusammenarbeit basierende sozio-ökonomische Entwicklungspolitik nicht besonders erfolgversprechend.

⁵ R. Leber: Politische Kultur und Systemtransformation in Rumänien, Frankfurt/M. u.a. 1996, S. 141.

⁶ Eigene Übersetzung des Interviews mit Frau A. J., Leiterin der Abteilung für Stadtplanung und urbane Entwicklung im Rathaus Timisoara, Oktober 1999.

⁷ Eigene Übersetzung des Interviews mit Herrn P.O., Vorsitzender des Vereins FALT, Timisoara, Oktober 1999

⁸ Eigene Übersetzung des Interviews mit Herrn P.O., Vorsitzender des Vereins FALT, Timisoara, Oktober 1999.

Trotzdem wird immer wieder von erfolgreicher Zusammenarbeit berichtet, wenn auch zunächst nur bei der Durchführung außenfinanzierter Pilotprojekte oder bei der Erarbeitung von Entwicklungsstrategien.

Rolle der urbanen Eliten

Hierbei kommt den urbanen Eliten eine besondere Rolle zu. Die städtischen Eliten in Timisoara kennzeichnen sich durch politische Legitimität, lokale Integration, soziale Homogenität sowie Zugehörigkeit zu einem intellektuellen Milieu.

Der typische Vertreter dieser Gruppe ist gebürtiger Temeschwarer, hat die deutsche Schule im Ort besucht und anschließend an der Technischen Universität studiert, wo er heute unterrichtet. Parallel zu seiner Lehrtätigkeit hat er noch ein Joint-Venture Geschäft mit einem inzwischen in Deutschland ansässigen ehemaligen Schulkameraden.

Die urbane Elite scheint die leitenden Positionen in den Institutionen, die eine wichtige Rolle für die Regionalentwicklung spielen, wie z.B. Selbstverwaltungen, Handelskammer, Entwicklungsagenturen, Universität usw., innezuhaben. Jenseits ihrer funktionalen Vernetzungen sind diese Institutionen auch über Ämterkumulation und persönliche Bekanntschaften vernetzt. Daher erfolgt die Verständigung über die Ziele und Strategien für die Regionalentwicklung weniger im Rahmen öffentlicher Debatten, sondern vielmehr über Privatgespräche oder Expertendiskurse.

Auf dieser Grundlage entstehen organisatorische Strukturen, die sich durch lose Vernetzung charakterisieren. Es wird zwar versucht, die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Institutionen durch die Schaffung von Konsortien, Koordinationsstellen oder Dachverbänden zu formalisieren, aber letztendlich bleiben doch die informellen Beziehungen ausschlaggebend. Die Tragfähigkeit dieser Beziehungen wird wiederum durch den Rückgriff auf die lokale und regionale Identität untermauert.

Regionale Identität

Die Banater Identität baut auf eine regionale Mythologie auf, die drei historische Momente aus der Geschichte der Region besonders hervorhebt: die Habsburger Zeit, die Zwischenkriegszeit und die Revolution.

Die Habsburger Zeit entspricht dem Gründungsmythos der Region. In diesem Mythos ist das Selbstverständnis als Vorkämpfer der Zivilisation verankert, das als Begründung für die hier ausgelöste Revolte gegen das kommunistische System sowie für die auf lokaler und regionaler Ebene stattfindenden institutionellen Innovationen dient.

Dem Gründungsmythos folgt das "goldene Zeitalter", das sich von der österreichischen Rückeroberung bis hin zur kommunistischen Herrschaft erstreckt. Diese Periode wird über die Chronologie eines ungebrochenen technischen Fortschrittes, der zum ökonomischen Wohlstand führt, beschrieben. Sie wird ferner mit interethnischer Harmonie und gegenseitigem Respekt gleichgesetzt. Die Partizipation aller Volksgruppen am ökonomischen Wohlstand

wird als Grundlage für die interethnische Harmonie betrachtet. Gleichzeitig wird auch auf die politische Gleichheit aller hier Lebenden verwiesen.

Als "dunklem Zeitalter" haftet der Zeit der kommunistischen Herrschaft eine Geschichte der Zerstörung an. Sie dient als Projektionsfläche für eine lange Reihe konfliktorischer Auseinandersetzungen zwischen nivellierendem Zentrum und nach Eigenständigkeit ringender Region, "Mitteleuropa" und "Balkan", "Halbasien". In diesem Kontext wird die Revolte gegen das Ceausescu-Regime als Sieg über den Kommunismus und Wiederherstellung der ursprünglichen Ordnung gedeutet.

Vor diesem Hintergrund wird lokale Identität in Timisoara nicht mit exklusiven Identitätsmerkmalen wie Ethnie oder Religion verbunden, sondern mit Vielsprachigkeit⁹, Multiethnizität, religiöser Toleranz und urbanen Verhaltensstandards. Eine so gefaßte Identität stattet ihre Träger mit einem breiten kulturellem Repertoire und interkulturellen Kommunikationskompetenzen aus, die die Temeschwarer gegenüber anderen sicher und selbstbewußt auftreten läßt: "Die Tatsache, daß ich von hier bin, gibt mir ein Gefühl von Sicherheit und – Macht wäre vielleicht zu viel gesagt – Selbstbewußtsein in meinen Beziehungen zu anderen."¹⁰

Die beiden Seiten der Medaille

Für internationale Kooperation ist eine solche Einstellung besonders vorteilhaft. Der Rückgriff auf die Geschichte ermöglicht ein Sich-In-Bezug-Setzen zum westlichen Europa und die Wahrnehmung der eigenen Chancen im Prozeß der Osterweiterung der EU. So verfügten auch alle Institutionen, mit deren Vertretern ich Interviews geführt habe, über vielfache internationale Kontakte. Viele Institutionen konnten erst auf der Grundlage internationaler Zusammenarbeit entstehen, für andere galt der Zugang zu äußeren Finanzierungsmöglichkeiten als entscheidender Anreiz.

Trotz allem birgt aber die einseitige Bezugnahme auf das Habsburger Erbe unter radikaler Ablehnung der kommunistischen Vergangenheit auch die Gefahr, daß reale Probleme verkannt oder gar nicht erst wahrgenommen werden. So sind in Timisoara nicht nur ausländische Investoren, sondern auch Straßenkinder stark präsent. Die lokale Gemeinschaft sieht sich mit einer wachsenden Kriminalitätsrate konfrontiert, die unter den Bedingungen steigender Arbeitslosenzahlen und einer 10%-igen Institutionalisierungsrate der Bevölkerung unter 16 Jahren in der nahen Zukunft wahrscheinlich noch weiter anwachsen wird.

Soziale Probleme, mit denen vor allem Einwanderer aus rückständigen, bäuerlich geprägten Landesteilen konfrontiert sind, wurden soweit nicht als relevant angesehen, da sie ja "unsere Banater" nicht betrafen. Die Zugezogenen wurden als Hinterlassenschaft der kommunistischen Industrialisierungspolitik betrachtet und sowohl aus ideologischen Gründen,

⁹ Mit zwei Ausnahmen sprachen alle meine Interviewpartner außer ihrer Muttersprache mindestens eine Fremdsprache, aber zwei Fremdsprachen waren auch keine Seltenheit.

¹⁰ Eigene Übersetzung des Interviews mit Herrn H. I., Direktor der regionalen Entwicklungsagentur, Timisoara, Oktober 1999.

wie auch aufgrund ihrer Nonkonformität mit urbanen Verhaltensstandards abgelehnt. Eine Auseinandersetzung mit der Lage dieser Bevölkerungsgruppe erscheint aber dringend notwendig, da auf dem Hintergrund der Abwanderung der alteingesessenen urbanen Eliten und der weiteren Zuwanderung sozial Benachteiligter aus anderen Landesteilen inklusive urbane Verhaltensstandards zu zerbrechen drohen.

Die von den lokalen Behörden in Zusammenarbeit mit meist kirchlichen Trägern durchgeführten sozialen Programme sowie die Initiative des Arbeitsamtes zur Mobilisierung durch Ausbildung weisen bereits in diese Richtung. Ferner bleibt auch zu hoffen, daß das Engagement der lokalen Selbstverwaltungen und ihre partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Vertretern der Zivilgesellschaft gegenseitige Lernprozesse in Gang bringt, die einerseits zu einer größeren Bürgernähe und Effizienz der Selbstverwaltungen und andererseits einer höheren Akzeptanz in der Bevölkerung führen.

Lena Lagun

Belarus: Zerstörung historischer Divergenz

Das Konzept einer "pfadabhängigen" Entwicklung¹ der post-sozialistischen Gesellschaften bezieht sich sowohl auf die institutionelle als auch auf die kulturelle Dimension der Transformation. Dabei erweisen sich Strukturen der "langen Dauer"² einerseits als wichtiger Erklärungsfaktor der Diversifikation von Transformationspfaden von post-sozialistischen Gesellschaftsformationen. Andererseits lassen sich auch innerhalb der Grenzen einzelner Staaten, wie z.B. Polen oder Rumänien, unterschiedliche Ressourcen ("soziales Kapital"³) der Demokratisierung und der Durchsetzung einer aktiven Marktwirtschaft als regionale Besonderheiten feststellen. Diese werden im Sinne der "langen Dauer" auf die Aufteilung der Gebiete zwischen unterschiedlichen Großreichen seit dem 18. Jahrhundert zurückgeführt.

In meiner im Oktober 1999 abgeschlossenen Magisterarbeit ging ich der Frage nach analogen regionalen Unterschieden innerhalb der belarussischen Gesellschaft nach. Die Antwort wird in einem zweifachen Zugriff gesucht: 1.) über eine sozialgeschichtliche Analyse der Gemeinsamkeiten und Besonderheiten der Entwicklungsmuster im Westen und Osten des Landes und 2.) über eine empirische Studie zur politischen Kultur belarussischer Lokalpolitiker. Dabei besteht das Sample aus jeweils drei Politikern aus einem Ort des Westens und einem des Ostens des Landes.

Die Zerstörung der festgestellten schwachen sozialgeschichtlichen Divergenzen in der Entwicklung der westlichen und östlichen Gebiete findet im 20. Jahrhundert infolge der Gewaltmaßnahmen der sowjetischen und deutschen Besatzung statt. Bedeutungsverlust regionaler Unterschiede wird durch die Ergebnisse der Interviewanalyse bestätigt. Die herausgearbeiteten Diskursunterschiede, die lediglich Varianten eines autoritären Diskurses sind, lassen sich nicht mit der regionalen Herkunft sondern mit Besonderheiten der Biographien der betreffenden Lokalpolitiker in Verbindung setzen.

Herausbildung regionaler Divergenzen

Von der Kiever Rus (10.-12. Jh.) und dem Großfürstentum Litauen (GFL) (13.-14. Jh.) ausgehend über die Personalunion des GFL mit Polen (1386) und die Realunion der Rzecz Pospolita (1569-1772/95) – "ostmitteleuropäisches" Modell nach J. Szücs⁴ – bis zu ihrer Aufteilung und Eingliederung ins Russische Reich – "östliches" Modell nach J. Szücs – lassen sich die regionalen Gemeinsamkeiten und Besonderheiten auf ethnisch belarussischen Territorien in Dimensionen der Entwicklung des Dorfes (Agrarverhältnisse, politische

¹ George Schöpflin: Politics in Eastern Europe 1945-1992, Oxford/Cambridge 1993.

² Fernand Braudel: Geschichte und Sozialwissenschaft. Die lange Dauer, in ders.: Schriften zur Geschichte. 1. Gesellschaften und Zeitstrukturen, Stuttgart 1992, S. 49-87.

³ Robert D. Putnam: Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy, Princeton 1993.

⁴ Jenő Szücs: Die drei historischen Regionen Europas, Frankfurt am Main 1990.

Verfassung, Bauerngemeinde) und der der Stadt (Urbanisierungsgrad, politische Verfassung, ethnische Zusammensetzung) feststellen.

Belarussische Bauern, die bis ins 20. Jahrhundert mit ca. 90% die Mehrheit der Bevölkerung stellten, blieben sowohl im Rahmen des "ostmitteleuropäischen" als auch "östlichen" Modells vom Feudalherrn und der Dorfgemeinde abhängig.⁵ Die Rolle dieser Abhängigkeiten war aber in den westlichen und den östlichen Gebieten eine andere. So bildete sich im Westen schon in der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts Familiengrundbesitz aus.⁶ Infolgedessen blieb die Bauerngemeinde schwach, weil ihre wirtschaftliche und fiskale Funktion weder kollektive Nutzung von Ackerland noch Eintreiben von Kollektivsteuern betrafen.⁷ Somit bildete sie nach der Agrarreform von 1861 kein Hindernis für eine rasche Verallgemeinerung kapitalistischer Verhältnisse. Hingegen war das Leben der Bauern in den östlichen Gebieten durch die Dominanz der Gemeinde (gemeinschaftliche Bodennutzung, Kollektivsteuern) geprägt.⁸ Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts kommt es zu einer ansatzweisen Differenzierung der ländlichen Sozialstruktur.⁹

Regionale Unterschiede gab es auch hinsichtlich der Einbindung der Bauern in die staatliche Ordnung. Gleichzeitig mit der Aufhebung der Leibeigenschaft (1861) wurde die Bindung der Bauern an Bauerngesellschaften eingeführt. Die Bauerngesellschaft bildete die unterste Stufe der staatlichen Administration und der bäuerlichen Selbstverwaltung. Während aber in den westlichen Gouvernements eine Bauerngemeinde in der Regel eine Bauerngesellschaft im administrativen Sinn darstellte, bildeten in den östlichen und zentralen Gouvernements zwei, drei und mehr Bauerngemeinden eine Bauerngesellschaft.¹⁰ Somit waren die einzelnen Bauernhaushalte im Westen des Landes enger in die staatliche Ordnung eingebunden.

Nivellierung der belarussischen Gesellschaft

⁵ Die idealtypische "westliche" Entwicklung ist durch die Herausbildung eines auf gegenseitiger Verpflichtung beruhenden privaten Lehnvertrages zwischen dem Lehnsherrn und seinem Vassalen, dem Bauern, gekennzeichnet. Dieser führte zu einer positiv rechtlichen Selbständigkeit der Bauern, die über individuelle Eigentumsrechte auf Bodenbesitz verfügten, und zur Entstehung eines autonomen bäuerlichen Haushalts.

⁶ In der westlichen und zentralen Region wurde im Rahmen der Agrarreform "voloka" (23,5 ha) als Besteuerungseinheit mit einer festgelegten Geldrente (asada) oder Arbeitsrente eingeführt. In der Regel übernahm ein Bauernhaushalt eine halbe Voloka.

⁷ Rekrutierung von Soldaten war die andere 1861 seitens des Staates auferlegte Funktion der Bauerngemeinde. In diesen Funktionen (Kollektivsteuern, Rekrutierung von Soldaten) diente die Gemeinde dem Staat. In ihren weiteren Funktionen – wirtschaftliche, gemeinnützige (toloka), soziale (Versorgung von Waisen, Alten, Alleinstehenden, Unterhaltung von Bildungseinrichtungen und der Infrastruktur) sowie polizeiliche und auf Gewohnheitsrecht beruhende gerichtliche Funktion – diente die Bauerngemeinde den Bauern.

⁸ In der östlichen Region wurde die alte Besteuerungseinheit "dym" (zu deutsch Haushalt) durch "služba" (21,36 ha) ersetzt. Zwei Bauernhaushalte übernahmen für gewöhnlich eine služba, für die eine feste Geldrente (čínš) vorgesehen war.

⁹ 1903 wurden Kollektivsteuern abgeschafft. 1906 wurde durch das eingeführte Recht, Ackerstreifen ohne Ablösungszahlung in privates Grundeigentum zu überführen, der gemeinschaftliche Grundbesitz zerschlagen.

¹⁰ Viktor Panjutič: Social'no-ekonomičeskoe razvitie belorusskoj derevni v 1861-1900 gg, Minsk 1990, S. 69.

Die oben dargestellten Divergenzen der bäuerlichen Lebenswelten im Osten und Westen des Landes deuten auf deren unterschiedliche Bedeutung für bäuerliche Weltbilder. Diese konnten im Rahmen einer Magisterarbeit nicht untersucht werden. Statt dessen werden Grundzüge der traditionellen bäuerlichen Lebensweise (primäre Beziehungen, Autarkie, Isoliertheit) und die des bäuerlichen Weltbildes (patriarchalische Ordnung, eine auf den Kreis persönlicher Beziehungen begrenzte moralische Ordnung, Aufgehobenheit in der lokalen Gemeinschaft, "wir" – "sie" – Dichotomie) aufgezeichnet. Außerdem wird die Wichtigkeit eines solchen Bedeutungsunterschiedes angesichts einer gewaltsamen Implementation des einheitlichen sowjetischen Modells zunächst im Osten (1921) und später im Westen (1939) des Landes, Zerstörung der belarussischen Gesellschaft unter der deutschen Besatzung (1941-1944) und der darauffolgenden Modernisierung des Landes unter sowjetischen Vorzeichen in Frage gestellt. Das Ergebnis dieser Gewaltmaßnahmen ist eine Nivellierung der belarussischen Gesellschaft. Eine wichtige Rolle spielt dabei die "Entbäuerlichung" des belarussischen Dorfes durch die Kollektivierung und administrative Neuordnung der ländlichen Siedlungsstruktur und die "Verbäuerlichung" der Stadt. Der Anteil der ländlichen Bevölkerung in der Bevölkerungsstruktur sank zwischen 1950 und 1995 von 79% auf 31%, d.h. um ca. 50%. Dementsprechend stieg der Anteil der städtischen Bevölkerung von 21% auf 69%.¹¹

Ergebnisse der Interviewanalyse

Die qualitative Analyse von biographischen Interviews sollte die Frage nach Kontinuität kultureller Divergenzen beantworten. Die politischen Alltagsdiskurse sollten Hinweise auf mögliche Unterschiede der politischen Kultur geben. Die Interviewpartner sind jeweils drei Lokalpolitiker aus einer Kreisstadt im Osten (Kostjukoviči, Gebiet Mogilev) und einer vergleichbaren Kreisstadt im nordwestlichen Teil von Belarus (Šarkovščina, Gebiet Vitebsk). Die Auswertung der Interviews erfolgte unter den Gesichtspunkten, wie die erzählenden Politiker ihren "Weg in die Politik" beschreiben und wie sie den Umbruch wahrnehmen. Ergebnis der Analyse ist, daß alle Befragten die Veränderung (die Perestrojka und die autoritäre Stabilisierung) durch das Prisma eines autoritären Gesellschaftsbildes wahrnehmen. Im Kontext patriarchalischer Ordnungsvorstellungen gibt es keinen Platz für einen demokratischen Demokratiebegriff. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die Lokalpolitiker aus dem belarussischen Osten und Westen nicht. Unterschiede ließen sich aber dahingehend ausmachen, daß in einigen Fällen die Sozialordnung stärker in Kategorien der staatlichen Macht und Ordnung und in anderen Fällen in den Kategorien konkreter sozialer Beziehungen zu der lokalen Gemeinschaft gefaßt wurde. Entsprechend kreiste der ethische Diskurs in drei Fällen um die Dienstpflicht gegenüber der Staatsmacht. In drei anderen Fällen stand die Verpflichtung gegenüber den Menschen der lokalen Gemeinschaft im Mittelpunkt. Diese Varianten des autoritären Diskurses werden aber nicht auf die regionale Herkunft zurückgeführt, sondern mit Besonderheiten der Biographien erklärt. Folgende Beispiele sollen die beiden Diskursvarianten verdeutlichen.

¹¹ Atlas: Belarusy. Etnagrafija, demagrafija, dyjaspara, kanfesii, Minsk 1996, S. 13.

Wir haben uns niemals und nirgends um eine Arbeitsstelle beworben. Wir fingen neu an, erst nachdem wir gewählt wurden. Wurden wir zur Arbeit im Kreis gewählt, arbeiteten wir dort. Wurden wir hierher (Gebietsispolkom) gewählt, arbeiten wir hier. Vielleicht werden wir sonst wohin gehen. Wenn man zu uns sagt: ihr müßt in den Kolchos zurück, werden wir von vorne anfangen. (Kostjukoviči, A. IV., S. 48: 42-45)

Ich habe schon Ihnen gesagt, daß ich zwei Kreise zu leiten angeboten bekommen habe. Ich bin nicht hingegangen. (...) Es gefällt mir hier zu arbeiten. So. Warum soll ich in die Fremde ziehen?! Obwohl es in unserem Gebiet gewesen wäre, aber (...) Meine Arbeit hier gefällt mir, ich bin zufrieden, die Menschen unterstützen mich. Das Verhältnis ...äh...äh...äh... sowohl hier im Kreispolkom als auch mit den Betriebsleitern ist gut. (Šarkovščina, A.I., S. 9: 1-5)

Die Interpretation der Interviews bestätigt das Ergebnis der historischen Analyse, daß im Falle Belarus regionale Unterschiede in der Gegenwart ihre Bedeutung verloren haben.

Claudia Lange

Symbolischer Konsens, regionale Integration und institutionelle Innovation – das Beispiel der Westukraine

Der ukrainischen Nationalbewegung, die in der westukrainischen Region L'viv sowohl Ende des letzten Jahrhunderts wie auch seit Ende der 80er Jahre dieses Jahrhunderts eine große Rolle spielte, verdankt es die Region, daß sie im Hinblick auf Demokratisierung und Marktwirtschaft üblicherweise als eine der fortschrittlicheren der Ukraine betrachtet wird, denn sie äußerte zu Zeiten der Perestrojka deutlich die Notwendigkeit von kulturellen und später auch politischen Reformen. Das Schätzen von Traditionen, seien es nationale, wie das Festhalten an und Durchsetzen von der ukrainischen Sprache, oder regionale, beispielsweise die griechisch-katholische Kirche, zeigt eine ausgeprägte regionale Identität mit historischen, nationalen und politischen Aspekten.

Fukuyama geht davon aus, daß eine moralische Gemeinschaft, in der wechselseitiges Vertrauen herrscht, sich durch ethische Konventionen und gegenseitige Verpflichtungen auszeichnet. Diese beruhen zu einem nicht unerheblichen Teil auf Gewohnheiten, Sitten und Normen, das heißt auf kulturellen Werten. Der Bereich der Ökonomie einer solchen Gemeinschaft wird nicht nur durch Gesetze, Verträge und ökonomische Rationalität geregelt, sondern zusätzlich durch wechselseitige Loyalität, einen Moralkodex und ein Pflichtgefühl gegenüber der Gemeinschaft, die die ökonomische Effizienz steigern.¹ Soziales Kapital entsteht, wenn es in einer Gemeinschaft oder in Teilen davon Vertrauen gibt. Es ermöglicht die Fähigkeit zur Kooperation in Gruppen und Organisationen, um allgemeine Güter zu erlangen.²

Die Frage, der sich mein Beitrag widmet, ist, ob die regionale Identität, die in L'viv sehr deutlich auszumachen ist, einen derartigen Raum des Vertrauens schafft. Ferner möchte ich betrachten, welcher Art das soziale Kapital der Region ist. Welches Potential bergen sie als Ressourcen für Entwicklung im Sinne von Demokratisierung und Marktwirtschaft?³

Symbolischer Konsens und regionale Integration

Eine der Hauptcharakteristika der Region L'viv ist der nationale Konsens. Dieser äußert sich in einer starken Identifikation mit der Ukraine und dem unabhängigen Nationalstaat. Daten von Socis/Gallup aus 1997 illustrieren dies: die Auflösung der SU wird in der gesamten Ukraine von 25,3% als positiv empfunden, im Osten von 11,2%, im Westen hingegen von mehr als der Hälfte der Bevölkerung, nämlich von 59,4%. Die Unabhängigkeit der Ukraine

¹ Francis Fukuyama: Konfuzius und Marktwirtschaft. München, 1995, S. 23f.

² Ebd., S. 43.

³ Die Interviews, auf die ich mich beziehe, habe ich im Herbst 1999 im Rahmen des von der Volkswagenstiftung finanzierten Forschungsprojektes "Lokale und regionale Akteure und Institutionen in der regionalen Entwicklungspolitik in Polen, Rumänien, der Ukraine und Ungarn" durchgeführt. Die Befragten sind im Bereich der lokalen und regionalen Politik sowie an den Schnittstellen von Politik und Wirtschaft tätig. Die zitierten Auszüge sind von mir aus dem Russischen übersetzt.

begrüßen im gesamten Land 45,2%, im Osten 26% und im Westen wiederum 85,7%.⁴ Der nationale Diskurs zieht sich auch durch die Interviews und äußert sich im ukrainisch-russischen Sprachkonflikt, im deutlichen Abgrenzen von der Sowjetherrschaft, bekräftigt durch Berichte über Erfahrungen mit der Fremdherrschaft und Leidensgeschichten in der eigenen Familie.

Die Identifikation mit dem neuen Staat ermöglicht es, zukunftsorientiert zu denken und sich gegen alle abzugrenzen, die eine wie auch immer geartete "Rückkehr" zu alten Verhältnissen bevorzugen würden. Konflikte bestehen nicht entlang der Frage, ob man eine Umkehr will, sondern betreffen die Geschwindigkeit und Konsequenz der Reformen, die mangelnde gesetzliche Basis in verschiedenen Arbeitsbereichen und den starken Zentralismus in der Ukraine. Alle Interviewpartner sind reformorientiert, allerdings in unterschiedlicher Ausprägung.⁵

Organisationen, die aus der Opposition innerhalb der Sowjetunion entstanden, wie die *Tovaristvo Leva* und die *Narodnyj Ruch Ukraïny* sowie Parteigründungen jüngerer Datums, wie die der PRP⁶, zeugen von dem innovativen Potential der regionalen Identität und des nationalen Diskurses als einen Teil von ihr. Bemerkenswert ist, daß im Umkreis bestimmter prominenter Personen aus dem Bereich Politik und Parteien weitere Organisationen entstehen, wie das politische Forschungszentrum der PRP, das Business Support Center als Ableger des Instituts für Management, die beiden letzteren entstanden ebenfalls im Dunstkreis der PRP. Ein Abgeordneter im Stadtrat, der außerdem als Consultant tätig ist, hat einen Fonds zur Entwicklung L'vivs mit gegründet, eine wohltätige Organisation die auch als Gesprächsforum gedacht ist. Verknüpfungen gibt es ebenfalls rund um die Landesverwaltung: im Zusammenhang mit dem Zentrum für Privatisierung und Agrarreform der Landesverwaltung stehen die Agrarkammer, eine Kreditgenossenschaft und eine neu gegründete Versicherung. Dies scheint von einer aktiven Person vorangetrieben zu werden, dem Direktor des genannten Zentrums der Landesverwaltung. Allerdings darf man nicht außer acht lassen, wie minimal doch insgesamt der Grad der Aktivität in der Bevölkerung ist: Aberg nennt Zahlen aus 1994: in Donetsk haben 2,8% sich einer zivilen oder politischen Organisation angeschlossen, in L'viv 6,4%.⁷

Die griechisch-katholische Kirche, hervorgegangen aus der Union von Brest 1596, ist ein weiterer Träger von zivilem Engagement. Sie wurde bereits Ende des letzten Jahrhunderts zu einem wichtigen Netzwerk der entstehenden Nationalbewegung der Ukrainer.⁸ 1946 wurde sie von der Sowjetmacht aufgelöst, existierte aber im Untergrund und im Exil in Rom weiter.⁹

⁴ Rainer Münz, Rainer Ohliger: Die Ukraine nach der Unabhängigkeit. Nationsbildung in Ost und West, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 5/1999, S. 26.

⁵ Vgl. dazu auch Paul Kubicek: Regional Polarisation in Ukraine: Public Opinion, Voting and Legislative Behaviour, in: Europe-Asia Studies 2/2000, S. 273-294

⁶ Partei Reformen und Ordnung, gegründet im Herbst 1998.

⁷ Paul Kubicek: Regional Polarisation in Ukraine: Public Opinion, Voting and Legislative Behaviour, in: Europe-Asia Studies 2/2000, S. 273-294, S. 302.

⁸ Vgl. z.B. Christoph Freiherr Marschall von Bieberstein: Freiheit in der Unfreiheit, Wiesbaden 1993, S. 174.

⁹ Andreas Kappeler: Kleine Geschichte der Ukraine, München 1994, S. 225ff.

Seit 1989 ist sie offiziell erneut zugelassen, dies war eine der ersten Forderungen der Oppositionsbewegung.¹⁰ Der griechisch-katholischen Kirche gehören heute 56% der Bevölkerung in L'viv an.¹¹ Sie ist im sozialen Bereich tätig, ihr Engagement geht damit über das Restaurieren von Gotteshäusern hinaus. Berücksichtigen sollte man, daß sie im Exil Erfahrungen im Bereich Wohltätigkeit machen konnte, die der orthodoxen Kirche, die zudem in der Ukraine mehrfach gespalten ist, verwehrt blieben. Aus dem Exil erhält sie heute auch finanzielle Unterstützung.

Der symbolische Konsens bietet Handlungsanleitung und kann zum Maßstab für einzelne Akteure werden oder zumindest Veränderungen und Neuerungen legitimieren. Er erleichtert ihre Akzeptanz und ermöglicht eine Identifikation mit den Neuerungen. Einzelne Akteure argumentieren mit einer Verpflichtung als Mitglied einer Gemeinschaft gegenüber dieser Gemeinschaft: ", [...] aus rein moralisch-ethischen Normen muß man [ihnen] helfen."¹² oder mit nationalem Hintergrund: "Wir müssen unseren eigenen, starken Staat bauen. Einen unabhängigen."¹³ Die symbolische Ebene unterstützt die Herausbildung organisatorischer Strukturen, spricht Institutionen im engeren – nicht soziologischem – Sinne.

Soziales Kapital und informelle Strukturen in L'viv

Trotz der genannten integrativen Momente gewinnt man schnell den Eindruck, daß durch sie kein umfassender Raum des Vertrauens in der Region entsteht. Zwar kennt häufig jeder jeden, und es gibt eine starke Identifikation mit der Region und ihrer Geschichte. Zugezogenen aus der Sowjetzeit wirft man ihre Gleichgültigkeit gegenüber dem Ort vor, an dem sie leben. Betrachtet man den Bereich der Regionalentwicklung, gibt es zwar einen Kreis von Akteuren, die sich untereinander kennen, z.T. auch seit längerer Zeit, zurückgehend auf Ausbildung, Beruf, Opposition in der Ruch oder, vor allem bei den jüngeren, der Tovaristvo Leva. Aber der Informationsfluß zwischen den Beteiligten ist dennoch gering: "Wissen Sie, hier sind Informationen äh bisher – wenn jemand etwas weiß, behält er es für sich."¹⁴ Derselbe Interviewpartner verweist dann auf persönliche Beziehungen, denn die Informationen in den Medien seien nicht die entscheidenden, vielmehr käme es darauf an, die richtigen Leute zu kennen. Die wichtigsten seien die in Kiew.

Diese enorme Bedeutung persönlicher Beziehungen bemerkt man auch in anderen Bereichen: ohne sie läßt sich kaum etwas arrangieren. Persönliche Beziehungen gelten als Kapital, das man einsetzen kann und muß. Im Verhalten gegenüber Beamten stellten Miller, Košečkina und Grodeland fest, daß in der Westukraine persönliche Beziehungen die größte Rolle innerhalb der Ukraine spielen: der Durchschnitt landesweit ist 11%, im Osten liegt er bei 6%

¹⁰ Bohdan Nahaylo: *The Ukrainian Resurgence*, London, 1999, S. 88ff.

¹¹ Dmitrij Furman, Ella Zadorožnjuk: *Ukrainskie regiony i ukrainskaja politika*, in: *Ukraina i Rossija: Obščestvo i Gosudarstvo*, hrsg. von Dmitrij Furman, Moskau 1997, S. 88-129, hier: S. 94.

¹² Sa, Interview mit einem Abgeordneten im Stadtrat am 7.10.1999, L'viv.

¹³ Panš, Interview mit einem Angestellten der Abteilung Wirtschaft in der Landesverwaltung am 3.11.1999, L'viv.

¹⁴ P, Interview mit dem Leiter einer Agentur für Regionalentwicklung am 4.10.1999, L'viv.

und in der Westukraine immerhin bei 20% und damit erheblich höher. Es geht um persönliche Kontakte, die man benötigt, um Leistungen zu erhalten. Dies bedeutet allerdings nicht, daß sich die Kontaktpersonen nicht bezahlen ließen.¹⁵ Vertrauen setzt man folglich in erster Linie in personalisierte, gesichtsabhängige Beziehungen und nicht in abstrakte Systeme.¹⁶ Dies gilt auch für den Bereich der Regionalentwicklung: verschiedene Interviewpartner berichten, daß ihre Organisation, ihr Unternehmen von einem Zirkel von Freunden begründet wurde.

Sowohl im privaten wie auch im öffentlichen Bereich sind persönliche Beziehungen dominierend. Da die private und die öffentliche Sphäre hauptsächlich über persönliche Beziehungen funktionieren, stellt dies den Begriff Öffentlichkeit in Frage.

Die persönlichen Beziehungen sind ein Bereich der informellen Strukturen. Ein weiterer ist die Erpressung durch staatliche Strukturen, von denen die meisten Interviewpartner berichten. Einzelne Organisationen oder Unternehmen werden durch Druck, der über Budgetverteilung oder die Drohung mit Steuerinspektionen ausgeübt wird, zu Leistungen für die staatlichen Autoritäten gezwungen. Staat ist damit offensichtlich kein Garant für Rechtssicherheit. Der gesamte informelle Bereich verhindert die Herausbildung von Vertrauen über die Grenzen der persönlichen Sphäre hinaus. Der symbolische Anspruch hat sich folglich bisher nicht in allgemeingültige Regeln und Normen umgesetzt.

Entwicklung der regionalen Ökonomie

Ins Zentrum der weiteren Betrachtung soll die regionale Ökonomie gerückt werden. Sie ist geprägt von Leichtindustrie, lebensmittelverarbeitender Industrie und Landwirtschaft. Zukunftsperspektiven sehen die Befragten vor allem im Tourismus und im Potential als Transitregion. Die beiden freien Wirtschaftszonen Javoriv und Truskavec sind auf diese Ziele ausgerichtet. Die Interviewpartner heben die Bedeutung des SME-Sektors für die Region hervor und betonen, daß dies die traditionelle Wirtschaftsform in der Region sei.¹⁷ Sie befürworten private Unternehmen, 1998 27% aller Unternehmen, die sie von staatlichen und von kollektiven, in denen der Staat noch die größten Anteile hält, 1998 55,83% der Unternehmen, unterscheiden.¹⁸

Die wirtschaftliche Situation in der Ukraine ist insgesamt desolat: lediglich 8% der Bevölkerung der Ukraine geben 1998 an, mit dem "offiziellen" Einkommen aus ihrer Hauptbeschäftigung

¹⁵ Ase Grodeland, Tatjana Košečkina, William Miller: How Citizens Cope with Postcommunist Officials: Evidence from Focus Group Discussions in Ukraine and the Czech Republic, in: Political Studies 45/1997, S. 597-625, S. 614.

¹⁶ Anthony Giddens: Die Konsequenzen der Moderne, Frankfurt/M., 1995.

¹⁷ Hier ist es schwierig Daten zu bekommen, z.B. wie hoch der Anteil des SME-Sektors am regionalen BIP ist. Der Anteil des fixen Kapitals der regionalen Ökonomie, der auf Kleinunternehmen entfällt, beträgt 1997 1%, siehe N.A. Doman'ska: Stan, Tendenziji ta perspektyvy pozvytku maloho pidpryjemnytsva u L'vivs'komy regioni, in: Sozial'no-ekonomični doslidžennja v perechidnyj period, hrsg. von Nacional'na akademija nauk Ukrajinj, Insitut regional'nich doslidžen', Akademija pidpryjemnytsva i menedžmenty Ukrajinj, L'viv 1998, S. 108.

¹⁸ Statistik von Roman Skabara, erstellt im Auftrag des Projekts, Herbst 1999.

tigung ihre Grundbedürfnisse decken zu können, 1992 waren es noch 23%.¹⁹ Nach einer Schätzung Leonid Kučmas liegt der landesweite Anteil der Schattenwirtschaft bei 40-45% an den wirtschaftlichen Aktivitäten, weiter Schätzungen gehen von 60-70% des BIP aus.²⁰

Aus Sicht der Interviewpartner wird seitens des Staates die Neugründung von Unternehmen nicht gefördert, weder durch rechtliche Rahmenbedingungen noch finanziell. Sie berichten, daß allein die Registrierung eines Unternehmens ein derart aufwendiges und kostspieliges Unterfangen ist, daß viele gleich davon absehen und eventuell im grauen Bereich bleiben.²¹ Es gibt drei staatliche Fonds zur Kreditvergabe an Kleinunternehmen: den ukrainisch staatlichen Fonds zur Unterstützung landwirtschaftlicher Unternehmen, den staatlichen Innovationsfonds und den ukrainischen Fonds zur Unterstützung von Unternehmen. Allerdings wurden in den Jahren 1992-95 nur 24% aller Anträge finanziert, 1996 und 1997 war überhaupt kein Budget vorhanden.²² Was die Kreditvergabe angeht, erzählt der Direktor und Gründer eines mittleren Unternehmens:

Aber das ist kein Kredit für Unternehmen. Dieser Kredit ist für konkrete Leute. [...] Banditen führen den Staat, ihren Verwandten, Bekannten, und so weiter geben sie Kredite, [...].²³ Diese ungleiche Behandlung hat natürlich Auswirkungen auf die Konkurrenzfähigkeit eines Unternehmens: Natürlich müssen wir mit Firmen konkurrieren, die nichts (Anm. d. Übers.: gemeint sind Steuern und Abgaben) davon bezahlen, [...].²⁴

Da formale Grundlagen für z.B. wirtschaftliche Aktivitäten, wie gesetzliche und vertragliche Regelungen, schwach ausgebildet sind, und sich ein großer Teil der Aktivitäten überhaupt im rechtsfreien Raum abspielt, fehlen sie als Garant für die ökonomischen Akteure. So bleiben persönliche Beziehungen das, worauf man sich verlassen kann. Die Herausbildung einer nach Marktprinzipien funktionierenden Ökonomie, wirtschaftliche Effizienz und Unternehmensneugründungen werden behindert.

Fazit

Die Rahmenbedingungen, gesetzt durch die ökonomische Situation der Ukraine, die nationale Wirtschaftspolitik und die starke Zentralisierung schränken die Handlungskompetenzen der regionalen und lokalen Ebene extrem ein. Es ist deshalb fraglich, ob sich das symbolische und soziale Kapital der Region selbst blockiert, oder ob es sich in diesem Rahmen überhaupt entfalten könnte.

¹⁹ Claire Wallace: Economic Hardship, Migration, and Survival Strategies in East-Central Europe. Reihe Soziologie 35, Wien, März 1999, S. 12.

²⁰ Alexander Lewschin: Die Krise in der Ukraine dauert an, in: Wostok 1/1999, S. 99-102, hier: S. 99.

²¹ Vgl. auch ebd., S. 100.

²² N.A. Doman'ska: Stan, Tendenziji ta perspektyvy pozvytku maloho pidpryjemnytsva u L'vivs'komy regioni, in: Sozial'no-ekonomični doslidžennja v perehidnyj period, hrsg. von Nacional'na akademija nauk Ukrainy, Insititut regional'nich doslidžen', Akademija pidpryjemnytsva i menedžmenty Ukrainy, L'viv 1998, S. 108-113, S. 112.

²³ Ebd.

²⁴ Ebd.

Geschichte, kollektive Erinnerung und post-kommunistische Identität

Andrea Zemskov-Züge

Die Sowjetische Frau im Großen Vaterländischen Krieg

Rollenbilder in Publizistik und autobiographischen Interviews am Beispiel Leningrads

Für die sowjetischen Frauen brachte die Zeit von den 20er Jahren bis zum Kriegsende tiefgreifende Wandlungen mit sich. Ihr Aufgabenbereich wurde systematisch vom weitgehend familiären Raum auf neue Aufgabenfelder in der Produktion erweitert. Innerhalb von 10 Jahren, zwischen 1927 und 1937, verdreifachte sich die Anzahl der erwerbstätigen Frauen in der SU von 3 Millionen auf 9,4 Millionen.¹ Am Vorabend des 2. Weltkriegs stellten die Frauen 42,9% der Arbeiterschaft.² Mit Kriegsbeginn wurde diese Tendenz noch verstärkt. Bereits im August 1941 hatten sich in Leningrad 500 Hausfrauen freiwillig zur Arbeit in den Kirov-Werken gemeldet. Damit stellten hier die Frauen 90% der Arbeitskräfte in den Maschinenhallen.³

Im Oktober 1942 betrug landesweit der Anteil von weiblichen Arbeitskräften in der Waffenindustrie 52%. An anderen Produktionsbereichen waren sie mit bis zu 81% beteiligt.⁴

In der Arbeit, die hier vorgestellt werden soll, wurden diese tiefgreifenden Vorgänge zum Anlaß für die Frage, wie dieser Wandel an die einzelnen Frauen vermittelt wurde, und ob er sich noch heute in einzelnen Biographien finden läßt. Anna Köbberling kommt, indem sie die bisherige Forschung zur Geschlechterfrage in der SU resümiert, zu dem Schluß, "daß dort seit der Revolution stereotype Frauenbilder existierten, die von der Partei bewußt genutzt und verändert wurden, um bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen zu fördern oder zu steuern".⁵

Um die Wechselwirkung von Propaganda und Biographie zu untersuchen war die Einbeziehung von zwei unterschiedlichen Quellentypen notwendig. Zum einen wurden zeitgenössische Beiträge aus Frauenzeitschriften und Broschüren analysiert, um die dort vermittelten Rollenbilder zu erfassen. Danach wurden autobiographische, narrative Interviews mit Zeitzeuginnen auf die dort tradierten Rollenbilder untersucht, und ein Bezug zu den biographischen Hintergründen einzelner Interviewpartnerinnen hergestellt. Aus Platzmangel kann hier nicht im einzelnen das methodische Vorgehen behandelt werden, das diese Untersuchungen erforderten. Lediglich einige theoretische Grundüberlegungen sollen kurz dargestellt werden.

¹ Gail W. Lapidus: *Women in Soviet Society*, London 1978, S. 99. Im folgenden zitiert als: Lapidus, 1978.

² Anna Köbberling: *Das Klischee der Sowjetfrau*, Frankfurt/M. 1997, S. 39. Im folgenden zitiert als: Köbberling, 1997.

³ John Erickson: *Soviet Women at War*, in: *World War 2 and the Soviet People*, hrsg. von John Garrard, York 1993, S. 53. Im Folgenden zitiert als: Erickson, 1993.

⁴ Ebd.

⁵ Köbberling, 1997, S. 13.

In den publizistischen Quellen findet sich das zeitgenössische, staatlich geförderte Bild des Ereignisses Blockade und der sowjetischen Frau. Die Interviews eröffnen hingegen die Perspektive der individuellen Erinnerung von Frauen an das Erlebnis Blockade. Beide Quellensorten beanspruchen für sich, die Wahrheit über das historische Ereignis "Blockade" wiederzugeben. Um diese beiden sehr unterschiedlichen Quellentypen zueinander in Bezug zu setzen war es kontraproduktiv, von dem Ziel auszugehen, sich einer einzigen, klaren "Historischen Wahrheit" anzunähern. Die Informationen aus den verschiedenen Quellen anhand der Schablone des geschichtswissenschaftlich "gesicherten", aktuellen Wissens nach Tatsachen und Falschinformationen zu gliedern, hätte bedeutet, sich ihrem spezifischen Informationsgehalt zu verschließen. Es ging jedoch darum, nachzuvollziehen, welche "Wirklichkeit" in den publizistischen Quellen konstruiert wurde, um sie der Bevölkerung zu vermitteln. Analog dazu konnten die Erkenntnisse von Gabriele Rosenthal⁶ genutzt werden, um das Verhältnis von Erlebtem und Erinnerungem im biographischen Rahmen nachzuvollziehen und so die Erinnerung als individuelle "Wirklichkeit" zu verstehen.

Als theoretischer Rahmen, in dem diese "Wirklichkeiten" nutzbar gemacht werden konnten, bot sich ein wissenssoziologischer "Klassiker" an: "Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit" der Autoren Berger und Luckmann.⁷ Nach Berger/Luckmann konnten sowohl die Interviews als auch die publizistischen Texte als Träger "symbolischer Sinnwelten" verstanden werden, die das gesellschaftliche, beziehungsweise individuelle Wissen hierarchisch gliedern, und ihm damit Sinn verleihen. Der Vorgang der "Beeinflussung" der sowjetischen Frauen zu politisch gesellschaftlichen Zwecken kann so auch als "Sozialisierung" verstanden werden. Dieser Begriff hat zum einen den Vorteil, daß er den gesamtgesellschaftlichen Kontext berücksichtigt. Zum anderen bieten Berger/Luckmann die Begriffe "Resozialisation" und "sekundäre Sozialisation" zur Differenzierung an. So ergab sich die Möglichkeit, die kriegsspezifischen Rollenbilder von den Vorkriegs- und den traditionellen Rollenbildern zu unterscheiden. Mit Hilfe der wissenssoziologischen Begrifflichkeiten wurde es möglich, die Gemeinsamkeiten der beiden Quellentypen in den Vordergrund zu rücken.

Die Resultate, die aus der Arbeit gewonnen werden konnten, sollen nun kurz, ohne auf Einzelfälle einzugehen, dargestellt werden. Zunächst soll auf einen grundlegenden Unterschied zwischen Interviews und Texten aufmerksam gemacht werden. Für die Zeitzeuginnen ist der Begriff "Blockade" das Schlüsselwort ihrer Kriegserlebnisse. Mit diesem ist in erster Linie Leid und Hunger verbunden. Er steht jedoch auch für die Leistung der Bevölkerung, die diese schwere Zeit durchlitten hat. In der untersuchten Publizistik kommt das Wort Blockade nicht ein Mal vor. In den Texten wird die Schlacht um Leningrad heroisiert. Die Opfer jedoch, die

⁶ Gabriele Rosenthal: Erlebte und erzählte Lebensgeschichte. Gestalt und Struktur biographischer Selbstbeschreibungen, Frankfurt/M. 1995. Sowie dies.: Die erzählte Lebensgeschichte als historisch-soziale Realität. Methodologische Implikationen für die Analyse biographischer Texte, in: Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte, hrsg. von Berliner Geschichtswerkstatt, Münster 1994, S. 125-138.

⁷ Peter L. Berger, Thomas Luckmann: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt/M 1980. Im folgenden zitiert als: Berger/Luckmann, 1980.

in der Bevölkerung mit dieser Schlacht verbunden waren, werden verschwiegen. Das bedeutet für die Gegenüberstellung von Texten und Interviews, daß, obwohl sie sich auf dieselben "faktischen" Ereignisse beziehen, die Sinnwelten der Texte und der Interviews völlig unterschiedliche Geschehnisse, beziehungsweise Erlebnisse mitteilen.

Trotzdem erscheint es vielen Zeitzeuginnen angemessen, Formen und Stereotype aus der Kriegspropaganda in ihre eigenen Erinnerungen einzubinden. Für die unterschiedlichen Lebenserzählungen gilt, daß in einigen Erzählungen viele Formen und Stereotype aus der Propaganda verwendet werden, diese in anderen jedoch selten nachzuweisen sind. Diese Beobachtung macht einen grundlegenden Zusammenhang deutlich. Anhand der untersuchten Interviews läßt sich feststellen, daß das Ausmaß, in dem propagandistische Formen bei der Erzählung der Lebensgeschichte verwendet werden, in einem direkten Verhältnis dazu steht, wie viel sich die jeweilige Zeitzeugin mit Politik beschäftigt hat und mit welchen politischen Ansichten sie sympathisiert. Für die untersuchten Interviews kann gelten, daß, je mehr sich eine Frau mit sozialistischen Idealen identifiziert, um so mehr Wendungen, Formen und Stereotype aus der Propaganda in ihrer Erzählung zu finden sind. Wenn die Interviewpartnerin sich politisch nicht interessiert, oder eine kritische Distanz zur sowjetischen Vergangenheit gewonnen hat, treten wenig Entsprechungen zu den Propagandatexten auf.

Ein zentraler Aspekt des Rollenbildes, welches in den publizistischen Texten herausgearbeitet wurde, ist die Tätigkeit der beschriebenen Frauen. Für alle untersuchten Texte ließ sich dabei eine einheitliche Vorgehensweise zeigen. Neue, kriegsspezifische Fähigkeiten und Eigenschaften, die von den Frauen erwartet wurden, fanden sich mit traditionell weiblichen⁸ Eigenschaften in einen Idealbegriff integriert. Während zu Beginn des Krieges die traditionellen Eigenschaften, wie Fürsorglichkeit oder Mütterlichkeit eher hinter "neuen" Eigenschaften wie Zorn, Tatkraft und Heldenmut zurücktraten, gewannen gegen Ende des Krieges die familienspezifischen, den Frauen zugesprochenen Eigenschaften an Gewicht. Um sich mit Idealfiguren, wie der "Sowjetischen Frau" oder der "Wirklichen Leningraderin" zu identifizieren, mußten die Frauen auf allen möglichen Arbeitsgebieten ihre Fähigkeiten und Motivation beweisen. Besonders ausführlich wurden dabei die beruflichen Tätigkeitsfelder behandelt. Insbesondere in der Kriegszeit ging es darum, die weibliche Bevölkerung zu Höchstleistungen in kriegswichtigen Bereichen, wie der Produktion und dem Zivilschutz anzuspornen. Mutterschaft und Reproduktionstätigkeiten, die Frauen traditionell erfüllen sollen, wurden dabei entweder ganz ausgeklammert oder als selbstverständliche Nebenbeschäftigungen eingestuft. Dies gilt zum einen für die Propaganda, zum anderen wirkte sich diese Haltung jedoch auch auf die reale Versorgungssituation von Müttern in der Blockade aus. Mütter wurden weder frühzeitig zur Evakuierung veranlaßt, noch bekamen sie gesonderte Verpflegungsrationen.

8 Der Begriff "traditionell" bezieht sich auf den europäischen kulturellen Kontext. Unter traditionell weiblichen und männlichen werden solche Eigenschaften und Aufgaben gefasst, die im Sinne der klassischen Arbeitsteilung Frauen den häuslichen und Reproduktionsbereich zuordnen, während Männer dem öffentlichen und dem Produktionsbereich angehören. Ein weiterer Bestandteil dessen ist, daß der Mann eine leitende Funktion innehat, während die Frau sich diesem unterordnet.

In diesem Zusammenhang läßt sich eine Verbindung zwischen den propagandistischen Stereotypen und der Selbsteinschätzung der interviewten Frauen feststellen. Diejenigen Interviewpartnerinnen, die aufgrund ihrer familiären Situation während der Blockade aktiv an Verteidigungs- und Zivilschutzmaßnahmen oder der Kriegsproduktion teilnehmen konnten, vermochten aus dem sowjetischen Idealbild eine durchaus positive Einschätzung ihrer Leistungen während des Krieges zu ziehen. Zeitzeuginnen hingegen, die ausschließlich damit beschäftigt waren, ihre kleinen Kinder zu versorgen, neigten eher dazu, ihre eigenen Leistungen gering zu bewerten.

Ein zentraler Punkt, der sowohl in den Interviews als auch in den publizistischen Texten mit dem weiblichen Rollenbild in Beziehung steht, ist die Aufrechterhaltung der Routine im Alltagsleben. Wie Berger/Luckmann betonen, trägt die Routinierung von Handlungen wesentlich zur Sicherung der Alltagswelt bei.⁹ Diese gewinnt, insbesondere in Krisensituationen zentrale Bedeutung. Dies gilt in besonderem Maße für den innerfamiliären Bereich. Aus den Ausführungen zweier Interviewpartnerinnen, die als Jugendliche während der Blockade von ihrer Mutter oder Tante betreut wurden, wird dieser Aspekt besonders deutlich. Sie stimmen darin überein, daß die Ritualisierung von Alltagshandlungen und die Disziplin, um diese Rituale einzuhalten, in der Hungersnot eine lebenserhaltende Funktion hatten. In beiden Fällen waren es erwachsene Frauen, die die Jugendlichen zu dieser Routine und Disziplin anhielten.

Hier besteht eine eindeutige Parallele zwischen Propaganda und Erinnerungen. Aus Sicht der Verfasser der Publizistik war es bedeutsam, die Lesenden wissen zu lassen, daß die Situation in Leningrad zwar ernst, jedoch nicht außer Kontrolle geraten war. Dazu benutzten sie das Bild der Frauen, die ungehindert ihrem Alltag zwischen Arbeit und Versorgung der Familien nachgehen. Auch die Mütter, beziehungsweise Tanten der Interviewpartnerinnen vermittelten dieselbe Botschaft an ihre Schützlinge.

In allen untersuchten Biographien wird eine positive Einschätzung der eigenen Fähigkeiten deutlich. Diese entstammt zum einen den positiven Rollenvorbildern aus ihrer Umgebung, zum zweiten der Erfahrung, die beinahe ausweglose Situation der Blockade gemeistert zu haben. Nicht zuletzt jedoch ist anzunehmen, daß die Bilder von der "Sowjetischen Frau" oder der "Wirklichen Leningraderin" mit ihren vielfältigen Identifikationsmöglichkeiten aus vielen Tätigkeitsbereichen, dieses positive Rollenbild mitbestimmt haben.

Ein wichtiges Ergebnis der Untersuchung ist die Erkenntnis, mit welcher einfachen medialen Mitteln die Steuerung einer großen Bevölkerungsgruppe möglich ist. Dabei können die Instrumente der Steuerung exakt den jeweiligen Anforderungen angepaßt werden. Der erstaunlichste Teil dieser Erkenntnis ist, daß diese Steuerung durch Sozialisierung nicht unbedingt nur negative Auswirkungen auf die Individuen haben muß. Es konnte gezeigt werden, daß einzelne Frauen durchaus ein positives Selbstverständnis aus den "neuen Aufgaben", die ihnen gestellt wurden, zu ziehen vermochten. Wie auch in der Befragung von Köbberling wurden Schwäche und geringe Belastbarkeit nicht als typisch weibliche

⁹ Siehe dazu: Berger/Luckmann, 1980, S. 26f.

Eigenschaften gesehen.¹⁰ In den hier untersuchten Interviews wird deutlich, daß viele Frauen stolz darauf sind, was sie im Krieg geleistet haben.¹¹

In der Gegenüberstellung von Text- und Interviewinterpretationen wurde deutlich, daß ein Zusammenhang zwischen dem Erhalt von Propagandastereotypen und individuellen biographischen Umständen besteht. Eine ungebrochene Bewahrung von Stereotypen ist da möglich, wo keine kritische und distanzierende Auseinandersetzung mit den Kriegseignissen stattgefunden hat. Jede Zeitzeugin entscheidet selber, welche Form sie ihren Erinnerungen geben will. Je nach den persönlichen Erfahrungen und ihrer politischen Einstellung entscheidet sie sich für vorgegebene Formen aus Propaganda, Publizistik und Blockadeliteratur oder sie sucht sich eigene Formen, um das Erlebte wiederzugeben. Die heutige russische Gesellschaft bietet die Möglichkeiten und die Foren für verschiedene Arten des Umgangs mit der Vergangenheit. Auch ist heute eine offene Diskussion zwischen jung und alt und zwischen verschiedenen Ländern möglich. Die Lebenserinnerungen der Zeitzeuginnen beinhalten wichtige Erfahrungen, die auch heute noch die schrecklichen Auswirkungen des II. Weltkriegs deutlich werden lassen. Sie sollten in der Diskussion als individuelle Wirklichkeiten verstanden werden. Dann werden sie zum Meilenstein auf dem Weg zu einem würdigen Gedenken, welches alle Generationen einschließt.

¹⁰ Vgl.: Köbberling, 1997, S. 106.

¹¹ Vgl.: Köbberling, 1997, S. 118.

Andreas Langenohl

Transformation als Konfliktenttarnung: Politische Kultur in Rußland und der "Große Vaterländische Krieg"

Am Ende der ersten Dekade der Diskussion um die gesellschaftliche Transformation in den postsozialistischen Ländern steht keine elaborierte Transformationstheorie, wohl aber konnte etwas mehr Licht in die Bedingungen postautoritären Gesellschaftswandels gebracht werden. Dabei handelt es sich nicht zuletzt um Erkenntnisse, die an die soziologische Modernisierungstheorie anschließbar sind. Letztere geht in einigen ihrer kürzlichen Reformulierungen¹ davon aus, daß sich die Konvergenzannahme der Modernisierungstheorie nicht so sehr auf konkrete Prozesse (wie Differenzierung der Gesellschaftsstruktur, Rationalisierung von Wert- und Handlungsorientierungen, Individualisierung, Funktionalisierung der inneren und äußeren Natur)² als vielmehr auf die Angleichung der Bedingungen und Problembestände bezieht, die jenen Prozessen den Rahmen bilden. Diese Bedingungen sind u.a. für den Bereich kollektiver Wertorientierungen formuliert worden und knüpfen somit an den politisch-kulturellen Aspekt gesellschaftlicher Transformation an, die sogenannte "demokratische Konsolidierung". Im folgenden wird 1) die kulturelle Problemlage dargelegt, die aus modernisierungstheoretischer Perspektive den Rahmen demokratischer Konsolidierung abgibt, sodann werden 2) öffentliche Erinnerungspraktiken mit Hinblick auf diese Problemlage als empirisches Material eingeführt, wonach 3) skizzenhaft einige empirische Ergebnisse bezüglich demokratischer Konsolidierung in Rußland präsentiert werden.³

Hinsichtlich der Transformation politischer Kultur stellt sich aus modernisierungstheoretischer Sicht folgendes Problem: Der öffentliche Raum von Transformationsgesellschaften füllt sich mit einer Vielzahl unterschiedlichster Deutungen dessen, "wie wir leben wollen", die verhandelt werden müssen, ohne daß auf eine kulturelle Präferenzordnung zurückgegriffen werden könnte. In diesem Sinne spricht Dieter Senghaas davon, daß Gesellschaften weltweit auf die faktische Pluralisierung und Heterogenisierung auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet reagieren müssen, die eine Folge der primären westlichen Modernisierung ist. Senghaas zufolge geraten Gesellschaften aller Kulturen durch Modernisierung *mit sich selbst in Konflikt* – d.h. es entsteht eine Spannung zwischen verschiedenen binnengesellschaftlichen kulturellen Orientierungen (wie Wertorientierungen, religiösen Bekenntnissen, Lebensstilen), die sichtbar und zum Problem werden, weil im Zuge von Modernisierung alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in den Anspruchs- und Wirkungskreis politischen Handelns geraten.⁴ In Transformationsgesellschaften erscheint

¹ Z.B. Dieter Senghaas: *Zivilisierung wider Willen. Der Konflikt der Kulturen mit sich selbst*, Frankfurt/M. 1998; Anthony Giddens: *Beyond Left and Right: The Future of Radical Politics*, Stanford 1994.

² Vgl. Hans van der Loo, Willem van Reijen: *Modernisierung. Projekt und Paradox*, München 1997.

³ Vgl. hierzu detailliert Andreas Langenohl: *Erinnerung und Modernisierung. Die öffentliche Rekonstruktion politischer Kollektivität am Beispiel des Neuen Rußland*, Göttingen 2000 [im Erscheinen].

⁴ Senghaas, *Zivilisierung wider Willen*, S. 17ff.

diese Problematik der, wie ich sagen möchte, *Konfliktenttarnung* in einem besonders grellen Licht, da über sie jene Rahmenbedingungen der Pluralisierung und Heterogenisierung unerwartet, dafür aber um sie plötzlicher hereingebrochen sind: Mit der politischen Ordnung brach auch die Deutungshegemonie der Staatspartei zusammen und räumte den Weg für extrem heterogene Auffassungen vom kollektiv wünschenswerten *modus vivendi*.

Es ist offensichtlich, daß gerade die kollektive Vergangenheit eine bevorzugte Projektionsfläche unterschiedlicher Deutungen des kollektiven Selbstverständnisses darstellt.⁵ Seit ihrer Geburt wurde die Idee vorgestellter Gemeinschaften – die "nationale Idee" – durch öffentliche Repräsentationen der Vergangenheit kommuniziert.⁶ Dabei zeigt das Beispiel des ehemaligen Jugoslawien, daß Praktiken kollektiver Erinnerung als Instrument zur Konstruktion postsozialistischer Identität höchst ambivalent sind.⁷ Angesichts der Tatsache, daß solche Praktiken *institutioneller* Erinnerung stets auf Medien angewiesen sind, zu denen der Zugang sozial differenziert ist⁸, sind sie potentiell Objekt von Instrumentalisierungsversuchen. Allerdings sind die Rahmenbedingungen postautoritärer Erinnerungspraktiken mittlerweile planetar vereinheitlicht: Die Pluralität konkurrierender Vergangenheitsdeutungen wird sichtbar und läßt sie in den Anspruchs- und Wirkungskreis politischen Handelns geraten. Die durch Erinnerungen beschriebenen kollektiven Identitäten werden in der Öffentlichkeit als politische Entwürfe verstanden; der Streit zwischen unterschiedlichen Erinnerungen ist eine Facette der Auseinandersetzung ums "gute Leben". Eine soziologische Analyse dieser Identität codierenden Erinnerungspraktiken muß beim Austragungsmodus jener Auseinandersetzung ansetzen. Das heißt auf der Mikroebene: bei den Argumenten, mit denen diese oder jene Erinnerung begründet wird. Besonderes Augenmerk muß dabei solchen erinnerungsgestützten Selbstbildern gelten, die eine *Essentialisierung* kollektiver Identität vornehmen.⁹ Essentialistische Codierungen kollektiver Identität sind nämlich unter den Rahmenbedingungen der Konfliktenttarnung nicht einfach nur als politische Entwürfe zu interpretieren, sondern entfalten eine Bedrohung besonderer Art: Eine Kollektivitätskonstruktion, die durch Erinnerung das gegenwärtige mit dem vergangenen Kollektiv identifiziert und damit essentialisiert, ist durch jede auch nur *mögliche* alternative Deutung dieser Vergangenheit störanfällig, während gleichzeitig eben diese Alternität tatsächlicher oder möglicher Deutungen der Vergangenheit heutzutage die Regel ist.¹⁰

⁵ Vgl. etwa Jürgen Habermas: Über den öffentlichen Gebrauch der Historie, in: Die postnationale Konstellation: Politische Essays, hrsg. von Jürgen Habermas, Frankfurt a.M. 1998, S. 47ff.

⁶ Vgl. Eric Hobsbawm, Terence Ranger (Hrsg.): The Invention of Tradition, Cambridge u.a. 1983; John R. Gillis (Hrsg.), Commemorations: The Politics of National Identity, Princeton 1994; Lyn Spillman, Nation and Commemoration: Creating National Identities in the United States and Australia, Cambridge u.a. 1997.

⁷ Julie Mostov: The use and abuse of history in Eastern Europe: a challenge for the 90s, in: Constellations, 3/1998, S. 376-386; Thomas Bremer/Nebojša Popov/Heinz-Günther Stobbe (Hrsg.): Serbiens Weg in den Krieg: Kollektive Erinnerung, nationale Formierung und ideologische Aufrüstung, Berlin 1998.

⁸ Jan Assmann: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1992, S. 53f.

⁹ Vgl. Giddens, Beyond Left and Right, S. 83ff.; Senghaas, Zivilisierung wider Willen, S. 37ff.

¹⁰ Dieses Argument findet sich detaillierter bei Langenohl, Erinnerung und Modernisierung, Kapitel 3.

Essentialistische Kollektivitätskonstruktionen sind durch konkurrierende Konstruktionen leicht irritierbar und korrelieren daher systematisch mit Praktiken symbolischer Exklusion des Gegners, die mit einer pluralistischen demokratischen Ordnung unvereinbar sind.¹¹ Es lassen sich also zwei idealtypische Weisen der öffentlichen Inanspruchnahme der Vergangenheit unterscheiden: eine *essentialisierende* und eine, wie man im Anschluß an Habermas sagen könnte, *reflexive*¹², die die Deutungsansprüche nicht durch symbolische Exklusion der Trägergruppen abweichender Ansprüche, sondern durch "gute Gründe" zu legitimieren sucht.

Die Frage an das empirische Material lautet daher, welche Aussagen es über den öffentlichen Umgang mit der faktischen Pluralität von Deutungen zuläßt. Mit Hinblick auf Vergangenheitsrepräsentationen ist diese Frage dahingehend zu konkretisieren, ob die Gegenwart in essentialisierender oder eher reflexiver Weise auf die Vergangenheit bezogen wird – d.h. ob es zu einer Kollektivessentialisierung kommt oder zu einer argumentativen Öffnung des Vergangenheitsraums. Ein öffentlich-reflexiver Umgang mit der Deutungspluralität in Zeiten der Konflikttarnung erscheint somit als Indiz für eine prinzipiell demokratische politische Kultur. In Rußland läßt sich die Pluralisierung von Deutungen und die damit verbundene Konflikttarnung besonders deutlich anhand der öffentlichen Debatte um den "Großen Vaterländischen Krieg" exemplifizieren.

Die russische Debatte um den "Großen Vaterländischen Krieg" hat in den 90er Jahren einige Fragen aufgeworfen, die den Sinn des Sieges im Zweiten Weltkrieg in Frage stellen. Diese Fragen lauten zum Beispiel: Gab es nicht zu viele Opfer in dem Sinne, daß es bei entsprechender Kriegs- und politischer Führung weniger hätten sein können? Trugen die Absichten der sowjetischen Führung nicht dazu bei, die Zahl der Opfer zu erhöhen? Welchen Sinn hatte der Sieg überhaupt angesichts der Tatsache, daß er zur Stärkung des Stalinschen Regimes beitrug? Es lassen sich in der russischen Debatte zwei Gruppen von Antworten auf diese Fragen unterscheiden.¹³

Eine *erste* Antwort auf diese Fragen ist durch die Tendenz gekennzeichnet, eine moralische Unterscheidung zwischen der "Macht" und dem "Volk" zu treffen. Diese Unterscheidung wird durch die Darstellung von Kontinuitäten hinsichtlich der Behandlung des "Volks" durch die "Macht" herausgestellt: Erst eigne diese sich die kollektive Anstrengung des Volkes in mißbräuchlicher Weise an (unter Stalin) und instrumentalisieren dann die Erinnerung dieser Anstrengung (in der UdSSR und durch politische Kräfte in der gegenwärtigen Russischen Föderation). Weiterhin wird den politischen Repräsentanten vorgeworfen, daß sie nicht willens seien, die Verantwortung für das Leid zu übernehmen, das sie (mit)verursacht haben:

¹¹ Mostov, *The use and abuse of history*, S. 381ff.

¹² Jürgen Habermas: *Eine Art Schadensabwicklung: Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung*, in: *Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*, München/Zürich 1987, S. 62-76; Jürgen Habermas: *Vom öffentlichen Gebrauch der Historie. Das offizielle Selbstverständnis der Bundesrepublik bricht auf*, in: *Historikerstreit*, S. 243-255.

¹³ Der folgende Abschnitt fasst die Ergebnisse aus Langenohl, *Erinnerung und Modernisierung*, Kapitel 4 zusammen.

Unter Stalin war es die inkompetente Kriegführung, die unnötige Opfer kostete, heutzutage sind es Egoismus und die Privatisierung in der Wirtschaft, denen unnötige Opfer gebracht werden. Beide werden als Ausdruck ein und derselben konstanten Verachtung betrachtet, die die Repräsentanten des politischen Systems dem Volk entgegenbringen. Diese Entgegensetzung transportiert eine Absage an die Identifikation des Volkes als politisches Kollektiv, denn das Volk wird als Opfer von Politik als solcher begriffen. Kollektive Identität wird nicht als eine politisch verpflichtende und berechtigende, sondern als eine Leidensgemeinschaft konstruiert, die Spielball und gleichzeitig moralischer Prüfstein von "Politik" ist. Dieser Deutung wohnt die Tendenz inne, "das Volk" als eine explizit *apolitische*, fast anthropologische Kategorie zu codieren.

Die o.g. Fragen werden *zweitens* schlankweg von denen abgewehrt, die von der Erinnerung des Krieges eine normativ integrierende Wirkung erwarten. Schon das Stellen der Frage an sich wird verurteilt und den Fragern strategisches Handeln unterstellt, das partikulare Interessen verfolge. Das Inzweifelziehen einer bestimmten Vergangenheitsrepräsentation, nämlich der "patriotischen" Codierung des Krieges, ist für diese selbst bereits mit dem Raub eines kulturellen Guts gleichzusetzen. Nicht die alternative Deutung ist das eigentliche Sakrileg, sondern die Tatsache, daß eine Alternative überhaupt formuliert wird. Der alternativen Deutung der Vergangenheit, die der eigenen durch ihre schiere Präsenz zur Bedrohung wird, setzt man eine essentialisierte Vergangenheit entgegen. In diese Richtung weisen etwa Beschwörungen eines "Volksgedächtnisses", in dessen "Genen" sich die Kriegserinnerung unverfälscht abbilde. Eine essentielle Vergangenheit kann nur durch ein essentielles Kollektiv unverfälscht weitertransportiert werden: der klassische Fall einer Ineinsetzung von gegenwärtigem und vergangenem Kollektiv.

Dabei sind die Deutungsdivergenzen über den "Großen Vaterländischen Krieg" weit älter als die Perestrojka, obwohl sie erst durch sie zu öffentlicher Anschauung kamen. Da es aber die sowjetische Staatsmacht war, die diese Divergenzen durch Monopolisierung der Deutung unterhalb der Schwelle der Öffentlichkeit zu halten vermochte und damit die Illusion einer Identität von Volk und Staat aufbaute, wird in der national-patriotischen Argumentation typischerweise eine starke Staatsmacht zur unabdingbaren Garantin der "wahren" Erinnerung an den "Großen Sieg" erhoben, während diese "wahre" Erinnerung ihrerseits die kulturellen Fundamente des russischen Kollektivs schützt. Der Staatsmacht kommt in dieser Deutung nicht die Aufgabe zu, das russische Kollektiv politisch zu repräsentieren, sondern seine kulturell-zivilisatorische Eigenart – die sich exemplarisch in den Verdiensten des "Großen Sieges" zeige, so er richtig erinnert würde – vor nivellierenden Einflüssen zu bewahren.

Anhand des Beispiels der "national-patriotischen" Erinnerung des Krieges sieht man, daß der Versuch, eine exklusive und eindeutige Sicht auf die Vergangenheit zu formulieren, nur um den Preis einer Essentialisierung des Kollektivs gelingt (Volk = Staatsmacht), die die unausweichliche Begleiterscheinung zeitigt, starre und militante Exklusionsgrenzen zu ziehen. Davon zeugen verschwörungstheoretisch geprägte Diffamierungen derjenigen, die eine alternative Sicht auf die Vergangenheit formulieren, ebenso wie Ermahnungen der Jugend, die "national-patriotische" Erinnerungssemantik der Krieges zu übernehmen. Die alternative Deutung wird

abgewehrt, indem die Person, die sie äußert, aus der Gruppe der Russen symbolisch exkludiert wird, oder indem die Deutung mit politischen Kräften (etwa den Reformern) in Verbindung gebracht wird, die aus der Sicht der "national-patriotischen" Intellektuellen moralisch nicht im Recht sein können.

Eine Reaktion auf die kulturellen Rahmenbedingungen der Pluralisierung, die, wie oben gezeigt, mittlerweile planetar homogen ist, besteht offenbar in dem, was Eric Hobsbawm als "Erfindung von Tradition" bezeichnet. Die "national-patriotischen" Intellektuellen berufen sich auf eine angebliche Tradition der Deutung der Kriegseignisse, die die Gesellschaft "schon immer" moralisch gefestigt habe und nun "fortgenommen" zu werden drohe. Dabei zeigt ein Blick auf jenes "schon immer" – im hiesigen Fall auf die sowjetischen Erinnerungspraktiken –, daß dies mitnichten der Fall war und der latente Deutungskonflikt zwischen Staatsmacht und Bevölkerung nur durch repressive Maßnahmen camoufliert werden konnte. Jenes "schon immer", als erfundene Tradition, kann daher nur überzeugend wirken, wenn es sich auf ein unabänderliches, primordiales Kollektiv bezieht – hier das der "Russen" –, das die "wahre" Erinnerung in seinem "genetischen Gedächtnis" weiterträgt.

Die russische Debatte über den "Großen Vaterländischen Krieg" ist unter kultursoziologischem Aspekt als Ausdruck der Schwierigkeiten des Umgangs mit Deutungspluralität in modernisierenden Gesellschaften zu interpretieren. Die Tendenzen zur Essentialisierung des russischen Volkes – sei es über eine Entgegensetzung von Volk und Macht, sei es durch eine kulturessentielle Codierung – stellen argumentative Strategien der *symbolischen Exklusion argumentativer Gegner* dar und bilden ein Hindernis auf dem Wege zu einer zivilen Konfliktaustragung, die für die politische Kultur demokratischer Gesellschaften konstitutiv ist.

Kristina Küntzel

Die Wiederaneignung der eigenen Geschichte in der russischen Provinz – wie sich Nižnij Novgorod mit seiner Vergangenheit auseinandersetzt

Nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums ist Nižnij Novgorod nach Moskau und Petersburg die drittgrößte Stadt in Rußland und gleichzeitig die Hauptstadt des Gouvernements Nižnij Novgorod, ein Gebiet, das ungefähr so groß ist wie die Schweiz. Nižnij Novgorod zählt zu einer der ältesten russischen Städte, deren erste Dokumentation auf das Jahr 1221 zurückgeht. Die Stadt liegt am Zusammenfluß von Wolga und Oka, ca. 450 km von Moskau entfernt. Dank der beiden großen Flüsse ist Nižnij Novgorod optimal mit den wichtigsten russischen Handelswegen verbunden. In ihrer Anfangszeit lag die Stadt am Rande des russischen Siedlungsgebietes und war als Grenzstadt zahlreichen Angriffen der Tataren ausgesetzt. Erst nach der Eroberung des Chanats von Kazan' 1552 durch Ivan Grozny konnte Nižnij Novgorod seine günstige geographische Lage nutzen und zu einer der wichtigsten Handelsstädte in Rußland aufsteigen.¹

Untrennbar mit dem Namen Nižnij Novgorod ist ein Ereignis der russischen Geschichte verbunden, das während der "Smuta" (der "Zeit der Wirren") stattfand. Gemeint ist der Volksaufstand, der unter der Führung des Schlachtermeisters Kuz'ma Minin und des Fürsten D.M. Požarskij 1611/12 in Nižnij Novgorod begann. Die Legende von dem pathetischen Appell der beiden Anführer an das russische Volk, in dem sie dazu aufriefen, die polnischen Invasoren aus Moskau zu vertreiben, ist längst zu einem nationalen russischen Mythos geworden. Daran erinnert u.a. das Denkmal vor der Basileus-Kathedrale auf dem Roten Platz in Moskau. Auch die Sowjetregierung benutzte den Mythos gern zu Propagandazwecken, vor allem während des II. Weltkrieges. Noch heute trägt der wichtigste öffentliche Platz in Nižnij Novgorod den Namen von Minin und Požarskij, und ein hoher Obelisk auf dem Kremlgelände erinnert an die beiden sagenhaften Helden.²

Im 19. Jahrhundert bestimmte vor allem die große Messe, die alljährlich in der Wolgastadt für zwei Monate stattfand, das Bild der Stadt im Bewußtsein der russischen Bevölkerung. Die Messe war 1817 vom Makar'ev-Kloster direkt nach Nižnij Novgorod verlegt worden. Dort war sie im Laufe des 19. Jahrhunderts stark gewachsen und zu der bedeutendsten Messe in Rußland aufgestiegen. An ihr nahmen nicht nur einheimische Händler teil, sondern auch chinesische, zentralasiatische, persische und westeuropäische Kaufleute.³ Vor 1917 wurde in Rußland ein geflügeltes Wort geprägt, das die Bedeutung der Stadt als Finanzzentrum von Rußland widerspiegelt: "Petersburg ist der Kopf Rußlands, Moskau ist das Herz Rußlands und Nižnij Novgorod ist der Geldbeutel Rußlands."

¹ G.M. Lappo: Goroda Rossii. E, nciklopedija, Moskau 1994, S. 297, 298.

² Nižegorodskij gumanitarnyj centr (Hrsg.): Nižnij Novgorod 1896: Gorod, jarmarka, vystavka. Putevoditel', Nižnij Novgorod 1996 (Reprint), S. 17f.

³ N.A. Bogorodickaja: Nižegorodskaja jarmarka. Istoričeskij očerk, Nižnij Novgorod 1991, S. 38.

In der Sowjetzeit wurde diese Tradition der Stadt, eine Schnittstelle und ein Kulminationspunkt für den russischen Handel zu sein, unterbrochen. 1930 wurde die Messe endgültig geschlossen, nachdem über diese Entscheidung jahrelang eine Diskussion zwischen Moskauer Zentralregierung und dem lokalen Messe-Komitee von Nižnij Novgorod geführt worden war.⁴ Darüber hinaus wurde in den 30er Jahren damit begonnen, die Stadt architektonisch umzugestalten. Neue Stadteile in Form der industriell vorgefertigten Betonbauweise wurden in kürzester Zeit aus dem Boden gestampft. Der Höhepunkt dieser Entwicklung war die Umbenennung der Stadt 1932 in Gor'kij, zum 50jährigen Jubiläum der schriftstellerischen Tätigkeit des Künstlers, der in Nižnij Novgorod aufgewachsen war. Maksim Gor'kij selbst war über diese Ehrung keineswegs glücklich.⁵

In demselben Jahr konnte in Gor'kij die große Autofabrik GAZ (Gor'kovskij avtomobilnyj zavod) eröffnet werden, ein Prestigeprojekt Stalins. Die Fabrik wurde aus Produktionsteilen zusammengesetzt, die bei Ford in Detroit vorgefertigt worden waren und dann per Schiff über den Atlantik, die Ostsee und die Wolga nach Gor'kij transportiert wurden. Im II. Weltkrieg wurde die Produktion auf Panzer und LKW zum Gebrauch für die Armee umgestellt, nach dem Krieg produzierte GAZ so bekannte Modelle wie "Wolga" und "Čajka". Noch heute beschäftigt die Fabrik ca. 120.000 Arbeiter und ist damit der größte Arbeitgeber in der Stadt. Um das Fabrikgelände herum entstand ein Stadtteil in typisch sozialistischem Stil, der auf Grund seiner Ausmaße eine kleine Stadt für sich darstellt.⁶

In der Folgezeit wurde die einst weltoffene Stadt, die vor 1917 mehrere Hunderttausende von Besuchern zur Messezeit aufgenommen hatte, zu einer Rüstungsschmiede ausgebaut und unter Chruščev zu einer geschlossenen Stadt erklärt. Gor'kij erlangte traurige Berühmtheit als Verbannungsort von Andrej Sacharov. Bis 1991 war es Ausländern verboten, die Stadt zu betreten, die Kreuzfahrtschiffe auf der Wolga durften Gor'kij nur nachts passieren.⁷

In der Stadtgeschichte stellt das Jahr 1991 eine erneute Zäsur dar. Noch in demselben Jahr wurde die Stadt nach einer Volksabstimmung wieder umgetauft und erhielt ihren ursprünglichen Namen "Nižnij Novgorod" zurück. Gleichzeitig wurde das Verdikt, eine Sperrzone zu sein, endlich aufgehoben. Die Messe hatte bereits 1990 einen ersten Wiederbelebungsversuch erfahren, der so erfolgreich war, daß sie mittlerweile wieder jährlich für zwei Wochen im September stattfindet und weiter expandiert. Die Organisation hat eine Aktiengesellschaft übernommen.

⁴ S. Malyšev: Protivnikam Nižegorodskoj jarmarki. Izdanie Nižegorodskogo Jarmaročnogo Komiteta, Nižnij Novgorod 1925, S. 9ff.

⁵ Vgl. V. Chodassewitsch: Gorki, wie ich ihn kannte, in: Sinn und Form. Beiträge zur Literatur hrsg. v. der Akademie der Künste der DDR, 26. Jg., Heft 6, Berlin 1976, S. 1162.

⁶ Vgl. Frederic S. Starr: Visionary Town Planning during the Cultural Revolution, in: Cultural Revolution in Russia, 1928-1931, hrsg. v. Sheila Fitzpatrick, Bloomington/London 1978, S. 230 und Milka Bliznakov: Soviet Housing During The Experimental Years, in: Russian Housing in the Modern Age. Design and Social History, hrsg. v. W.C. Brumfield und B.A. Ruble, Cambridge 1994, 2. Aufl., S. 136.

⁷ Vgl. Karl Schlögel: Das Wunder von Nishnij oder die Rückkehr der Städte. Berichte und Essays, in: Die Andere Bibliothek hrsg. v. H.M. Enzensberger, Frankfurt/M. 1991, S. 347.

Mit dem Jahr 1991 begann auch eine neue Ära für die Geschichtsschreibung der Stadt. Das Interesse an der eigenen Geschichte in der Bevölkerung muß groß gewesen sein, denn es erschienen in kurzen Abständen zahlreiche historische Publikationen, Reiseführer und Reprints alter Darstellungen. Auffällig war dabei, daß sich die meisten Autoren mit der vorrevolutionären Zeit beschäftigten, während über die Sowjetzeit wesentlich weniger publiziert wurde. Zunächst stand vor allem die Messe im Mittelpunkt des Interesses. Eine von A.P. Mel'nikov 1917 geschriebene Monographie über die "Nižegorodskaja jarmarka"⁸ wurde 1993 als Reprint neu herausgegeben. N.F. Filatov und N.A. Bogorodickaja, Historiker der örtlichen Lobačevskij-Universität, setzten sich explizit mit der Entwicklung der Messe im 19. Jahrhundert auseinander.⁹ Daneben wurden vielfach neue Stadtgeschichten bzw. auch Untersuchungen über das Gouvernement Nižnij Novgorod publiziert, immer mit dem Schwerpunkt auf dem 19. Jahrhundert.¹⁰

1896 hatte in Nižnij Novgorod eine "XVI. Allrussische Industrie- und Kunstausstellung" stattgefunden. Eine prestigeträchtige Veranstaltung, die ursprünglich von Zar Aleksandr III. initiiert worden war und die ca. eine Million Besucher nach Nižnij Novgorod geführt hatte. Auf der Ausstellung waren damals zahlreiche technische Neuheiten, wie das erste russische Automobil, elektrische Straßenbahnen oder eine neuartige meteorologische Station präsentiert worden, dort wurde auch der erste Kinofilm in Rußland vorgeführt. 1996 wurde dieses Ereignisses mit einer Ausstellung, zahlreichen Konzerten und anderen öffentlichen Veranstaltungen gedacht. Außerdem wurden mehrere erläuternde Publikationen dazu herausgegeben.¹¹ Es ist nicht übertrieben, wenn man diese Vorgänge dahingehend interpretiert, daß sich auf diese Art auch der Wunsch der Nižnij Novgoroder äußert, sich die eigene vorrevolutionäre Vergangenheit wieder aneignen zu wollen, die während der gesamten Sowjetzeit regelrecht stigmatisiert worden war. Nach der Schließung der Messe wurde praktisch nichts mehr über diese veröffentlicht, sie wurde geradezu "totgeschwiegen". Genauso erging es der Allrussischen Ausstellung, die in vollkommene Vergessenheit geraten war, trotz ihrer nationalen Bedeutung, die sie 1896 besaß. So hatten z.B. täglich über 400 Korrespondenten, darunter auch Maksim Gor'kij, von ihr berichtet.¹²

⁸ A.P. Mel'nikov: Očerki bytovoj istorii nižegorodskoj jarmarki (1817-1917), Nižnij Novgorod 1993.

⁹ Vgl. u.a. N.F. Filatov: Makar'evsko-Nižegorodskaja jarmarka. Očerki istorii. Nižnij Novgorod 1997; N.A. Bogorodickaja: Nižegorodskaja jarmarka. Istoričeskij očerk, Nižnij Novgorod 1991.

¹⁰ Vgl. u.a. N.F. Filatov: Nižnij Novgorod. Architektura XIV-načala XX veka. Nižnij Novgorod 1994; N.F. Filatov/A.V. Sedov (Hrsg.): Nižegorodskij kraj: fakty, sobytija, ljudi, Nižnij Novgorod 1994; V.I. Borodin/I.V. Sidorova (Hrsg.): Nižnij Novgorod. Predanija... Istorija... Novie vremena..., Nižnij Novgorod 1994.

¹¹ N.F. Filatov/N.A. Bogorodickaja (Hrsg.): XVI. vserossijskaja promyšlennaja i chudožestvennaja vystavka 1896 goda v Nižnem Novgorode. Očerki istorii. Nižnij Novgorod 1996; Nižegorodskij gumanitarnyj centr (Hrsg.): Nižnij Novgorod 1896: Gorod, jarmarka, vystavka. Putevoditel', Nižnij Novgorod 1996 (Reprint).

¹² Nikolaus Katzer: Maksim Gor'kij's Weg in die russische Sozialdemokratie. (Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts München, Reihe: Geschichte, hrsg. v. E. Hösch, Bd. 58), Wiesbaden 1990, S. 83, Anm. 365.

Im Vergleich dazu ist in den letzten Jahren über die Sowjetzeit wesentlich weniger publiziert worden.¹³ Diese wenigen Publikationen wenden sich nicht an ein breites Publikum. Außerdem dominiert bei ihnen eindeutig die reine Darlegung von Fakten. Analysen oder gar Wertungen werden – wenn überhaupt – dann nur sehr zurückhaltend formuliert. Von einer kritischen Aufarbeitung der sozialistischen Vergangenheit ist wenig zu spüren. Das ist um so erstaunlicher, als sich gerade Nižnij Novgorod als eine Hochburg der Reformen unter dem früheren Gouverneur Boris Nemcov einen Namen gemacht hat und z.B. mit einem alljährlich stattfindenden Musikfestival zu Ehren von Andrej Sacharov an diesen gedacht wird – und damit auch gleichzeitig an die sowjetische Vergangenheit der Stadt als "Verwahrungsort" für den prominenten Dissidenten.

Im Vergleich zur politischen und politologischen Szene vermißt man bei den Historikern ein wenig die Dynamik, die ansonsten die geistige Atmosphäre der Stadt durchaus prägt. Insbesondere kann einen auswärtigen Beobachter verstören, daß der Bruch in der Stadtgeschichte, den die Oktoberrevolution unbestreitbar herbeigeführt hat, nicht thematisiert wird, sondern schweigend übergangen wird und vielmehr versucht wird, an die vorrevolutionäre Zeit scheinbar nahtlos anzuknüpfen. Dabei war in den 20er Jahren die Identität der Stadt systematisch von den Bol'seviki angegriffen worden. Zunächst waren Klöster und Kirchen geschlossen und enteignet worden. Anschließend wurden sie entweder als Museen genutzt oder gänzlich der Verwahrlosung überlassen. 1929 wurden auf Befehl von A. Ždanov die Kirchen auf dem Kremlgelände mit Ausnahme der ältesten Kirche, dem Archangel'skij sobor, gesprengt. Dabei wurde auch das orientalisch anmutende Grabmal von Minin vernichtet, dessen Überreste in den unauffälligen Archangel'skij sobor umgebettet wurden. Auch auf dem heutigen Minin- und Požarskij-Platz, direkt vor dem Kreml gelegen, befanden sich noch bis in die Sowjetzeit hinein zwei monumentale Kirchen.¹⁴ Das Messegelände wurde ebenfalls vollkommen umgestaltet. Nach dem Verbot der Messe wurde das früher weitläufige Gelände mit Wohnblöcken bebaut, nur das 1890 erbaute Hauptgebäude blieb erhalten.

Heute erinnert an die zerstörten Sakralbauten keine Gedenktafel oder ein anderes Hinweisschild. Da von der Altstadt ansonsten relativ viel aus der Zeit vor 1917 erhalten geblieben ist, kann leicht der Eindruck entstehen, daß die Altstadt die Umbrüche in der russisch-sowjetischen Geschichte beinahe unbeschadet überstanden hätte. Doch dieser Eindruck trügt, denn durch den aufmerksamen Vergleich mit alten Fotografien wird deutlich, daß tatsächlich neben zahllosen Kirchen z.B. zwei Klosteranlagen komplett zerstört worden sind, viele Adelspaläste ebenfalls für immer verschwunden sind und auch andere architekturgeschichtlich wertvolle Gebäude neuen Straßen und sowjetischen Bauten weichen

¹³ An dieser Stelle wären nur zwei Publikationen von Bedeutung zu nennen, die sich ausschließlich an ein wissenschaftlich interessiertes Publikum wenden: U.Ju. Idrisov/S.B. Senjutkin/O.N. Senjutkina/Ju.N. Guseva: *Iz istorii nižegorodskich musul'manskich obščin v XIX – 30-ch godach XX veka*. Nižnij Novgorod 1997; G.V. Nabatova (Hrsg.): *Rossijskaja provincija v gody revoljucii i graždanskoj vojny 1917-1922 gg. Materialy Vserossijskoj naučno-praktičeskoj konferencii 27-28 nojabrja 1997 g.*, Nižnij Novgorod 1998.

¹⁴ *Nižegorodskij gumanitarnyj centr* (Hrsg.): *Nižnij Novgorod 1896: Gorod, jarmarka, vystavka. Putevoditel'*, Nižnij Novgorod 1996 (Reprint), S. 38; vgl. Ju. Adrianov/V. Šamsurin: *Staryj Nižnij. Istoriko-literaturnye očerki*, Nižnij Novgorod 1994, S. 66.

mußten.¹⁵ Auf dem ehemaligen Friedhof des verwahten Pečerskij-Klosters, wo vor 1917 die Würdenträger der Stadt bestattet worden waren, spielen bis heute die Schüler eines benachbarten Instituts Fußball.

Auf der einen Seite ist allein an der Vielzahl der historischen Publikationen über die Stadt und das Gouvernement erkennbar, daß ein großes Interesse des breiten Publikums besteht, sich an die eigene Herkunft zu erinnern. Auf der anderen Seite wird aber gerade dadurch auch deutlich, wie verfälschend die sowjetische Historiographie auf ihre Bürger eingewirkt hat und wie viel nachzuholen bleibt. Es ist nur zu begreiflich, daß sich das Interesse der Nižnij Novgoroder zunächst auf die Zeit vor 1917 konzentrierte, weil gerade die Entwicklung der Stadt im 19. Jahrhundert, wo sie zu einer Handelsmetropole für das ganze Imperium aufgestiegen war, in der sowjetischen Geschichtsschreibung vernachlässigt wurde oder sogar konsequent diffamiert worden war. Es lag daher ein regelrechter Nachholbedarf vor. Durch die Öffnung der Archive war diese Zeit auch für die Historiker zu einem lohnenden Forschungsobjekt geworden. Doch der Vergleich zu den Forschungen der letzten Jahre über die Sowjetzeit enthüllt einen herben Kontrast. Anscheinend besteht weder seitens der Nižnij Novgoroder noch seitens der Wissenschaftler ein Interesse daran, nachzufragen und den Bruch in der Identität der Stadt näher zu analysieren. Schließlich drängt sich auch die Frage auf, ob ein nahtloses Anknüpfen an die vorrevolutionäre Ära überhaupt möglich ist und ob das Ausblenden der sowjetischen Vergangenheit nicht unausgesprochene Wunden hinterläßt. Aber vielleicht bleibt die Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit eine Aufgabe für die nachwachsende Generation, die sich diesen Fragestellungen möglicherweise stärker öffnen wird und sich mit den Paradoxien und Widersprüchen in der Geschichte von Nižnij Novgorod unbefangener auseinandersetzen kann.¹⁶

¹⁵ Sehr aufschlußreich sind die Fotografien von M.P. Dmitriev, eine Monographie über Dmitriev ist 1985 erschienen, nachdem sein Werk zuvor in der Sowjetzeit nicht veröffentlicht werden durfte: M.P. Dmitriev: Na rubeže dvuch vekov. Nižegorodskoe Povol'že v fotografijach, Gor'kij 1985.

¹⁶ Dieser Artikel beruht auf der Dissertation der Verfasserin, die unter dem Titel "Metamorphosen einer russischen Provinzstadt. Die Entwicklung von Nižnij Novgorod zu Gor'kij in den 90er bis zu den 30er Jahren" beim Franz Steiner Verlag erscheinen wird.

Zivilgesellschaft in Osteuropa?

Jörg Forbrig

Zivilgesellschaft? Fünf Thesen zu einem problematischen Begriff

Der Begriff der Zivilgesellschaft¹ hat in den letzten Jahren einen Säkularisationsprozeß durchlaufen, der ihn zunehmend seiner konzeptionellen Klarheit und seiner analytischen Trennschärfe beraubt hat. Inhalt des Begriffes, Sinn und Zweck seiner Verwendung sind mittlerweile so beliebig, daß jeglicher ernsthaften Diskussion der Boden entzogen ist, wenn nicht vorab bzw. in ihrem Verlauf geklärt wird, was eigentlich unter ZG verstanden wird, weshalb dieser Kategorie soviel Bedeutung zugemessen wird und wie sozialwissenschaftliche Analyse sich ihr am fruchtbarsten nähern kann. Die folgenden Thesen sehen sich als Anregung, diese Schwierigkeiten zu berücksichtigen und die Diskussion zu diesem Thema entsprechend zu gliedern.²

These 1: Am Anfang einer jeglichen Erörterung des Themas Zivilgesellschaft muß notwendigerweise eine begriffliche und konzeptionelle Klärung stehen.

Ein sinnvoller Zugang zur konzeptionellen Entwicklung von ZG eröffnet sich durch die Unterscheidung zwischen analytischen und normativen Aspekten, die dieser Kategorie zugeschrieben werden. Entlang beider Dimensionen zeigen sich je drei Bedeutungsstränge, die chronologisch zwar nacheinander entstanden sind, in der Gegenwart jedoch gleichermaßen Protagonisten finden.

In der ursprünglichen Aristotelischen Bedeutung, die sich bis in die frühmoderne politische Philosophie verfolgen läßt, ist ZG ein Makrophänomen. Der Begriff bezieht sich auf ein soziales, politisches und ethisches Gemeinwesen insgesamt und er charakterisiert dieses Gemeinwesen als zivil, später auch als zivilisiert. Mit der Entwicklung des modernen Staates und damit der Trennung zwischen Politik und Gesellschaft entwickelt sich ein zweites, engeres Verständnis von ZG, das diesen Begriff auf das symmetrische und horizontale soziale Beziehungsgeflecht der Gesellschaft anwendet und dem Staat mit seinen charakteristischen Asymmetrien und Hierarchien entgegengesetzt. Der jüngste Bedeutungsstrang verengt die Perspektive noch weiter und unterscheidet ZG als ein besonderes soziales Beziehungsgeflecht von anderen, ebenfalls im Bereich der Gesellschaft angesiedelten Relationen, in seiner jüngsten Lesart vor allem von der Familie und dem Markt. Analytisch kann ZG daher drei Bedeutungen annehmen, die der Zivilisation, die des vom Staat unterschiedenen Bereiches des Sozialen und die einer besonderen zg. Komponente innerhalb der Gesellschaft.

¹ Zivilgesellschaft sei im folgenden mit "ZG" abgekürzt, zivilgesellschaftlich entsprechend mit "zg". Dies ist ästhetisch sicher unbefriedigend, in Anbetracht der knapp bemessenen Länge dieses Beitrages aber unverzichtbar.

² Aus dem gleichen Grund muß darauf verzichtet werden, die umfangreichen Beiträge einer Vielzahl von Autoren zum Thema Zivilgesellschaft, auf die sich auch dieses Papier stützt, im einzelnen zu benennen. Für Auskünfte steht jedoch der Autor gern zur Verfügung.

Entlang der normativen Dimension von ZG läßt sich eine ähnliche Dreiteilung beobachten. In der wiederum Aristotelischen Lesart, die durch das Mittelalter hindurch bis in die frühmoderne Philosophie Bestand hatte, ist ZG Ziel und Norm gesellschaftlicher Entwicklung. Diese Anschauung vermittelt ZG als ethische Lebensform, die als wünschenswert und unabänderlich gilt und daher auch zur Rechtfertigung bestehender Verhältnisse dient. Diesen finalen Charakter verliert das Konzept mit dem Anbruch der Moderne und wendet sich dem Problem sozialer Integration moderner Gesellschaften zu. Die vier modernen Antworten auf das Problem der Desintegration traditioneller Gemeinschaften, Republikanismus, Kapitalismus, Sozialismus und Nationalismus, weisen dabei der ZG einen unterschiedlichen historischen Status zu. In jeder dieser Antworten wird einem bestimmten Aspekt der Natur des Menschen zentrale Bedeutung verliehen. Davon abgeleitet wird dann die Form gesellschaftlichen Zusammenlebens. Republikanismus und Liberalismus sehen ZG als diese soziale Form an, indem sie sie auf politische Partizipation beziehungsweise Marktteilnahme gründen. Im Falle von Sozialismus und Nationalismus ist ZG ein zu überkommener Zustand. Ein dritter und jüngster Interpretationsstrang wendet sich gegen die Reduktion von ZG auf einen bestimmten Aspekt der Natur des Menschen und behauptet dessen pluralistische Struktur. Entsprechend ist ZG dann eine prozedural abgesicherte Form gesellschaftlichen Zusammenlebens, die Pluralismus durch Offenheit, Kommunikation, Toleranz und Gewaltlosigkeit ermöglicht.

These 2: Zivilgesellschaft ist zweckmäßigerweise konzeptionell eher eng zu fassen, das heißt, im Sinne intermediärer Organisations- und Aktionsformen.

Entgegen dieser konzeptionellen Vielfalt gilt es nun, ZG in einer Weise zu definieren, die dieses Konzept in analytisch fruchtbarer und normativ wünschenswerter Weise von anderen etablierten sozialwissenschaftlichen Kategorien abgrenzt und damit seine Daseinsberechtigung unter diesen begründet. Dies kann hier nicht detailliert ausgeführt werden. Statt dessen soll eine Definition angeboten werden, die aus der Sicht des Autors diese Bedingungen erfüllt, indem einerseits analytische Überlappungen mit anderen Konzepten vermieden werden und andererseits der normative Aspekt des Pluralismus enthalten ist. Nach Philippe Schmitter

civil society can be defined as a set or system of self-organised intermediary groups that: (1) are relatively independent of both public authorities and private units of production and reproduction, that is, of firms and families; (2) are capable of deliberating about and taking collective actions in defence or promotion of their interests or passions; (3) do not seek to replace either state agents or private (re)producers or to accept responsibility for governing the polity as a whole; and (4) agree to act within pre-established rules of a "civil", i.e. mutually respectful, nature.³

Auf der Basis dieser Definition können dann Überlegungen und Untersuchungen zur Bedeutung von ZG für Demokratie und Demokratisierung angestellt werden.

³ Philippe C. Schmitter: Civil Society East and West, in: Consolidating the Third Wave Democracies, hrsg. von Larry Diamond, Marc F. Plattner, Yun-han Chu und Hung-mao Tien, Baltimore 1997, S. 239-262, hier S. 240.

These 3: Zivilgesellschaft im diesem Sinne leistet eine Anzahl von Aufgaben, die zur Konsolidierung und weiteren Ausgestaltung demokratischer Regime beitragen.

Es ist mittlerweile ein Gemeinplatz, daß ZG durch die Wahrnehmung verschiedener Aufgaben positiv zur Ausgestaltung und zum Funktionieren demokratischer Regime beiträgt. Die positive Beziehung zwischen ZG und Demokratie kommt vor allem in den folgenden Funktionen zum Ausdruck.

Durch ihren autonomen Status sind zg. Organisationen direktem staatlichem Einfluß entzogen. ZG ist damit wesentlich *Kontrolle*, Begrenzung und Gegengewicht gegenüber der Machtausübung staatlicher Instanzen. Indem sie sich staatlicher Einflußnahme permanent entzieht, ist so einer problematischen Ausdehnung staatlicher Macht eine wichtige Grenze gezogen.

Als das Parteiensystem ergänzender Mechanismus gesellschaftlicher *Interessenvermittlung* ermöglicht ZG die Aggregation und Artikulierung solcher Interessen und ihre Einspeisung in den politischen Prozeß. Neben dieser Teilhabe "nach oben" sind zg. Strukturen auch damit befaßt, Politikergebnisse "nach unten" zu vermitteln sowie Erwartungen und Verhaltensweisen ihrer Mitglieder zu regulieren und zu stabilisieren.

ZG ermöglicht es, größere Teile der Öffentlichkeit auf einer regelmäßigeren Basis und in unmittelbarerem Zugang zu Sachfragen am politischen Prozeß teilhaben zu lassen, als dies durch die Parteiendemokratie möglich ist. Dies trägt wesentlich zur *politischen Sozialisation* dieser, andernfalls oft vom politischen Kerngeschehen ausgeschlossenen Bevölkerungsteile bei. Zusätzlich generieren zg. Strukturen alternative Politikeliten, indem sie Kenntnisse und Fähigkeiten erfordern und vermitteln, die denen des professionellen Politikbetriebes nahekommen.

Vielfältige Fragestellungen, seien es die Interessen traditionell unterrepräsentierter sozialer Gruppen oder Probleme, die über den Horizont einer Legislaturperiode hinausgehen, sind maßgeblich vom Politikbetrieb ausgeschlossen. ZG macht die Artikulation solcher Gruppen wie auch Problemstellungen möglich und trägt damit zur *Selbstreflexion* in demokratischen Regimen bei, also zur Diskussion der gegenwärtigen Kondition einer politischen Gemeinschaft und zum Entwurf alternativer Entwicklungspfade.

Die Organisationsmuster und Mitgliedschaften innerhalb zg. Strukturen folgen nicht unbedingt traditionellen sozialen, kulturellen oder ethnischen Konfliktlinien. Vielmehr können sie sich mit diesen überschneiden, überbrücken damit traditionelle Konfliktlinien und tragen so zur sozialen und politischen *Integration* bei, ohne diese traditionellen Unterschiede notwendigerweise zu beseitigen.

Traditionell sind zg. Strukturen die *Träger sozialer Dienste*, die ein breites Spektrum von Wohlfahrtspflege über Kultur und Kultus bis zu lokaler und regionaler Entwicklungsarbeit umfassen. Dabei füllt ZG eine Lücke in der Bereitstellung öffentlicher Güter, zu deren Bedarfsdeckung weder der Staat noch der Markt imstande sind.

Durch die Wahrnehmung dieser verschiedenen Aufgaben trägt ZG maßgeblich zur Legitimität und Effizienz demokratischer Regime und damit zu deren anhaltender Stabilität bei.

These 4: Zivilgesellschaft kann jedoch auch negative und hinderliche Auswirkungen auf das Funktionieren und die Stabilität demokratischer Regime haben.

Wesentlich seltener als die genannten "Wohltaten" werden die Schattenseiten zg. Strukturen erwähnt. Auch diese problematischen Aspekte im Auge zu behalten, ist jedoch vor allem mit Blick auf sich konsolidierende demokratische Regime unabdingbar. Eine solche Negativliste enthält insbesondere die folgenden Positionen.

ZG kann einer exzessiven Politisierung unterliegen. So können regierende Parteien versucht sein, zg. Organisationen an sich zu binden, indem diese in staatskorporatistischer Manier kreiert oder kooptiert und selektiv finanziert werden, um so stärkere gesellschaftliche Unterstützung für bestimmte Regierungspolitiken zu erhalten. Organisationen, die sich einer solchen Anbindung verweigern, werden benachteiligt bis repressiv behandelt. Zum anderen können zg. Strukturen übermäßig in den Politikbetrieb eingreifen, wenn sie auf der Basis traditioneller Sympathien oder Antipathien gegenüber bestimmten politischen Akteuren deren Kurs unkritisch und undifferenziert stützen oder ablehnen. Eng verbunden mit diesem Problem ist die staatsfeindliche Grundhaltung, die ZG insbesondere in neu etablierten demokratischen Regimen oft aufweist. Dort ist die staatliche Verwaltung oft so diskreditiert, daß zg. Strukturen jegliche, obgleich notwendige, Zusammenarbeit mit ihr strikt ablehnen.

So wichtig die Artikulierung gesellschaftlicher Interessen gegenüber politischen Entscheidungsträgern ist, so notwendig ist die Vermeidung *exzessiver Forderungshaltungen* auf Seiten der ZG. Ist dies nicht der Fall, geht die Erfüllung einzelner Interessen sichtbar auf Kosten anderer oder der Gesamtheit. Ähnlich problematisch ist es, wenn die Einbeziehung zg. organisierter Interessen in den politischen Prozeß zu übermäßiger *Intransparenz und Verzögerung* politischer Entscheidungen führt.

Nicht weniger problembehaftet ist auch die gesellschaftliche Einbettung und Repräsentativität von ZG. Es ist oft darauf hingewiesen worden, daß soziale Gruppen sich stark in ihrer Organisations- und Durchsetzungsfähigkeit unterscheiden und ZG der Gefahr unterliegt, *sozial selektiv* Oberschichten zu übervorteilen. Werden soziale Gruppen, deren Organisations- und Durchsetzungsfähigkeit schwach ausgeprägt sind, so auf lange Sicht verdrängt, trägt dies zur Delegitimierung des politischen Regimes unter diesen bei.

Schließlich birgt die organisatorische Struktur innerhalb von ZG ein beträchtliches Problempotential. Es ist vorstellbar, daß zg. Strukturen sich nicht in Überkreuzung und Überlappung mit existierenden sozialen Konfliktlinien entwickeln, sondern diesen folgen und somit diese verstärken statt sie zu überbrücken. Das Ergebnis wären *soziale Segregation* und Entfremdung sozialer Gruppen anstelle der oben genannten Integration. Ähnlich problematisch ist eine starke *Fragmentierung* zg. Strukturen. Dies führt dazu, daß innerhalb bestimmter Problem- und Aufgabenfelder eine Vielzahl von Gruppen und Organisationen aktiv ist. Die Schwäche jeder einzelnen dieser Strukturen wie auch die Konkurrenz

untereinander sind jedoch einer einflußreichen Artikulation dieser Interessen oder einer effizienten Lösung bestimmter Aufgaben hinderlich.

In allen diesen Fällen trägt ZG nicht zur Stabilisierung, zur größeren Effizienz und Legitimität eines demokratischen Regimes bei, sondern höhlt diese aus und schwächt damit das Regime.

These 5: Der positive oder negative Einfluß von Zivilgesellschaft auf ein demokratisches Regime wird durch Konstellationen zivilgesellschaftlicher Strukturen bestimmt, die landesspezifisch sind.

In Anbetracht dieser Licht- und Schattenseiten wird recht schnell deutlich, daß die existierenden analytischen Ansätze zu ZG völlig unzureichend sind. Studien zu zg. Strukturen in sich konsolidierenden Demokratie gehen in ihrer Mehrzahl weder auf die Natur der sich entwickelnden ZG noch auf deren Effekte auf neu etablierte demokratische Regime ein. Die dargestellten positiven wie negativen Auswirkungen von ZG weisen jedoch deutlich auf diesen Zusammenhang zwischen Gestalt und Wirkung hin.

Ein fruchtbarer Zugang ergibt sich, wenn man Konstellationen (oder Gestalten) von zg. Strukturen konzeptionalisiert. Diese Konstellationen leiten sich aus den genannten funktionalen und dysfunktionalen Aspekten ab und können in idealtypischer Form dargestellt werden. Politisierung und Depolitization ist demnach das idealtypische Gestaltpaar, das positiv bzw. negativ mit Kontrolle assoziiert ist. Pluralistische und korporatistische zg. Strukturen beschreiben die beiden Konstellationen, die funktional bzw. dysfunktional mit Interessenvermittlung verbunden sind. Der Integrationsaspekt von ZG ist bestimmt durch Organisationsstrukturen, die entweder traditionelle Konfliktlinien überschneiden oder ihnen folgen, was mit integrativen bzw. segregativen Konstellationen dargestellt wird. In gleicher Weise lassen sich die Verbindungen zwischen den übrigen positiven und negativen Wirkungen und den ihnen zugrunde liegenden Gestalten zg. Strukturen herstellen. Diese idealtypischen Konstellationen können operationalisiert werden und werden somit empirisch anwendbar. Die existierende oder sich entwickelnde ZG eines bestimmten Landes kann dann beschrieben werden als Kombination dieser verschiedenen Konstellationen.

Eine solche Untersuchung hat einen doppelten Effekt. Zum einen läßt sich zeigen, welche Faktoren die Ausbildung zg. Strukturen in einem Land oder einer Region maßgeblich beeinflussen. Damit ist der Weg geöffnet für differenziertere Untersuchungen als die derzeit existierenden, die sich maßgeblich auf Superfaktoren wie politische Kultur stützen. Zum anderen ließe sich aus den sich entwickelnden Konstellationen ermesen, inwiefern die zg. Strukturen eines Landes zur weiteren Konsolidierung und Ausgestaltung des demokratischen Regimes beitragen oder diesen hinderlich sind.

Heinz M. Pascher

Im Kapitalismus leben.

Anomie und gesellschaftliche Marginalisierung in Polen nach 1989

"What is real socialism?" – "The longest and most twisted road from capitalism to ... capitalism!"

Dieser Beitrag versteht sich als theoretische Skizze für die Untersuchung der Entstehung von Anomie unter der Bedingung der gesellschaftlichen Transformation in Polen.¹ Nach Robert Merton² sprechen wir bei einem Zustand des Verlusts von normativen Regulierungen sowie beim Zusammenbruch von Verhaltensregeln von Anomie. Der polnische Soziologe Piotr Sztompka hat in einem zu Beginn der 90er Jahre publizierten Essay mit dem Titel: Dilemmas of the Great Transition. A Tentative Catalogue³, ein Bild skizziert, mit welchen Problemen die polnische Bevölkerung im Prozeß der gesellschaftlichen Transformation zurechtkommen muß. Dabei stellt Sztompka als zentrales Element die Schnelligkeit dar, mit der sich gesellschaftliche Akteure auf neue Gegebenheiten einzustellen hätten. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Teilung Europas hat der Kapitalismus in den westlichen Staaten Europas zumindest 50 Jahre eine mehr oder weniger kontinuierliche Entwicklung durchlaufen können, in der die Gesellschaften lernen konnten, mit den Vorzügen und Problemen des ökonomischen Systems umzugehen. In Mittel- und Osteuropa – und so auch in Polen – fehlte diese Entwicklungsphase, statt derer nach der Wende von 1989 die Erwartung der Erzielung eines schnellen und nachhaltigen Wohlstands ohne gesellschaftliche Kosten getreten wäre. Nun meint Sztompka, daß vornehmlich das nicht sofortige Eintreten einer umfassenden Verbesserung der Lebenslagen zu anomischen Zuständen in der Gesellschaft geführt hätte.

Mehr als zehn Jahre nach der Wende halten wir an einem Punkt, der uns ein ambivalentes Bild vor Augen führt. Die Beurteilung der Entwicklung seit 1989 läßt uns zu dem Schluß kommen, daß die These von Sztompka einer teilweisen Modifikation bedarf. Die Notwendigkeit der Gleichzeitigkeit der Transformation aller Gesellschaftsbereiche führt zu einer – wie Hans Peter Haarland u.a. es nennen – politischen Ökonomie der Geduld⁴, mit der sich allerdings nicht alle Bevölkerungsgruppen anfreunden können und wollen. Soweit ist der Diagnose Sztompkas auch aus heutiger Sicht noch zu folgen.

Sztompkas These aus dem Jahr 1991 erscheint uns jedoch zumindest dahingehend ergänzungsbedürftig, wenn es um die Beurteilung der Dynamik der reformorientierten Implementierung eines neoliberal ausgerichteten Wirtschaftssystems geht. Einerseits sind da zweifellos gesamtgesellschaftlich positive Effekte der Transformation zu nennen. Polen gilt

¹ Der Autor arbeitet an einer empirischen Untersuchung, die sich unter anderem dieser Problematik widmet (Arbeitstitel: Soziale Aspekte der ökonomischen Transformation in Polen).

² Robert Merton: Social Structure and Anomie, in: ders.: Social Theory and Social Structure, New York 1968.

³ Piotr Sztompka: Minda de Gunzburg Center for European Studies, Harvard University 1991.

⁴ Hans Peter Haarland, Hans-Joachim Niessen: Transformationsbarometer Osteuropa 1999, Frankfurt/M. 1999.

unter den postkommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas als eines jener Länder, das die Transformation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft von einem kommunistischen, autoritär-etatistischen Gesellschaftssystem hin zu einer marktwirtschaftlich organisierten, pluralistischen Demokratie weitgehend erfolgreich bewerkstelligt hat. Indikatoren für den Erfolg dieses Prozesses sind im Bereich des Staatswesens der Aufbau demokratischer Strukturen und Institutionen. Wirtschaftlich schreitet der Reprivatisierungsprozeß staatlicher Betriebe voran und das Wirtschaftswachstum liegt jährlich etwa zwischen fünf bis sieben Prozent. Im gesellschaftlichen Bereich gelten Demokratie und Marktwirtschaft mehrheitlich grundsätzlich als akzeptiert. Beinahe zwei Drittel der Bevölkerung, meist Angehörige der jüngeren Generation, befürworten die Reformen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Andererseits sieht sich Polen einer Reihe von gesellschaftlichen Problemen gegenüber, die immer mehr gesellschaftliche Gruppen betreffen. Im Diskurs der Transformationsforschung stellt sich das Geschehen in Mittel- und Osteuropa seit 1989 meist als atemloser Aufhol- und Nachholprozeß dar, bei dem es gilt, so rasch wie möglich gesellschaftliche und wirtschaftliche Standards, wie sie in Westeuropa vorherrschen, zu erreichen. Dabei werden m.E. zumindest folgende drei Bereiche kurzschlüssig betrachtet oder aus der Betrachtung weitgehend ausgeblendet:

- Mit der ausschließlichen Konzentration auf die historischen Bedingungen des Transformationsprozesses vom Staatssozialismus zum Kapitalismus geraten die dem Kapitalismus innewohnenden Antinomien aus dem Blick. Vor dem Hintergrund einer zehnjährigen Entwicklung stellt sich die Frage, ob bislang ungelöste oder neu entstandene gesellschaftliche Probleme nicht auch den Eigenwilligkeiten des kapitalistischen Systems zugeschrieben werden müssen.
- Die Metapher vom Nach- und Aufholen verdeckt, daß der Entwicklungsprozeß in Mittel- und Osteuropa nur bedingt mit dem Entwicklungsprozeß Westeuropas nach 1945 vergleichbar ist. Aus sozialstruktureller Perspektive haben vom westeuropäischen Entwicklungspfad alle Bevölkerungsgruppen profitiert, wenngleich es vielfach lediglich zu einer Verschiebung nach oben gekommen ist.⁵ Unter den Bedingungen in Mittel-/Osteuropa kann eine solche Dynamik der gleichförmigen Verbesserung des Lebensstandards, von der sämtliche Bevölkerungsgruppen profitieren, nicht angenommen werden. Vielfach ist sogar von einer sich entwickelnden umgekehrten Zwei-Drittel Gesellschaft die Rede.⁶
- Im Diskurs des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nachholens gerät die Ebene der gesellschaftlichen Akteure zunehmend aus dem Blick. Man neigt nicht nur dazu zu übersehen, daß sich beispielsweise subjektiv die Mehrheit der polnischen Bevölkerung als Verlierer der Transformation sieht, sondern es entsteht im Zuge einer neoliberalen Wachstumseuphorie die Tendenz, Formen neuer sozialer Ungleichheit und Benachteiligung zu ignorieren bzw. als systemimmanente Folgeerscheinungen zu

⁵ Vgl. Ulrich Beck: Risikogesellschaft, Frankfurt/M. 1986. Beck spricht in diesem Zusammenhang von einem "Fahrstuhleffekt".

⁶ Vgl. Ilja Srubar (Hg.): Eliten, politische Kultur und Privatisierung in Ostdeutschland, Tschechien und Mitteleuropa, Konstanz 1998.

legitimieren. So leben beispielsweise 15% der polnischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze.

Kapitalismus als Bedingung des Wandels

Mit dem totalitären Charakter des realsozialistischen Systems in Polen und seinem ökonomischen Bankrott stand und steht die Notwendigkeit des radikalen Wandels gesellschaftlicher und politischer Strukturen außer Zweifel. Gleichzeitig handelte man sich durch die Übernahme und Implementierung des marktwirtschaftlichen Modells liberalkapitalistischen Zuschnitts im verschärften Maße Problemlagen ein, die in der westlichen Kapitalismuskritik bereits vor Jahrzehnten prominent verhandelt worden sind.

Aus soziologischer Sicht erhält sich Gesellschaft aus dem erfolgreichen Zusammenspiel von System- und Sozialintegration. Im Hinblick auf beide Integrationsformen von Gesellschaft hat Jürgen Habermas⁷ auf krisenhafte Tendenzen im Spätkapitalismus hingewiesen, die in ihrer beschleunigten Form auch auf den neoliberalen Turbokapitalismus der Transformationsperiode in Polen zuzutreffen scheinen. Grundsätzlich besteht die Leistung des kapitalistischen Organisationsprinzips darin, daß das vom politischen entkoppelte ökonomische System über die Agentur des Marktes und die Mechanismen von Angebot und Nachfrage imstande ist, mit seinen systemintegrativen Aufgaben auch einen Beitrag zur Sozialintegration zu leisten. Die Krisenanfälligkeit des Systems besteht nun darin, daß der Liberalkapitalismus von ökonomischen Steuerproblemen gekennzeichnet ist, die eine gefährliche Bedrohung der sozialen Integration einer Gesellschaft darstellen. Auf die Transformationsrealität Polens übertragen scheint es, als wären gegenwärtige Krisentendenzen im Bereich der System- und Sozialintegration nicht mehr alleinig aus der Hypothek der realsozialistischen Vergangenheit heraus zu erklären. Vielmehr scheint die aktuelle Situation der gesellschaftlichen Fragmentierung unter den Vorzeichen einer neoliberalen Wirtschaftspolitik sowie dem Druck der Erreichung von Mindeststandards zur Aufnahme in die Europäische Union und den Effekten einer bis in die bisherigen Peripherien ausgreifenden Globalisierung dem Habermas'schen Theorem der Systemkrise Rechnung zu tragen.

Sozialer Wandel und Anomie

Der unter liberalkapitalistischen Bedingungen eingeleitete Transformationsprozeß bringt einen tiefgreifenden Wandel in der Sozialstruktur Polens mit sich. Schematisch gesprochen zählen Angehörige der alten und neuen Eliten und Vertreter des neu entstandenen Mittelstandes eindeutig zu den Gewinnern der Transformation. Als Verlierer muß man zunächst Angehörige jener Schichten ansehen, die bereits vor 1989 ein niedriges Qualifikations- bzw. Flexibilitätpotential aufwiesen. Im besonderen zählen dazu ungelernete Arbeiter, Bauern, Landarbeiter und Frauen. Darüber hinaus geraten immer mehr Menschen auf die Verliererseite, die dem gesellschaftlichen Anpassungsdruck nicht standhalten können

⁷ Jürgen Habermas: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1973.

oder denen auch auf hohem Qualifikationsniveau der Zugang zu für soziale Mobilität notwendigen gesellschaftlichen Ressourcen, wie zum Beispiel Bildung, verwehrt ist.

Jenseits des sozialstrukturellen Wandels läßt sich ein Einstellungssyndrom konstatieren, wonach sich subjektiv mehr als die Hälfte der polnischen Bevölkerung als Verlierer der Transformation erachtet. Dieses Einstellungssyndrom kann als Hinweis für die Dissonanz der Beurteilung der gegenwärtigen Gesellschaftsentwicklung gelesen werden. Piotr Sztompka spricht in diesem Zusammenhang von einer Krise der moralischen Kohäsion (*moral cohesion*) in der polnischen Gesellschaft.⁸ Er diagnostiziert für das Polen nach 1989 das Eintreten einer Vertrauenskrise, die der anfänglichen Periode der gesellschaftlichen Euphorie folgte. Diese Vertrauenskrise war und ist geprägt vom Mißtrauen gegenüber politischen und wirtschaftlichen Institutionen und deren Vertreter. Generell, so Sztompka, ist die Phase des sogenannten bevölkerungsweiten "Solidaritätsethos" von einer Kultur des Neides, des Zynismus und der Gleichgültigkeit abgelöst worden. Die desintegrative Wirkung dieser Vertrauenskrise führt zur Polarisierung der Bevölkerung. Gleichzeitig sind aufgrund des Fehlens als legitim anerkannter Regulationsmechanismen des sozialen Ausgleiches Anzeichen anomischer Zustände in Teilen der Bevölkerung erkennbar. Das Zusammenwirken von neuen, ungekannten Lebensrisiken und Unsicherheiten bei Bestehen eines zumindest latent anhaltenden normativen Chaos und der Unübersichtlichkeit neuer Lebenschancen führt zu Verhaltensunsicherheiten, die nicht selten in einen beruflich-familialen Privatismus führen. Gleichzeitig kommt es zur Marginalisierung von Bevölkerungsgruppen, die dem Anpassungsdruck und den Flexibilitätsanforderungen des neoliberalen Paradigmas nicht standhalten können.⁹

⁸ Piotr Sztompka: *The Cultural Imponderables of Rapid Social Change: Trust, Loyalty, Solidarity*, in: *Polish Sociological Review*, 1/1998, S. 45-57.

⁹ Piotr Sztompka geht jüngst sogar so weit, in bezug auf dysfunktionale und desintegrative Entwicklungen in Polen von einem "post-kommunistischen Trauma" zu sprechen. Vgl. Piotr Sztompka: *Post-Communist Trauma. The Case of Poland*, in: Heinz Pascher (Hrsg.): *Work in Progress. Political and Social Change in Poland and Austria since 1989*, Krakau 2000 [im Erscheinen].

Kerstin Zimmer

Symbolischer Konsens, regionale Kohäsion und das Versagen institutioneller Innovation in Donetsk¹

Die Ukraine zeichnet sich durch erhebliche regionale Disparität aus, die sich in einander verstärkenden historischen, sprachlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Unterschieden ausdrückt. Meine Betrachtung konzentriert sich auf den Oblast Donetsk in der Ost-Ukraine, der geprägt ist von sprachlicher und kultureller Russifizierung sowie dem Vorherrschen der Kohle- und Schwerindustrie. Die Region befindet sich in einer tiefen sozioökonomischen Krise, der wenig Innovation und Reform entgegengesetzt werden.² Im folgenden möchte ich zwei Formen von Entwicklungsblockaden beschreiben.

Wirtschaftsstrukturelle Probleme begrenzen die Handlungsmöglichkeiten lokaler und regionaler Akteure. Das ökonomische sowjetische Erbe besteht in einer industriellen Monostruktur, die durch eine seit den 70er Jahren rückläufige Investitionstätigkeit beeinträchtigt ist. Die geringe Konkurrenzfähigkeit vieler Betriebe wird unter Weltmarktbedingungen evident. Mit der Auflösung der Sowjetunion verlor die Region wichtige Absatz- und Beschaffungsmärkte. Großbetriebe – meist in Staatseigentum – dominieren die regionale Produktion und Beschäftigung. Seit 1995 versetzte das Sinken der Kaufkraft dem entstehenden Privatsektor einen Rückschlag. Die Restrukturierung des Kohlesektors und verwandter Industrien zieht sozioökonomische, ökologische und politische Probleme nach sich. Die ukrainische Wirtschaftspolitik trägt nicht zur Verbesserung des Investitionsklimas bei.

Neben diesen "objektiven Gegebenheiten" sind weiche Faktoren wie Werte, Denkmuster relevant, da sie die Wahl potentieller Entwicklungspfade für die Region zusätzlich einschränken.³

In der Region dominiert ein ökonomisch geprägtes Selbstbild, das sich vor allem aus der sowjetischen Zeit speist und auf die heutige Situation übertragen wird. Während der sozialistischen Phase sah man sich in Donetsk nicht als benachteiligte Region, sondern internalisierte mangels objektiver Informationen die offizielle Propaganda, die das Donbass als Schaufenster des Sozialismus und Motor der industriellen Entwicklung darstellte. Heute wird auf die Überlegenheit einer industrialisierten, urbanisierten Region hingewiesen, die zugleich Hort der Arbeiterklasse und Kaderschmiede ist. Retrospektiv erscheint die sowjetische Phase als positiv, denn sie symbolisiert Stabilität und relativen Wohlstand. Die recht starke Identifikation mit der Region stützt sich also fast ausnahmslos auf ökonomische Faktoren und

¹ Diese Arbeit ist im Zusammenhang des von Prof. Melanie Tatur geleiteten und von der Volkswagen Stiftung finanzierten Forschungsprojektes "Lokale und regionale Akteure in der regionalen Entwicklungspolitik in Polen, Rumänien, der Ukraine und Ungarn" entstanden.

² Bis 1995 galt die Region als Reformvorreiter. 1996 entließ der Präsident die als vergleichsweise liberal und fortschrittlich geltende Oblast-Regierung.

³ Grundlage der folgenden Ausführungen sind qualitative Interviews mit lokalen und regionalen Akteuren, die im Herbst 1999 in Donetsk durchgeführt wurden.

reproduziert und perpetuiert im Grunde die sowjetische Propaganda. Dies wird zu einem Problem, da die Basis für diese Identifikation erodiert.

Historische Vorbilder für eine andere Wirtschaftsstruktur in Form kleiner und mittelständischer Unternehmen fehlen. Als typisch und historisch "gewachsen" können nur jene Strukturen gelten, die langfristig kein Wachstum versprechen, sondern auf Subventionen angewiesen und anfällig gegenüber Schwankungen auf dem Weltmarkt sind, d.h. vor allem die Kohle- und Stahlindustrie.

Die "ungünstige", periphere Lage des Donbass, die jahrzehntelange Isolation sowie mangelnde Fremdsprachenkenntnisse machen sich heute bemerkbar. Im Gegensatz zur Westukraine verfügt die Region kaum über Diaspora in westlichen Ländern, was die Möglichkeiten der Unterstützung und des Austauschs heute weiter begrenzt. Die westukrainische Diaspora schenkt dem Donbass keine Aufmerksamkeit. Jedoch verfügen vor allem Mitarbeiter von NGOs und Teilen der neuen Privatwirtschaft über Beziehungen ins Ausland und/oder eigene Auslandserfahrungen und unterscheiden sich stark von jenen, die derartige Kontakte und Impulse nicht besitzen. Letztere greifen auf sowjetische Deutungsmodelle zurück und sehen kaum Alternativen zur bisherigen Entwicklung oder sie lehnen solche "neuen" Muster ab:

Für den Oblast Donetsk passen kleine Betriebe nicht – er besteht aus großen, ja gigantischen Betrieben. Wie ein Schwamm haben diese Betriebe die Menschen aufgesaugt, und sie sind dort gebunden an die Betriebe, wie Ruderer auf türkischen Galeeren: sie können nirgendwohin entkommen von diesem Schiff. ... Und was sollen die kleinen Betriebe machen, wenn sich die großen lohnen? ... im allgemeinen arbeiten die Leute in großen Betrieben. Es muß einen Direktor geben, es muß Ingenieur-Dienste geben, und jeder muß seine Aufgabe erfüllen. Nun, es ist so gekommen, daß die Leute es bei uns so haben wollen. ... Warum soll man das aufgeben? Soll man ein Bergwerk nehmen, es schließen und kleine Bergwerke eröffnen? Oder eine Fabrik schließen und kleine metallverarbeitende Betriebe aufmachen? Nein, das ist nicht normal. Man muß den Oblast Donetsk begreifen und im allgemeinen die Situation in der Ukraine begreifen. In anderen Oblasten ist es genauso. Darin liegt die Spezifik.⁴

In dieser Aussage wird einerseits das Dilemma deutlich, in dem sich die Region befindet. Andererseits zeugt sie von der Gewißheit über die Richtigkeit der bisherigen Strategie, in der Macht und Größe und nicht Gewinnorientierung entscheidend sind für Erfolg. Nur wenige betrachten die ökonomischen Strukturen als veraltet und langfristig entwicklungshemmend. Im Gegenteil, es herrscht der Glaube, finanzielle Unterstützung mache die Betriebe wieder konkurrenzfähig. "Investitionen in die Kohleförderung und Metallindustrie sind heute so wichtig wie nie zuvor. Alles andere wird dann von selbst kommen. ... Ja, die Grundstoffindustrie, das ist das, was wir brauchen."⁵ Modernisierung wird nur im Sinne technischer Ausstattung und Produktionsabläufe verstanden, nicht aber im Sinne struktureller Veränderungen.

⁴ Herr V.P., Sekretär des Rates für Freie Wirtschaftszonen, Oblast-Verwaltung, Donetsk, November 1999. Dieses und die folgenden Zitate wurden von mir aus dem Russischen übersetzt.

⁵ Herr N.D., Stadtverwaltung Donetsk, November 1999.

Interviewpartner aus der Staats- und Kommunalverwaltung denken in Kategorien staatlicher Wirtschaftsplanung. Eine Befragte geht sogar davon aus, einzelne Betriebe und ganze Branchen hätten "nach Plan" den Übergang zum Markt vollziehen können:

Es hängt alles davon ab, wie gut ein Betrieb oder Branche war, als diese plötzliche Transformation begann. Wir waren nicht vorbereitet. Wenn wir uns zehn Jahre vorbereitet hätten, sagen wir von 1980 an, und wenn wir gewußt hätten, daß wir 1995 zur Marktwirtschaft übergehen, was hätten wir getan? Wir hätten vor allem die Bevölkerung vorbereitet, ihnen erklärt, was dieser "Markt" ist, was dieser "Kapitalismus" ist. Wir hätten entsprechende Kader vorbereiten können. ... Aber es geschah alles so plötzlich. Und die Betriebe, die es zu Beginn dieses Übergangs geschafft hätten, einige Investitionen zu erhalten, sie hätten ihre Grundausstattung erneuern können, sie hätten neue Technologie erhalten, so daß sie natürlich besser darauf vorbereitet gewesen wären und ihre Produkte wären konkurrenzfähiger.⁶

Neben anderen Lokalgrößen ist der Donetsker Bürgermeister Rybak Abgeordneter in der Verchovna Rada und "hilft" der Stadt Donetsk, ebenso wie der Staatspräsident der Region "hilft".⁷ Die Klientelbeziehungen nach Kiew scheinen gut etabliert. Gegenüber den Bürgern äußert sich der Paternalismus in einer fortgesetzten "Diktatur über die Bedürfnisse"⁸:

Es ist notwendig, sich an den Bedürfnissen zu orientieren und an der Nachfrage. Wir müssen uns an dem orientieren, was notwendig ist.⁹ Jedoch besitzt die Verwaltung nach wie vor das Privileg zu bestimmen, was "notwendig" ist.¹⁰

Die Befragten hatten zumeist keine Vorstellung über "Regionalpolitik", was sich durch das fortgesetzte Denken in Kategorien sektoraler Planung erklären läßt.¹¹ Keiner der Interviewpartner sieht einen wirklichen Konflikt zwischen der Region und dem Zentrum in Kiew. Das Verhältnis wird meist als "normal" beschrieben. Fast alle sind davon überzeugt, über genügend Vollmachten und Mittel zu verfügen. Innerhalb der Region gibt es "Probleme", aber keine Konflikte. Interessensgegensätze zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen werden nur selten thematisiert. Diese Auslassungen weisen auf mangelndes Denken in institutionellen Kategorien hin. Der unzulängliche rechtliche Rahmen wird selten erwähnt. Aufgrund der personalisierten Beziehungen ist er nicht hinderlich und muß somit auch nicht verändert werden. Statt dessen versucht man, Ausnahmeregelungen für die Stadt und die Region zu erhalten und die allgemeinen rechtlichen Vorgaben zu umgehen. Deshalb bildet die lokale Ebene bisher kein Gegengewicht zu sektoralen Interessen.

Die Netzwerke sind geschlossen und tragen nicht zu einer Generalisierung von Vertrauen bei. Die geringe Offenheit gegenüber Außenstehenden zeigte sich im problematischen Zugang zu

⁶ Frau L.D., Oblast-Wirtschaftsverwaltung, Donetsk, November 1999.

⁷ Mitarbeiter aus der Stadtverwaltung und der Stadtteilverwaltung äußern diese Auffassung.

⁸ Der Begriff geht zurück auf A. Heller/F. Fehér/G. Márkus: Der sowjetische Weg. Bedürfnisdiktatur und entfremdeter Alltag, Hamburg 1983.

⁹ Frau L.D., Oblast-Wirtschaftsverwaltung, Donetsk, November 1999.

¹⁰ Gespräch mit M.A., Privatunternehmer, Donetsk, Juli 1999.

¹¹ Auf regionaler Ebene gibt es bislang keine Verankerung von Regionalpolitik. Ein Präsidentenerlaß (Dezember 1999) zur Einrichtung von Agenturen für Regionalentwicklung in jedem Oblast wird nur zögerlich umgesetzt.

Interviewpartnern. Termine konnten meist nur durch persönliche Beziehungen der Kooperationspartner vor Ort hergestellt werden. Im Gegensatz dazu zeigen neue Privatbetriebe und NGOs größere Aufgeschlossenheit. Im allgemeinen gilt, daß Einzelpersonen und Organisationen Informationen für sich behalten, da sie als Machtquelle angesehen werden. Einzelne Fälle von Kooperation fußen auf (starken) persönlichen Beziehungen.

Die Gruppe der Interviewpartner wirkte heterogen und wenig integriert. Was sie jedoch teilen, ist die regionale Identität, die sich durch ökonomische Faktoren bestimmt ist.

Die Hoffnung stirbt zuletzt

Angesichts der geschilderten Situation stellt sich die Frage, was diese Denk- und Handlungsmuster aufbrechen könnte und wo sich Keimzellen für eine neue Entwicklung ausmachen lassen. Im folgenden betrachte ich potentiell integrierende Werte und Regeln als Basis für Kooperation sowie potentielle Träger von Innovation.

In den meisten Interviews zeigt sich eine Loyalität zum ukrainischen Staat ohne eine Verbundenheit mit der ukrainischen Nation. Der ukrainische Staat wird als Handlungsrahmen akzeptiert und genutzt. Während im Westen des Landes die Unterschiede zwischen Ukrainern und Russen deutlich wahrgenommen werden, sind sie in Donetsk widersprüchlich und unscharf. Ebenso verhält es sich mit der Sprache. Die Mehrzahl der Interviewpartner wollte sich nicht festlegen und gab an, sowohl ukrainisch als auch russisch zu reden. Die Bevölkerung identifiziert sich selbst vielfach als "sowjetisch".¹²

Die Selbstbeschreibung als "sowjetisch" deutet auf eine Identifikation mit dem alten System und damit verbundenen Handlungsweisen hin. Die Bevölkerung zeichnet sich durch Passivität aus und richtet nach wie vor Versorgungsansprüche an den Staat. Mitgliedszahlen für Parteien und andere Organisationen sowie gesellschaftliches Engagement sind gering. Eine – weitgehend syndikalistische – Mobilisierung fand nur 1989/90 und 1993 statt. In den von Bergwerksschließungen betroffenen Siedlungen können sich die Bewohner nicht selbst organisieren, sondern sind auf Impulse und Anleitungen von außen angewiesen.

NGOs sind zumeist Eliten-Zirkel, oft auf äußere Finanzierungsanreize entstanden und wenig mit der lokalen Bevölkerung verbunden. Es stellt sich die Frage, wie Vorbilder und Orientierungen, die es den außenorientierten Akteuren ermöglichen, den Zustand der "Alternativlosigkeit" zu verlassen, in das Alltagshandeln vor Ort integriert werden. Die erste Grenze findet sich dort, wo auch bei ihnen selbst alte Denkmuster durchschlagen. Zugleich stoßen sie auf äußere Grenzen, vor allem durch den Staat, der – trotz einiger Verbesserungen – wenig Erfahrung mit zivilgesellschaftlichen Gruppen hat. Gesellschaftliche Gruppen, die das staatliche Privileg, gesamtgesellschaftliche Entscheidungen zu treffen, nicht direkt gefährden, wie Wohltätigkeits-, Frauen-, Veteranen- und Jugendorganisationen, werden geduldet.

¹² Georg O. Liber: Imagining Ukraine: regional differences and the emergence of an integrated state identity, 1926-1994, in: Nations and Nationalism 2/1998, S. 187-206. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine Studie der Akademie der Wissenschaften in Donetsk, die auf Befragungen in Bergarbeitersiedlungen beruht.

Gruppen, die sich politischer oder ökonomischer Themen annehmen, stoßen auf mehr Widerstand und Mißtrauen.

Gewerkschaften treten vor allem durch Protest-Aktionen in Erscheinung. Sie kämpfen für das Überleben des Kohlesektors und den Erhalt der Arbeitsplätze "um jeden Preis". Dabei bleiben sie rückwärtsgewandt und weitgehend ohne Vision. Hinzu kommt eine Zersplitterung der Gewerkschaften, in der jeder für seine Belange kämpft. Die Bergarbeitergewerkschaften werden von der Bevölkerung zunehmend als egoistisch wahrgenommen. Sie arbeiten auch nicht mit anderen gesellschaftlichen Gruppen zusammen, abgesehen von linken politischen Gruppierungen.¹³ So wirken sie lediglich polarisierend, fordern aber nicht zur Diskussion über die Zukunft der Kohle heraus.

Im gesamtukrainischen Vergleich ist die Region stark säkularisiert. 1995 erklärten 45% der Einwohner, religiös zu sein (gegenüber 88% in Galizien). Die Dichte an religiösen Einrichtungen ist ebenfalls viel geringer. 1999 gaben zwar 51% an, regelmäßig Gottesdienste zu besuchen, die Teilnahme am religiösen Leben bleibt jedoch zumeist oberflächlich. Die orthodoxe Kirche dominiert sowohl bei der Anzahl der Gläubigen als auch bei den Einrichtungen, nimmt aber keine gesellschaftlichen Aufgaben wahr. Eine zunehmende Rolle spielen Sekten.¹⁴ Religion oder Kirche wirken weder handlungsleitend noch integrierend. Keiner der Interviewpartner sprach das Thema an.

Neue private Betriebe sind bewußt staatsfern. Sie suchen nicht die Zusammenarbeit oder Unterstützung durch staatliche Stellen, sondern möchten vor allem "in Ruhe gelassen" werden.¹⁵ Bisher gibt es wenig Kooperation zwischen Betrieben und so gut wie keine Einrichtungen zur Unterstützung des Unternehmertums. Viele Kleinunternehmer arbeiten in der Schattenwirtschaft und artikulieren ihre Interessen nicht.

Das politische Geschehen wird – zum Teil hinter den Kulissen – von einflußreichen Einzelpersonen und oligarchischen Gruppen bestimmt.

Diese alte Elite wird noch für lange Zeit bestehen bleiben ... Die Elite, besonders die Donetsker Elite, ist nicht nur eine Abstraktion. Die Donetsker Elite ... ist ein Kreis von Leuten, die einander gut kennen. ... Sie sind wie Bergsteiger, sie gehen in einer Gruppe. Wenn einer den Gipfel erreicht, folgen die anderen ihm nach. Und schon sind sie wieder da. Sie verlieren einander nicht, sie haben persönliche Beziehungen ... Sogar wenn sich heute ihre Wege trennen, einer bleibt Betriebsdirektor, andere in der Verwaltung und wieder andere sind im Parlament, aber sie sind trotzdem immer vereint.¹⁶

Diese Clans entstanden schon zu Brežnevs Zeiten, als die Manager faktisch große Teile der ukrainischen Wirtschaft als eigene private "Fürstentümer" usurpierten. Nach der Unabhängigkeit der Ukraine, die sie unterstützten, erhielten sie noch leichteren Zugriff auf die Besitztü-

¹³ Herr V. Ch., Gewerkschaftsführer Donetsk, November 1999.

¹⁴ Aleksej Krindač: Kirchenlandschaft Ukraine – Probleme, Kämpfe, Entwicklungen, in: Osteuropa 10-11/1997, S. 1066-1092.

¹⁵ Herr M. A., Privatunternehmer, Donetsk, Dezember 1999.

¹⁶ Herr I. P., Professor für Philosophie, Donetsk, November 1999.

mer¹⁷, da die Kontrolle durch die Allunions-Ministerien entfiel. Heute verfolgen sie vor allem Rent-Seeking-Interessen und sind nicht an Reformen interessiert, die ihre Position gefährden.

Fazit

Das Vorhandensein einer regionalen Identität läßt sich aus den Interviews entnehmen. Es gibt einen Konsens darüber, was die Region ist und zum Teil auch darüber, was sie zukünftig sein soll. Dies bringt aber keine Innovationen hervor, sondern ist auf Bewahrung angelegt. Fast alle Akteure, die mit Macht ausgestattet sind, denken in alten Kategorien und zielen auf Konservierung der alten Strukturen oder der nun bestehenden Strukturen, welche die Rent-Seeking-Interessen absichern. Andere Akteure zeigen Ansätze zu Reformen, sind aber weitgehend machtlos und in der Reichweite ihrer Tätigkeit begrenzt.

¹⁷ Ilya Prizel: Ukraine between proto-democracy and "soft" authoritarianism, in: Democratic changes and authoritarian reactions in Russia, Ukraine, Belarus and Moldova, hrsg. von Karen Dawisha und Bruce Parrott, Cambridge 1997, S. 330-369.

Sozioökonomische Differenzierungsprozesse auf regionaler Ebene

Artis Kancs

Regionale Disparitäten in der wirtschaftlichen Entwicklung in den Ländern Mittel- und Osteuropas

Zehn Jahre nach der politischen Wende in Osteuropa erscheint die Frage von zunehmendem Interesse, ob und in welchem Ausmaß sich im einst zentral verwalteten osteuropäischen Wirtschaftsraum regionale Differenzierungen herausgebildet haben. Der Beitrag versucht, diese Frage mit Hilfe ausgewählter sozio-ökonomischen Indikatoren vor einem theoretischen Hintergrund zu beantworten.

Konkret ist zehn Jahre nach der politischen Wende in Osteuropa immer häufiger die Rede davon, daß einige Regionen, vor allem urbane Gebiete, sich relativ dynamisch entwickelt haben und erheblich bessere Zukunftschancen als die übrigen Regionen hätten¹. Hinzu kommen die Integrationsprozesse in die EU, was die Übernahme von EU Institutionen (darunter auch der Europäischen Strukturfonds) für die osteuropäischen Beitrittsländern bedeutet, und wissenschaftliche Erkenntnisse für regionale Verteilung dieser Fonds erfordert.

Vor diesem Hintergrund ist es von großer Relevanz, sich ausführlicher mit der Frage zu befassen, welche regionalen Differenzierungen der wirtschaftlichen Situation sich im osteuropäischen Wirtschaftsraum, der flächendeckend mit den Hinterlassenschaften der Zentralverwaltungswirtschaft konfrontiert ist, im Lauf der Transformationsprozesse herausgebildet haben. Darüber hinaus kann die Beantwortung der Frage, welche Faktoren für die Entwicklung der Regionen strategisch von besonderer Bedeutung sind, Hinweise für die künftige Gestaltung von Regionalpolitik, sowie für die Auswahl von Regionen, die künftig ins Zentrum der wirtschaftspolitischen Bemühungen rücken sollten, liefern.

Regionale Arbeitslosigkeit

Die schockartig eingeleitete Transformation der osteuropäischen Wirtschaften, in deren Folge sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um bis zu 60% reduzierte, spiegelt sich vor allem im drastischen Beschäftigungsabbau wider. Aufgrund mangelnder Daten für die Jahre Anfang der 90er, läßt sich nicht genau quantifizieren, in welchen Regionen der osteuropäischen Länder sich der Beschäftigungsabbau am stärksten vollzogen hat. Regionalisierte Beschäftigungsdaten liegen für diese Länder erst ab 1993-1994 vor. Neuere Daten zur regionalen Arbeitsmarktsituation zeigen, daß der Beschäftigungsrückgang in den Ländern Mittel- und Osteuropas (MOE) einige Regionen stärker als andere betroffen hat (siehe Schaubild 1), was im großen und ganzen mit der jeweils herrschenden Wirtschaftsstruktur stark zusammenhängt. Regionen mit einer Ausrichtung auf die Schwerindustrie sind

¹ Thomas Abraham, Thiemo W. Eser: Regionalentwicklung in Mittel- und Osteuropa im Spannungsfeld von Transformation und Integration am Beispiel Polens, in: Raumforschung und Raumordnung, 2-3/1999, S. 143.

besonders stark betroffen. Ländliche Regionen mit

einem hohen Beschäftigungsanteil in der Landwirtschaft sind ebenfalls teilweise überproportional vom Beschäftigungsabbau betroffen. Darüber hinaus ist das Beschäftigungswachstum im Dienstleistungssektor auf die großen Städte konzentriert, besonders auf die Hauptstädte. Dieses Wachstum hat den Beschäftigungsrückgang in der Industrie wettgemacht.²

Der Beschäftigungsgrad der regionalen Produktionsfaktoren ist nicht nur eine Folge regionaler Disparitäten, sondern auch deren Ursache. Zunächst ist die Art des Entstehens regional divergierender Arbeitslosigkeitsniveaus bedeutsam. Angesichts divergierender Produktionsstrukturen und Produktionsniveaus der einzelnen Regionen werden diese von den verschiedenen Ursachen und Erscheinungsformen der Arbeitslosigkeit unterschiedlich betroffen. Konjunkturelle, saisonale, auf Nachfragestrukturwandel beruhende und von technologischen Entwicklungen ausgelöste Arbeitslosigkeit trifft die verschiedenen Regionen nicht gleichmäßig. Die einzelnen Arten der Arbeitslosigkeit haben insoweit alle auch noch eine eigene regionalstrukturelle Komponente, so daß von regionalstruktureller Arbeitslosigkeit gesprochen werden kann. Das besondere Problem der regionalstrukturellen Arbeitslosigkeit ist nun darin zu sehen, daß sie besonders schwer reversibel ist, da in MOE gerade die regionale Mobilität der Produktionsfaktoren stark eingeschränkt ist. Dabei ist nicht nur der Aspekt einer möglicherweise zu geringen Mobilität, sondern vor allen der Tatbestand divergierender Faktormobilität bedeutsam. Da Arbeitskräfte in der Regel in den Ländern Mittel- und Osteuropas mobiler als Kapital sind, und hochqualifizierte Arbeitskräfte mobiler als geringer qualifizierte, ist sogenannte passive Sanierung von Regionen die Folge. Diese ziehen aber nicht nur Verfestigungen der Beschäftigungsstruktur in diesen Regionen, sondern auch in gesamtwirtschaftlicher Dimension nach sich. Steigende Arbeitslosigkeit und wiederum das Auslassen von Wachstums- und Entwicklungschancen sind die Folge.

Regionales Einkommen

Verlässliche Angaben zum BIP pro Kopf sind für die Länder Mittel- und Osteuropas immer noch nicht verfügbar. Die Schätzungen des Europäischen Amtes für Statistik (Eurostat) ergeben jedoch folgendes Bild (Schaubild 2). Außer in Prag und Bratislava liegt das BIP pro Kopf in allen Regionen unter 75% des EU-Durchschnitts. Die regionalen Ungleichheiten sind charakterisiert durch einen relativ größeren Wohlstand in den größeren Agglomerationen. Die Regionen von Budapest, Warschau und die Hauptstädte der Tschechischen Republik und der Slowakei sind gemeinsam mit Slowenien die einzigen Regionen in MOE, deren BIP pro Kopf die Hälfte des Gemeinschaftsdurchschnitts übersteigt. Zudem sind westlich gelegene Regionen in der Regel reicher. Diese Regionen sind gewöhnlich besser mit Infrastruktur ausgestattet³, ziehen größere Direktinvestitionen aus dem Ausland an und weisen höhere Wachstumsraten im Dienstleistungssektor auf. Dagegen sind die meisten anderen Regionen im allgemeinen stärker vom Rückgang der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion

² Daniel Maqua: Sixth Periodic Report on the Social and Economic Situation and Development of the Regions in the European Union, Brüssel 1999, S. 177.

³ Thomas Maißner: Verkehrsinfrastruktur und Wettbewerbsfähigkeit am Beispiel der Reformstaaten Mittel- und Osteuropas, Halle 1999, S. 6-9.

betroffen, was nur teilweise durch das Wachstum im Dienstleistungssektor ausgeglichen wird.
Dies betrifft insbesondere die

östlichen Teile Polens, Nordostrumäniens sowie den größten Teil Bulgariens, Lettlands und Litauens, wo das pro Kopf BIP unter 30% des EU-Durchschnitts liegt.⁴

Die Verteilungswirkungen regionaler Disparitäten lassen sich aus den vorherigen Überlegungen zum Teil unmittelbar herleiten. Wenn das Wachstum der Wirtschaft und die Beschäftigungschancen divergieren, sind disproportionale Entwicklungen von Einkommen und Vermögen in den einzelnen Regionen unausweichlich (vgl. Schaubild 1 und 2), und eine politisch gewünschte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist nicht gegeben. Darüber hinaus können allzu starke regionale Disparitäten negative kumulative Verknüpfungen von Wachstums-, Beschäftigungs- und Verteilungseffekten implizieren.

Ursachen und Gründe für divergierende Regionalentwicklung

Fragt man nach den Gründen für ungleiche Entwicklung verschiedener Regionen, so stößt man auf eine Reihe von raumdifferenzierenden Faktoren, die regionale Disparitäten hervorrufen oder verstärken können. So nennen beispielsweise von Böventer oder Lauschmann⁵ als Faktoren der räumlichen Differenzierungen die Höhe der Transportkosten, interne Ersparnisse und externe Effekte und die Abhängigkeit der Wirtschaft vom immobilien Produktionsfaktor Boden.

Standortbedingungen. Für die Entwicklungsfähigkeit einer Region sind natürliche sozio-ökonomische Standortbedingungen sowie der Status quo an Infrastruktur wichtige Ausgangsgrößen. Natürliche Standortbedingungen sind geographische Lage und Klima, Ausstattung mit Bodenschätzen; sozio-ökonomische Standortfaktoren sind Bevölkerungsstruktur, Ausbildungsniveau der Arbeitskräfte, sowie Infrastrukturausstattung. Insbesondere das unterschiedliche Ausstattungsniveau der Regionen im Bereich der Infrastruktur spielt eine bedeutende Rolle als raumdifferenzierender Faktor in den Transformationsländern.

Transportkosten. Die Transportkosten wirken als raumdifferenzierender Faktor der räumlichen Konzentration der Produktion entgegen, weil damit die Transportkosten sowohl für Güter als auch für den Produktionsfaktor Arbeit steigen würden. Im Vergleich zu westeuropäischen Industrieländern, wo die Bedeutung der Transportkosten als raumdifferenzierendes Element im Lauf der fortschreitenden Entwicklungsprozesses immer mehr abnimmt, ist ihre Bedeutung in MOE viel höher.

Interne Ersparnisse. Interne Ersparnisse werden auch häufig unter den Stichworten *economies of scale* oder Skaleneffekte abgehandelt. Sie ergeben sich, wenn bei Ausweitung des Produktionsvolumens, die Durchschnittskosten pro Produkteinheit mit wachsender Ausbringungsmenge sinken. Die Wirkungsweise interner Ersparnisse als raumdifferenzierender Faktor ist bislang nicht hinreichend erforscht, weswegen gesicherte Aussagen über ihre Wirkung als raumdifferenzierender Faktor weder in den Industrie- noch in den Transformationsländern getroffen werden können.

⁴ Daniel Maqua: Sixth Periodic Report on the Social and Economic Situation and Development of the Regions in the European Union, Brüssel 1999, S. 173f.

⁵ Elisabeth Lauschmann: Theorie der Regionalpolitik, Hannover, 1976, S. 33 – 34.

Externe Effekte. Bei der räumlichen Konzentration der Wirtschaftstätigkeit treten, neben einer Vielzahl von Markttransaktionen, nicht über den Markt laufende ökonomische Effekte auf. Es handelt sich um externe Vor- und Nachteile in der räumlichen Dimension. Externe Effekte können durch eine räumliche Ballung von Unternehmen derselben oder verschiedener Branchen in einer Region entstehen. Die Effekte der räumlichen Konzentration von Unternehmen eines Produktionszweiges werden als *localisation economies*, die der Ballung von Unternehmen verschiedener Branchen an einem Standort als *urbanisation economies* bezeichnet.

Kosten der Produktionsfaktoren. Ein weiterer raumdifferenzierender Faktor sind regional unterschiedliche Kosten für die Produktionsfaktoren Boden, Kapital und Arbeit. Da Bodenpreise und Löhne in weniger stark entwickelten Regionen meistens niedriger liegen, wirken sie somit tendenziell dem Gefälle entgegen und kommen schwachen Regionen zugute. Ganz allgemein ist davon auszugehen, daß die Bodenrente als Bestimmungsgröße der Regionalentwicklung in MOE, im Gegensatz zu den Transportkosten, im Zeitablauf eher an Bedeutung gewinnen wird.

Neben den klassischen raumdifferenzierenden Faktoren sind die wesentlichen Ursachen für divergierende wirtschaftliche Entwicklung zwischen den einzelnen Regionen in den Ländern Mittel- und Osteuropas direkt oder indirekt auf das Erbe des sozialistischen Wirtschaftssystems zurückzuführen.

Wirtschaftliche Regionalisierung. Industrien waren in diesen Ländern aufgrund der starken wirtschaftlichen Regionalisierung räumlich konzentriert und vertikal integriert, so daß bestimmte Regionen sehr empfindlich und regional differenziert auf branchenspezifische Schocks reagieren.⁶ Im Unterschied zu den westeuropäischen Industrieländern, wo der Strukturfaktor immer mehr an seiner Bedeutung verliert⁷, scheint dies eine wichtige Determinante der divergierender Raumentwicklung in den Transformationsländern zu sein.

Umweltverschmutzung und -zerstörung. Die je nach Region außerordentliche Umweltverschmutzung und -zerstörung beeinträchtigt entscheidend die Entwicklungschancen bestimmter Regionen. Zum einem ist dadurch die Ressourcengrundlage für die bisherige wirtschaftliche Aktivität gefährdet, zum anderen werden durch signifikante Umweltschädigungen neue Möglichkeiten zur Einkommenserwirtschaftung geschmälert, allen voran im Ausbau der Tourismusbranche. Dies trifft insbesondere die Entwicklungschancen der ländlichen Regionen zu.

Zusammenfassend ist anzumerken, daß alle diese Bestimmungsfaktoren Disparitäten in der Entwicklung von Regionen verursachen oder verstärken, aber auch abbauen können. Es sind in der Regel nicht einzelne raumwirksame Elemente, die den Entwicklungsprozeß bestimmen, sondern entscheidend ist das Zusammenwirken aller eine Region beeinflussende räumlichen Vor- und Nachteile, die sich gegenseitig verstärken aber auch kompensieren können.

⁶ Richard Jackman: Regional Policy in an Enlarged Europe, Oxford Review of Economic Policy, 2/1995, S. 121.

⁷ Karin Peschel: Der strukturelle Wandel der Industrie in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1960 bis 1976, in: Determinanten der räumlichen Entwicklung, hrsg. von Gerd Aberle, Berlin 1983, S. 154.

Zusammenfassung

Im Vergleich zu relativ ausgeglichener regionaler Entwicklung zu Zeiten der Zentralverwaltungswirtschaft haben sich in MOE starke regionale Disparitäten im Laufe der Transformationsprozesse herausgebildet. Diese Entwicklungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Die Transformationsprozesse haben viele sozio-ökonomische Begleiterscheinungen, die in einzelnen Regionen unterschiedlich stark ausgeprägt sind, mit sich gebracht. Erhebliche regionale Unterschiede im pro Kopf Einkommen und Beschäftigungsniveau sind zwei wichtige Ausdrucksformen dieser wirtschaftlichen Umstrukturierungs- und regionalen Differenzierungsprozesse.

Diese regionalen sozio-ökonomischen Differenzierungen sind – auch 10 Jahre seit dem Beginn der wirtschaftlichen Transformationsprozesse – zu beobachten. Darüber hinaus ist deren Ausmaß eher durch Wachstum als durch Rückgang charakterisiert.

Alle Länder Mittel- und Osteuropas weisen ein ähnliches Merkmal in der Regionalentwicklung auf. Die großen Agglomerationen sowie mittelgroßen Verdichtungsräume, wie Warschau, Poznan, Prag, Budapest, Bratislava, Tallinn und Riga, sind durch vergleichsweise günstigere sozio-ökonomischen Merkmale charakterisiert. Somit haben sich diese Regionen bessere Ausgangsrahmenbedingungen für die Weiterentwicklung (Anbindung des inländischen Privatkapitals und ausländischer Direktinvestitionen) verschaffen und ihre Vorteile gegenüber abgelegenen Regionen als Produktionsstandorte weiter ausbauen können.

Aus ökonomischer Sicht ist es nicht unumstritten, ob ein aktiver Ausgleich zwischen den Regionen einer Durchsetzung des regionalen Wettbewerbsprinzips zwangsläufig vorzuziehen ist. Geht man von vollkommenen und unregulierten Märkten aus, würden sich der Theorie nach regionale Entwicklungsunterschiede über Faktorwanderungen und einer Angleichung der Faktorentlohnung ausgleichen. Werden die dem neoklassischen Modell zugrunde liegenden Annahmen wie vollkommene Mobilität und Homogenität der Faktoren oder das Abstrahieren von Unsicherheiten und Risiko, aufgehoben, kann der regionale Ausgleich über den Wettbewerb – insbesondere bei extremen Unterschieden – schnell an seine Grenzen stoßen⁸, wenn er nicht von gezielten Ausgleichsmaßnahmen begleitet wird. Darüber hinaus können disparitäre wirtschaftliche Entwicklungen auch vielfältige ökonomische, ökologische und soziale Probleme aufwerfen und sogar die Überlebensfähigkeit der neugegründeten Marktwirtschaft in den Ländern Mittel- und Osteuropas gefährden.⁹ Der Abbau regionaler sozio-ökonomischer Disparitäten ist vielmehr eine politische Entscheidung und leitet sich aus dem Sozialstaatsprinzip der Wahrung regionaler Chancengleichheit.

⁸ Ulrich van Suntum: Regionalpolitik in der Marktwirtschaft: kritische Bestandsaufnahme und Entwurf eines alternativen Ansatzes, Baden-Baden 1981, S. 60-67.

⁹ Klaus Herdzina: Regionale Disparitäten, ländliche Räume und Ansatzpunkte einer integrierter Regionalpolitik. Diskussionsbeitrag Nr. 1/1993, Hohenheim 1993, S. 4.

Karin Pieper

Regionalpolitik im Spannungsfeld zwischen nationalen Anforderungen und integrationspolitischen Herausforderungen am Beispiel von Ungarn und Polen

Ein komplexes System wirtschaftlicher und politischer Transformationsprozesse kennzeichnet den polnischen und den ungarischen Weg von der zentralen Planwirtschaft zur funktionierenden und leistungsfähigen Marktwirtschaft im ausgehenden 20. Jahrhundert. In allen mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) war und ist die rasche Integration in Westeuropa eines der wichtigsten Ziele der Transformation. Daher kommt neben dem Systemwechsel, d.h. dem gleichzeitigen Aufbau von grundlegenden Strukturen in Politik und Gesellschaft und der Konsolidierung der entsprechenden Ordnungssysteme¹, den Anpassungsprozessen für einen Beitritt zur Europäischen Union (EU) eine immer größere Bedeutung zu.

Gleichzeitig steht die Ausrichtung der nationalen Regionalpolitiken vor dem Dilemma, zum einen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit beitragen zu müssen und zum anderen, die soziale und ökonomische interregionale Polarisierung in der Gesellschaft zu vermeiden. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welche Konstellation von Faktoren und Akteuren die Effizienz der Regionalpolitik beeinflussen.

Es kann festgestellt werden, daß sich durch Privatisierung und Restrukturierung die regionalen Disparitäten der Wirtschaftsstruktur in Ungarn, das einen graduellen Ansatz für die Transformation verfolgt hat, und in Polen, das die radikale "Schocktherapie" gewählt hat, im Laufe der letzten 10 Jahre verstärkt haben. Die regionale Konzentration von ausländischen Direktinvestitionen im produktiven Sektor sowie im Dienstleistungssektor in den großen Städten und den Grenzgebieten zur EU (Westpolen und Westungarn) hat den intersektoralen Wandel in bereits besser entwickelten Gebieten der beiden Länder begünstigt. Zunehmende negative sozio-ökonomische Entwicklungen während der Transformationsrezession, wie die Konzentration von Arbeitslosigkeit in einigen Regionen und in bestimmten Wirtschaftsbranchen (Landwirtschaft und Stahl- und Kohlektor), waren Anlaß dafür, regionalpolitische Instrumente mit expliziter (Interventionen in begrenzten Gebieten) oder impliziter (z.B. Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen) Dimension einzusetzen. Die Staatshaushaltsdefizite von Ungarn und Polen während der Transformationskrise begründen, warum umfassende strukturpolitische Interventionen zunächst nicht möglich waren.²

In beiden Ländern kam es nach 1990 neben der Wiedereinführung der kommunalen Ebene zu einem Prozeß des Aufbaus neuer, regional relevanter Machtverhältnisse in der Verwaltung –

¹ Vgl. Wolfgang Merkel: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Opladen 1999, S. 73ff.

² Vgl. Zoltán Cséfalvay: Aufholen durch regionale Differenzierung? Von der Plan- zur Marktwirtschaft – Ostdeutschland und Ungarn im Vergleich, Stuttgart 1997, S. 51ff. Vgl. auch Piotr Korcelli: Regionale Muster der Transition: Polen, in: Die Rückkehr der Regionen, hrsg. von Heinz Fassmann, Wien 1997, S. 187-242.

allerdings in unterschiedlicher Intensität. In Ungarn sind die 19 Komitate seit der Reform im Jahre 1994 gewählte regionale Gebietskörperschaften, die sowohl eigene obligatorische Kompetenzen haben als auch weiterhin dezentrierte Aufgaben des Staates ausführen. In Polen gab es zunächst 49 Wojewodschaften, die mit beschränkten Zuständigkeiten als reine Gebietseinheiten der Staatsverwaltung angesehen werden mußten. Eine Neugestaltung des regionalen Verwaltungssystems in 16 demokratisch legitimierte selbstverwaltete Wojewodschaften wurde nach scharfen politischen Kontroversen erst im Jahr 1999 umgesetzt.

Nachdem Strukturpolitiken mit gestaltender Beteiligung durch subnationale Akteure in beiden Ländern aufgrund der Dominanz von staatlicher Zentralisierung praktisch nicht vorhanden waren, kommt es nach Einführung eines "Regionalen Entwicklungsgesetzes" von 1996 in Ungarn durch das Einsetzen von 19 Komitatsentwicklungsräten und ab 1998 von sieben Räten für die regionale Entwicklung zur Dezentralisierung dieses Politikfeldes.³ Polens hochzentralisierte Verwaltungsstruktur wirkte sich negativ auf die regionalpolitischen Kompetenzen der intermediären Wojewodschafts-Ebene aus. Erst nach den im Jahr 1999 in Kraft getretenen Dezentralisierungsmaßnahmen haben die 16 Wojewodschaften regionalpolitische Gestaltungs- und Implementationsmöglichkeiten.⁴

Beide zu untersuchenden Länder gehören auf Basis der beim Kopenhagener Gipfel 1993 festgelegten Beitrittskriterien und aufgrund des Luxemburger Beschlusses vom Dezember 1997 zur ersten Erweiterungsrunde der EU. Insgesamt hat der politische und sozio-ökonomische Transformationsprozeß der Beitrittsländer Wechselwirkungen auf den Integrationsprozeß auf europäischer Ebene, wie sich u.a. am Beispiel der durch die Agenda 2000 initiierten Reformen der Struktur- und Kohäsionsfonds und in Ansätzen bei der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gezeigt hat. Ausgehend vom Solidaritätsprinzip soll künftigen Mitgliedern vom erfolgten Beitritt an ein gleichberechtigter Zugang zu den Ausgleichsmechanismen und Förderpolitiken der EU gewährt werden.

Um das bereits 1989 eingeführte EU-Hilfsprogramm PHARE stärker als Beitrittsheranführungsinstrument einsetzen zu können, ist es sowohl thematisch als auch in bezug auf die Durchführungsmodalitäten 1998 modifiziert worden. In der derzeitigen Finanzperiode der EU (2000-2006) bleibt PHARE weiterhin das Hauptförderinstrument, es wird aber durch zwei weitere ergänzt.

Gerade im Bereich der Strukturpolitik sind die erheblichen Finanzmittel Ansporn für die von der EU geforderten Annäherungen an den *acquis communautaire* bzw. dessen ausnahmslose Übernahme bis zum Beitrittstermin. Die Regierungen in Ungarn und in Polen sind aufgefordert, den nötigen administrativen Rahmen sowie Maßnahmen zur zukünftigen Umsetzung einer effizienten EU-Strukturpolitik einzuleiten. Dazu waren und sind institutionelle Reformen wie die Einführung bzw. Konsolidierung der regionalen Verwaltungsebene, die Schaffung

³ Vgl. Gyula Horváth: Regional and Cohesion Policy in Hungary, Pécs 1998, S. 49ff.

⁴ Vgl. Ausschuß der Regionen: Vorbereitung auf die Erweiterung der Europäischen Union: Dezentralisierung in den Bewerberländern der ersten Runde, Brüssel 1999, S. 47ff.

von NUTS II Planungsregionen⁵ und eine eindeutige Kompetenzaufteilung zwischen zentraler Verwaltung und den Regionen notwendig. Des weiteren müssen finanzielle Mittel im Rahmen der Kofinanzierung der Projekte bzw. Programme bereitgestellt werden. Folglich muß der finanzielle Spielraum der regionalen Gebietskörperschaften, denen es derzeit an Haushaltsmitteln und technischer Erfahrung fehlt, erhöht werden. Schließlich sieht das Prinzip der Partnerschaft in der EU-Strukturpolitik die Beteiligung von dezentralen sowie sozio-ökonomischen Akteuren bei der Planung und Durchführung von entsprechenden Projekten vor.

Darüber hinaus soll die Neuausrichtung der Regionalpolitik und anderer relevanter Politikbereiche einen Beitrag zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit für die zukünftige Teilnahme auf dem EU-Binnenmarkt leisten.⁶

Gleichzeitig stehen sowohl Ungarn als auch Polen zum heutigen Zeitpunkt gerade in regionalpolitischer Hinsicht vor gewaltigen Herausforderungen. Einige Indikatoren (aus dem Jahr 1998) verdeutlichen die ähnlichen nationalen und regionalen Entwicklungsprobleme beider Länder. Im Referenzjahr weisen die Länder ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf von 49% (Ungarn) und 39% (Polen) in Kaufkraftstandards im Vergleich zum EU-15-Durchschnitt auf. Erhebliche infrastrukturelle Versorgungsdefizite in quantitativer und qualitativer Hinsicht differieren regional z.B. beim unzureichenden Ausbau der Verkehrs- und der Telekommunikationsinfrastruktur und durch das Fehlen von wirtschaftsnahen Dienstleistungen. Darüber hinaus führt die regionale Verteilung der weiterhin hohen nationalen Arbeitslosenquoten zu sozio-ökonomischen Spannungen innerhalb der Gesellschaft beider Länder. Ungarn hat z.B. einen Durchschnitt der Arbeitslosigkeit von ca. 8% bei unverändert großen regionalen Schwankungen mit einer Quote von weniger als 7% im Westen und mehr als 20% im Osten.⁷ Ein vergleichbares regionales Muster ergibt sich ebenfalls bei den unterschiedlichen regionalen Beiträgen zum nationalen BIP (interregionales BIP pro Kopf). In Polen beispielsweise reicht das Regionalgefälle von einem BIP pro Kopf der Bevölkerung von 55% des EU-Durchschnitts in der Region Mazowieckie bis hinab zu 25% in der östlichen Region Lubelskie.⁸

Die Umstellung der traditionellen Industrie (Textilindustrie, Fahrzeug- und Maschinenbau) und insbesondere die Restrukturierung bzw. Privatisierung der Schwerindustrie stehen den entsprechenden Regionen noch bevor, wobei die Umstellung durch eine sehr geringe Diversifizierung der Industrieregionen noch erschwert wird (z.B. im Oberschlesischen Revier

⁵ Auch nach der Reform der EU-Strukturpolitik im Jahr 1999 ist die NUTS II Ebene weiterhin die räumliche Bezugsgröße für Ziel-I-Fördermaßnahmen.

⁶ Europäische Kommission: Europäische Beihilfen für die Regionalentwicklung: Kurzer Leitfaden für die künftigen Mitgliedstaaten, Brüssel 1999.

⁷ Europäische Kommission: Regelmäßiger Bericht 1999 der Kommission über die Fortschritte Ungarns auf dem Weg zum Beitritt, Brüssel 1999. Vgl. Europäische Kommission: Sechster Periodischer Bericht über die sozio-ökonomische Lage und Entwicklung der Regionen der Gemeinschaft, Zusammenfassung der Hauptergebnisse, Brüssel 1999, S. 88ff.

⁸ Europäische Kommission: Regelmäßiger Bericht 1999 der Kommission über die Fortschritte Polens auf dem Weg zum Beitritt, Brüssel 1999, S. 51.

und im Nordungarischen Bergland). Hinzu kommen gewaltige Umwälzungen im ländlichen Raum, da die bisherige Agrarstruktur insbesondere in Polen zu ineffizient ist, um dem Konkurrenzdruck des EU-Binnenmarktes gewachsen zu sein.⁹

Vor dem Hintergrund der Orientierung der nationalen Regionalpolitik in Ungarn und Polen an die Anforderungen des EU-Beitritts sollen im Rahmen dieses Forschungsvorhabens die folgenden zentralen Fragestellungen untersucht werden:

In Transformationsländern fortgeschrittenen Stadiums kann die empirische Untersuchung der Umsetzung der Instrumente der nationalen Strukturpolitik bzw. der Implementation von PHARE Programmen erste Antworten auf die Frage nach der *Art und der Effizienz der nationalen Regionalpolitik* geben und die der jeweiligen Konzeption zugrundeliegenden Prozesse und Strukturen erhellen.

Mit einer (konträren) regionalen Fallauswahl (westliche Grenzregionen; östliche ländliche Regionen und traditionelle Industrieregionen) in Ungarn und Polen ist die Absicht und Erwartung verknüpft, daß eine Ex-post-Analyse der Varianz regionaler Entwicklung Aufschluß über die jeweiligen (erweiterten) Handlungsspielräume der subnationalen Ebene sowie der nicht-staatlichen Akteure im Rahmen der nationalen Regionalpolitik gibt.

Die Gegenüberstellung der Regionalpolitiken der beiden Länder soll ebenfalls im Kontext des angestrebten EU-Beitritts geschehen. Der Vergleich soll zum einen Aufschluß darüber geben, inwiefern die externen Vorgaben der EU in bezug auf Anpassungsmaßnahmen an die EU-Strukturpolitik den entsprechenden Institutionalisierungsprozeß beeinflusst haben. Zum anderen soll herausgearbeitet werden, ob die Beteiligungsformen und die Bandbreite der involvierten Akteure in Ungarn und in Polen zu einer effizienten Umsetzung der EU-Strukturpolitik beitragen können.

Auf nationalstaatlicher Ebene sollen daher in den folgenden Hauptbereichen diejenigen Faktoren näher betrachtet werden, welche die Varianz in der unterschiedlichen Ausrichtung der nationalen Regionalpolitiken im Kontext der gesamten Umgestaltung seit Anfang der neunziger Jahre plausibel erklären sollen:

Wirtschaftlicher Transformationsansatz; realökonomischer Strukturwandel; Privatisierungsstrategie; Rolle des Staates in der Wirtschafts- und Sozialpolitik und Ziele der regionalen Entwicklungspolitik.

Herausbildung und Konsolidierung von politischen Institutionen; Dezentralisierungs- und Regionalisierungsmaßnahmen: institutionelle Ausstattung, Ressourcen und Kompetenzen der regionalen Ebene; Modernisierung des zentralen Verwaltungsapparats.¹⁰

Internationaler Kontext wie Anpassungsmaßnahmen im Hinblick auf die EU-Mitgliedschaft.

⁹ Vgl. Korcelli, a.a.O.

¹⁰ Vgl. Europarat: Regionalisation and its effects on local self-government, Local and regional authorities in Europe, Nr. 64, Straßburg 1997, S. 45ff.

Soziokulturelle Rahmenbedingungen wie Aufbau und Konsolidierung der Zivilgesellschaft, Repräsentation durch ein Verbändesystem und Netzwerkbildung.¹¹

Die Gemeinsamkeit der zu untersuchenden Faktoren ist, daß sie hauptsächlich in der gegenwärtigen politischen Arena geprägt werden. Dennoch wirken sich bei den benannten Faktoren *legacies* und die Konstellation der strukturellen Ausgangs- und Rahmenbedingungen in Ungarn und in Polen teilweise entwicklungshemmend auf die Dynamik der gegenwärtigen Prozesse aus.¹²

Davon abgeleitet werden kann die erste Hypothese, die besagt, daß wirtschaftsstarke Regionen integrationspolitisch einen größeren Handlungsspielraum haben, da es ihnen eher gelingt, die bestehenden politischen Handlungsspielräume, u.a. durch die Bildung von informellen regionalen Netzwerken und durch die Plazierung von wirkungsvollen ökonomischen Entwicklungsstrategien, effizient zu nutzen.

Dem stehen wirtschaftsschwache ländlich periphere Regionen und traditionelle Industrieregionen gegenüber. Bezogen auf den ländlichen Regionentyp zeigt sich das Einsetzen von Peripherisierungsprozessen an der Unfähigkeit und dem Unvermögen der entsprechenden Akteure, aktiv am sozio-ökonomischen Wachstum zu partizipieren. Ähnlich wie die defensiv ausgerichtete Agrarlobby hat die Kohlelobby einen starken Einfluß auf die traditionellen Industriegebiete. Insgesamt weisen die Akteure beim Durchsetzen ihrer Interessen ein starkes Beharrungsvermögen gegenüber Neuerungen auf (defensiver Regionalismus) und verhindern somit interne Restrukturierungen.

Eine weitere Leithypothese, bezogen auf den Ländervergleich ist, daß Ungarn u.a. aufgrund der Konstellation der folgenden Faktoren in einer besseren integrationspolitischen Lage im Hinblick auf die zukünftige Umsetzung der EU-Strukturpolitik ist:

Auf zentralstaatlicher Ebene zeichnen sich die bisherigen ungarischen Regierungen im Gegensatz zu den polnischen durch eine hohe Durchsetzungsfähigkeit aus. Dieses wirkte sich z.B. positiv auf die Privatisierungsstrategie aus und begünstigt die konsequente Durchführung von Anpassungsmaßnahmen regionalpolitisch relevanter Politikfelder an den EU-*Acquis*.

Während in Polen politische Faktoren die Umsetzung der territorialen Reform verzögert haben, wurden in Ungarn die entsprechenden institutionellen Reformen zur Stärkung der regionalen Verwaltungsebene zu einem früheren Zeitpunkt durchgeführt. Durch die Dezentralisierung kommt es zu einer Erweiterung der Handlungsspielräume der regionalen Akteure, auch im Hinblick auf die Herausbildung von kooperativen Strukturen mit dem Staat. Im Sinne der EU-Strukturpolitik können ungarische Regionen meines Erachtens eher als Schnittstelle von ökonomischer Restrukturierung und Erarbeitung von strukturpolitischen Handlungsstrategien angesehen werden.

¹¹ Vgl. Merkel, a.a.O., S. 166ff.

¹² Vgl. Klaus H. Goetz: Ein neuer Verwaltungstyp in Mittel- und Osteuropa? Zur Entwicklung der post-kommunistischen öffentlichen Verwaltung, in: Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs, hrsg. von Hellmut Wollmann/Helmut Wiesenthal/Frank Bönker, Leviathan Sonderheft 15/1995, Opladen 1995, S. 538-553.

Annegret Haase

Einfluß der Transformation auf periphere Regionen des östlichen Polen

Zehn Jahre nach dem Beginn der politischen und wirtschaftlichen Reformen in Polen werden neben den bisherigen Ergebnissen und Folgewirkungen der Transformation auch die Rahmenbedingungen und Leitbilder der zukünftigen Entwicklung unseres Nachbarlandes zunehmend klarer. Der folgende Beitrag widmet sich der aktuellen regionalen Entwicklung in Polens östlichen Wojewodschaften. Dabei werden zunächst Rahmenbedingungen und Einflußfaktoren regionaler Differenzierungsprozesse in Polen erläutert. Im zweiten Teil der Ausführungen schließen sich die Darlegung wichtiger Chancen und Hemmnisse der aktuellen Transformation für die Regionen Ostpolens sowie ein zusammenfassender Blick auf Zukunftsperspektiven an.

Regionale Differenzierung in Polen

Der Verlauf der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozesse in Polen seit 1989/90 ist nicht nur in verschiedenen Phasen verlaufen, er zeichnet sich auch durch eine beträchtliche regionale Differenzierung aus.¹ Im Verlauf der letzten zehn Jahre waren die regionalen Unterschiede zwischen prosperierenden und rückständigen Regionen, Wachstumszentren und Peripherien einer deutlichen Polarisierung unterlegen.² Hierzu tragen zum einen "... die überkommenen (d.h. historischen – A.H.) räumlichen Disparitäten", zum anderen "die bei Beginn der Transformation bestehenden Unterschiede in der 'regionalen Faktorenausstattung'" bei.³ Für Polen gilt demnach exemplarisch, was W. Kreft in bezug auf die Umbrüche in den Staaten Ostmitteleuropas allgemein feststellte: "Der Transformationsprozeß hat das Problem der Stellung und Bedeutung der Region innerhalb der sich neu formierenden demokratischen Staaten deutlich hervortreten lassen."⁴

Regionale Divergenzen zwischen den polnischen Regionen bestehen in der Infrastruktur, im ökonomischen Bereich, in der sozialstrukturellen Zusammensetzung sowie bei Denk- und Verhaltensmustern der Bevölkerung. Sie haben ihre Ursachen in der historischen Entwicklung der einzelnen Gebiete generell – hier besonders bedeutsam: die Teilungsperiode – sowie in ihrer Lage und Integration in die nationale Entwicklung im für Polen besonders wechselvollen 20. Jahrhundert, besonders beeinflusst durch die wiedererlangte Selbständigkeit

¹ Das Thema "regionale Entwicklung und Unterschiede in Polen" behandeln eine Reihe von Publikationen, u.a. Lodkowska-Skoneczna, A./Pyszkowski, A./Szlachta, J.: *Rozwój regionalny Polski 1990-1995*, Warschau 1996, Uniwersytet Warszawski (Hrsg.): *Oblicza polskich regionów*, Warschau 1996, Gorzelak, G./Jałowiecki, B.: *Strategic choices and Poland's regional policy*, in: Kukliński, A. (Hrsg.): *European space, baltic space, polish space*, Bd. 2, Warschau 1997, S. 285ff. und Kropiwnicki, J./Szewczyk, R.: *Regional profiles of Poland*, Warschau 1998.

² Vgl. Węclawowicz, G.: *Cotemporary Poland*, London 1996, S. 31.

³ Pütz, R.: *Polen im Transformationsprozeß*, in: *Geographische Rundschau* 50, 1/1998, S. 10.

⁴ Kreft, W.: *Das östliche Mitteleuropa des 19. und 20. Jahrhunderts und seine Grenzen im Bild thematischer Karten*, Marburg/Leipzig 1996, S. 12.

des Landes nach 1918, den Zweiten Weltkrieg und die neuen Grenzziehungen bzw. die Westverschiebung Polens nach 1945.

Einen wesentlichen Einfluß auf die Ausprägungen regionaler Unterschiede in Polen hatte die durch die Teilungen von 1772 bis 1918 bedingte unterschiedliche Entwicklung der Teilgebiete, welche heute noch erkennbar ist und in vielerlei Hinsicht prägend für deren aktuelle wirtschaftlich-infrastrukturelle, politische und soziale Strukturen. Dies spiegelt sich in der infrastrukturellen und wirtschaftlichen Ausstattung, aber auch in der Sozial- und Berufsstruktur, kulturellen Traditionen sowie der Mentalität der Bevölkerung wider. An diesen Differenzen, die man auch als ein Ergebnis der Teilungszeit bezeichnen kann, änderte sich in der Zeit der Zweiten Republik von 1918 bis 1939 nichts Grundlegendes, die vorhandenen räumlichen Disparitäten zwischen dem vergleichsweise gut entwickelten ehemals preußischen Bereich im Westen und den weit weniger entwickelten Gebieten, dem (bis 1918 russischen) Kongresspolen und dem (bis 1918 habsburgischen) Galizien blieben bestehen. Der Aufbau des Zentralen Industriereviers (COP) und einer begleitenden Infrastruktur zwischen Weichsel und San bereits vor 1939 und forciert in den 50/60er Jahren sowie die partielle Kollektivierung der Landwirtschaft konnten die alten "Strukturschwächen" nicht wettmachen.

Im Schatten des Zweiten Weltkrieges und bis in die Nachkriegszeit hinein waren die Regionen des heutigen Ostpolen betroffen von zwischenethnischen Kämpfen, Vertreibungen und einem Massenbevölkerungsaustausch zwischen Polen und der Sowjetunion in der Folge der Grenzveränderungen.⁵ Hinsichtlich ihrer sozioökonomischen Strukturen fand in der ersten Nachkriegszeit sogar eine weitere Marginalisierung statt – die Umsiedlungen hinterließen "leere" Dörfer, Agrarflächen waren devastiert, große Teile der Infrastruktur zerstört. Eine Neubesiedlung der "Bürgerkriegsgebiete" fand erst nach und nach statt, und viele Neusiedler betrachteten ihren Aufenthalt nur als vorläufig bzw. zeitlich begrenzt. Eine Identifizierung mit der neuen Umgebung entwickelte sich nur langsam, die "Grenzland-Mentalität" der Vertriebenen fehlte der in den neuen östlichen Grenzregionen lebenden Bevölkerung.⁶

In Polen bestand demnach aufgrund der überkommenen Strukturen aus der Teilungszeit, der Westverschiebung 1945 bzw. der Kriegsfolgen und der einseitigen Investitionspolitik im Sozialismus ein erhebliches West-Ost-Gefälle, welches durch große Stadt-Land-Unterschiede, welche die Rückständigkeit der ländlich geprägten ostpolnischen Regionen noch untermauer-

⁵ Insgesamt wurden in den Jahren 1944-47 Millionen Polen, Ukrainer, Belarussen, Deutsche u.a. umgesiedelt oder vertrieben. Die jüdische Bevölkerung war zu großen Teilen dem Holocaust zum Opfer gefallen.

⁶ Vgl. zur Nachkriegsentwicklung Ciechocińska, M.: Südpodlachien – das Schicksal einer neuen Grenzregion, in: Schultz, H. (Hrsg.): Bevölkerungstransfer und Systemwandel, Berlin 1998, S. 227ff. und Malikowski, M.: Sozialistische Industrialisierung in den südöstlichen Grenzgebieten Polens, in: Schultz, H. (Hrsg.): Bevölkerungstransfer und Systemwandel, Berlin 1998, S. 211ff.; zur Grenzmentalität Martinez, O.: The dynamics of border interaction, in: Schofield, D.H. (Hrsg.): Global boundaries. World boundaries, Bd. 1, London/New York 1994, S. 1ff. und Schultz, H. (Hrsg.): Bevölkerungstransfer und Systemwandel, Berlin 1998, Einleitung, S. 7ff.

ten, begleitet wurde.⁷ In der polnischen Regionalplanung wird folglich auch zwischen entwickelten Regionen (A-Polen) und weniger entwickelten Regionen (B-Polen) unterschieden, wodurch das beschriebene West-Ost-Gefälle "institutionalisiert" wird. In einigen Publikationen wird zusätzlich noch einmal zwischen B- und C-Polen unterschieden. Zu den letztgenannten C-Regionen gehören die Wojewodschaften entlang der Ostgrenze Polens. Obgleich nach 1945 alle Grenzregionen Polens (also auch die westlichen) nicht zu den Entwicklungsschwerpunkten der nationalen Politik zählten, kam es in den Ostteilen des Landes zu einer besonderen Marginalisierung und Vernachlässigung. So lag der Lebensstandard im Osten stets deutlich niedriger als in den zentralen und westlichen Landesteilen, eine Modernisierung etwa des Verkehrsnetzes, der Branchenstruktur in der Industrie oder des ländlichen Raumes fand höchstens partiell statt (Schaffung von "Industrieinseln", Pendlerströme vom Land).

Bedingungen, Chancen und Hemmnisse der Transformation in Ostpolen

Im Zuge der Umbruchprozesse in Polen ist eine Polarisierung der bisherigen regionalen Differenzen feststellbar. Verallgemeinernd kann festgestellt werden, daß sich die bis 1989 vergleichsweise gut entwickelten, führenden Städte und Regionen als Gewinner der Umbrüche herausgestellt haben, während die bis zum Ende der sozialistischen Periode schwach entwickelten, ländlichen Gebiete dagegen fast ausschließlich zu den Verlierern zählen. Anders ausgedrückt: Zum einen sind in den letzten zehn Jahren städtische Entwicklungszentren entstanden (die Hauptstadt Warschau sowie weitere Großstädte wie Poznań, Gdańsk, Kraków oder die westlichen Grenzgebiete, auch als "neuer Speckgürtel" bezeichnet). Sie weisen eine hohe Dynamik der aktuellen sozioökonomischen Entwicklung auf. Auf der anderen Seite gibt es Stagnations- und Regressionsgebiete, zu denen fast der gesamte polnische Osten gerechnet werden muß. In diesen Regionen, die somit gekennzeichnet sind durch eine "Kontinuität von Rückständigkeit" vor und nach der Wende von 1989, entwickeln sich seitdem aus Strukturschwächen wirtschaftliche und gesellschaftliche Krisensituationen. In der sozialwissenschaftlichen Literatur Polens wird in diesem Zusammenhang auch von einem sogenannten Syndrom der Vernachlässigung und Verspätung der ostpolnischen Gebiete gesprochen, welche folgerichtig als "ściana wschodnia", als "Ostwand" bezeichnet wird. Dieser Begriff bezieht sich sowohl auf die Lage als auch auf die demographischen und sozial-ökonomischen Charakteristika der Peripherie (Rückständigkeit), welche die regionalen Strukturen der betreffenden Wojewodschaften kennzeichnen.⁸ Es handelt sich – verallgemeinert betrachtet – um ländliche, schwach

⁷ Pütz, R.: Polen im Transformationsprozeß, in: Geographische Rundschau 50, 1/1998, S. 10, vgl. zu dieser Thematik auch Węclawowicz, G.: Contemporary Poland, London 1996, S. 31.

⁸ Zur "Ostwand" zählten bis Ende 1998 im engeren Sinne die Wojewodschaften Suwałki, Białystok, Biała Podlaska, Chełm, Zamość, Przemyśl und Krosno, ein erweitertes Begriffsverständnis schloß darüber hinaus die Wojewodschaften Ostrołęka, Łomża, Siedlce, Lublin, Tarnobrzeg und Rzeszów ein. Nach der neuen Verwaltungsgliederung zählen diese Gebiete zu den Wojewodschaften Podlaskie, Lubelskie und Podkarpackie. – Zum Begriff "ściana wschodnia" vgl. Malikowski, M./Sowa, K.: Szanse i bariery rozwoju "Ściany wschodniej" Polski, Rzeszów 1995.

urbanisierte Regionen mit wenigen städtischen Zentren, Regionen, welche gekennzeichnet sind durch historisch bedingte demographische und sozialstrukturelle Verzerrungen infolge von Bürgerkrieg, Holocaust, Umsiedlungen und Vertreibungen im und nach dem Zweiten Weltkrieg und die bis heute zu den ständigen Abwanderungsregionen in Polen gehören, schwach industrialisierte Regionen mit einer geringen Wirtschaftskraft, die zudem eine disproportionale Entwicklung zwischen Industrialisierung und Urbanisierung aufweisen, Gebiete mit einem verhältnismäßig hohen Beschäftigtenanteil in der Landwirtschaft, welcher nach 1989 im Gegensatz zum Landestrend noch angestiegen ist, Regionen mit einem im Vergleich niedrigen Anteil von Beschäftigten in höher bezahlten Berufen sowie im Bereich Bildung und Forschung und Gebiete mit einem im Vergleich sehr niedrigen Lebensstandard bzw. niedrigen Realeinkommen (1998 ca. 70-80% des Landesdurchschnitts).⁹

Die Wirtschafts- und Erwerbskrise im Zuge der Umbrüche nach 1989/90 hat Ostpolen schwerer getroffen als andere Landesteile. Strukturelle Probleme treten in erster Linie in der privatbäuerlichen Landwirtschaft (besonders im Südosten, wo Klein- und Kleinstbetriebe dominieren) sowie in monofunktionalen Industriegebieten (z.B. in Mielec, Tarnobrzeg/Stalowa Wola) auf. Da die Regionen nur wenig vom allgemeinen Wirtschaftswachstum in Polen sowie in- und ausländischen Investitionen profitieren und die Privatisierung der Produktionsbetriebe sehr langsam verläuft, sind die Chancen für eine schnelle Entspannung der Lage als wenig optimistisch einzuschätzen. Die auftretende strukturelle Arbeitslosigkeit auf hohem bis sehr hohem Niveau¹⁰ verursacht soziale und psychosoziale Probleme bei den Betroffenen, führt zu Passivität, Sinnproblemen und deviantem Verhalten.

Trotzdem suchen viele Entlassene aktiv einen Ausweg aus der Erwerbskrise – neue Erwerbsmöglichkeiten bestehen im tertiären Sektor, in der saisonalen Erwerbsmigration sowie im informellen Bereich. Die Bedeutung des letzteren für Produktion und Arbeitsmarkt ist die Ursache dafür, daß das reale Ausmaß der Erwerbskrise in Polen generell und insbesondere in den strukturschwachen Regionen schwer einzuschätzen ist.¹¹ Unbestritten dagegen ist die Tatsache, daß die Entwicklung des Dienstleistungssektors sowohl in den Städten und im ländlichen Raum Ostpolens – insbesondere der Graumarktsektor – eine wichtige Abfederungsfunktion für die transformationsbedingten Wirtschafts- und Erwerbsprobleme besitzt.

Die Grenzöffnung 1991 zog ebenso zweifelsohne positive Konsequenzen für die Wirtschafts- und Erwerbsentwicklung v.a. für die grenznahen Regionen Ostpolens nach sich – der Grenzhandel schafft Arbeitsplätze und gibt Impulse für das regionale private

⁹ Vgl. dazu statistische Angaben und Karten: GUS: Rocznik Statystyczny 1998, Warszawa/Polska w nowym podziale terytorialnym, Warszawa 1998, Lodkowska-Skoneczna/Pyszkowski/Szlachta (1996) und Kropiwnicki/Szewczyk (1998), wie in Anmerkung 1.

¹⁰ Die Arbeitslosenquote lag in den Regionen Ostpolens Ende 1998 zwischen 10% und 20%, auf eine freie Arbeitsstelle kamen im Schnitt mehrere hundert Bewerber. Nach: GUS: Bezrobocie rejestrowane w Polsce w I-IV kwartale 1998, Warszawa 1999.

¹¹ Vgl. Haase, A.: Südostpolen zwischen Umbruch und Neuorientierung. Der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie der Universität Leipzig eingereichte Dissertation, Leipzig 2000.

Wirtschaftsengagement. Im Zuge der neuen grenzüberschreitenden Kommunikationsbeziehungen verringert sich die periphere Lage der ostpolnischen Gebiete und die transregionale Kooperation (Ex- und Import, joint-ventures, Euroregionen, Sonderwirtschafts- bzw. Freihandelszonen wie in Suwałki oder Biała Podlaska/Terespol) bildet die Grundlage für neue regionale Entwicklungsperspektiven.

Im Rahmen der euroatlantischen Integration stehen die struktur- und wirtschaftsschwachen Regionen Ostpolens vor schweren Herausforderungen, insbesondere wenn es um die Zukunft der Landwirtschaft geht – die meisten der privatbäuerlichen Betriebe sind nicht konkurrenzfähig, und die Bildung von Genossenschaften o.ä. steckt noch in den ersten Anfängen. Für den Aufbau eines leistungsfähigen produzierenden und Dienstleistungssektors fehlen gegenwärtig in allen Regionen Ostpolens sowohl einheimisches Kapital und Know-how als auch die notwendige staatliche Unterstützung durch eine gezielte Regional- und Strukturförderungs politik.

Zukunftsperspektiven

Faßt man die Darlegungen unter dem Blickpunkt bestehender Zukunftsaussichten für die Regionen Ostpolens zusammen, so lassen sich folgenden Feststellungen treffen:

Im Zuge der Transformationsprozesse findet eine Polarisierung der regionalen Entwicklungsunterschiede in Polen statt. Das bereits vor 1989 vorhandene West-Ost-Gefälle tritt zunehmend stärker hervor, da die entwickelteren westlichen Landesteile zu den "Gewinnern" der Umbrüche, die weniger entwickelten östlichen Regionen dagegen zu den "Verlierern" der Umbrüche gezählt werden können. Die in diesem Sinne "regional verlaufenden Transformationsprozesse" zeichnen sich demnach aus durch spezifische Chancen und Hemmnisse der einzelnen Regionen.

Die wirtschaftlich, infrastrukturell und sozial benachteiligten Regionen im Osten Polens wurden durch die Umbrüche besonders nachhaltig getroffen und haben Schwierigkeiten, die Folgen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs zu bewältigen. Infolge der fehlenden Wirtschaftskraft, der wenig produktiven Landwirtschaft, einer partiellen Deindustrialisierung und eines schleppend verlaufenden Privatisierungs- und Tertiärisierungsprozesses sind die Zukunftsperspektiven für die Wirtschaft dieser Regionen – von Ausnahmen abgesehen – bei einer anhaltenden Erwerbskrise als schwierig einzuschätzen.

Für Impulse im Rahmen der regionalen und lokalen Entwicklung der östlichen Wojewodschaften hat die Öffnung der Grenze zu den Nachbarstaaten im Osten gesorgt. Grenzverkehr und Handel, sich entwickelnde grenzübergreifende wirtschaftliche und kulturelle Kooperationsbeziehungen sowie die Bildung von Sonderwirtschafts-/Freihandelszonen und Euroregionen schufen in den letzten zehn Jahren die Basis für Erwerbsmöglichkeiten in erster Linie im informellen Sektor sowie für privatwirtschaftliche Initiativen. Darüber hinaus dürfte eine Normalisierung der grenzüberschreitenden Beziehungen der "Schlüssel" zur Bewältigung von historischen und interethnischen Problemen zwischen den Nachbarregionen sein.

Aus sozioökonomischer Perspektive liegt die Chance der Regionen Ostpolens in einer Mischstruktur aus marktorientierter, spezialisierter Landwirtschaft, kleineren und mittleren Produktionsbetrieben und einem lokal bzw. regional orientierten Dienstleistungssektor unter Einbeziehung der Vorteile, wie sie die grenzübergreifende Kooperation bietet. Der Realisierung eines solchen regionalpolitischen Leitbildes¹² stehen jedoch derzeit sowohl makroökonomische als auch durch die regionalen Strukturen bedingte Hemmnisse entgegen.

Ungewiß ist die Zukunft der ostpolnischen Regionen auch angesichts der Folgen, welche die absehbare "europäische Integration" Polens für seine Grenzgebiete im Osten sowie deren "direkte Nachbarschaften" entlang der neuen, längsten Außengrenze der EU im Festlandbereich hat. Eine erneute Schließung der Grenze hätte für Ostpolen als "neue Peripherie eines erweiterten Europa" mit Sicherheit vornehmlich negative Folgen und würde zur weiteren Marginalisierung der betreffenden Regionen beitragen.

¹² Vgl. u.a. CUP: Polska 2000 Plus, Warschau 1995, The Małopolska Programme for rural and agricultural development 1997.

Claudia Stein

Aspekte der Regionalentwicklung des Fergana-Tals im Kontext des mittelasiatischen Transformationsprozesses¹

Die Rahmenbedingungen für den Transformationsprozeß in Mittelasien wurden in erster Linie durch die arbeitsteilige Wirtschaftsweise in der Sowjetunion geprägt und haben eine Wirtschaftsstruktur kolonialen Charakters hervorgebracht. Als Folge entstanden sehr unterschiedlich strukturierte Regionen und die Entstehung sozioökonomischer Disparitäten wurde begünstigt. In Mittelasien spielen räumliche Disparitäten vor allem bezüglich der bestehenden Konfliktpotentiale eine bedeutende Rolle und es stellt sich die Frage, ob die Einbeziehung raumrelevanter Aspekte in die Transformationsstrategie eine Verschärfung der Disparitäten und ihrer Folgen verhindern kann oder mit Jeffrey D. Sachs gefragt: "Are the unique geographical aspects of Central Asia too much ignored by economists?"²

Das Fergana-Tal bildet einen integrierten Raum und das zentrale wirtschaftliche Zentrum Mittelasiens. Hier treffen drei Nationalstaaten (Kirgizstan, Tadzikistan, Uzbekistan) mit unterschiedlichem Flächenanteil aufeinander. Die drei Länder haben seit 1991 unterschiedliche Wege zur Überwindung der kolonialen Wirtschaftsstruktur beschritten.

Kirgizstan (ca. 4,8 Millionen Ew.) wird nach seiner Transformationsleistung als fortschrittlichstes der drei Länder bezeichnet. Die Entscheidung, frühzeitig Reformen zu implementieren, bildete die Grundlage für weitreichende Unterstützung westlicher Geberländer und des IWF. Aufgrund der mangelhaften wirtschaftlichen Grundvoraussetzungen dauern Strukturwandel und Erneuerung aber weiterhin an. Kirgizstan gilt trotz der aktuellen Entwicklungen (Verbot der Registrierung von Oppositionsparteien etc.) weiterhin auch als demokratischstes der drei Länder.

Der kurze Zeit nach der Unabhängigkeit 1991 in Tadzikistan (ca. 6 Millionen Ew.) ausgebrochene Bürgerkrieg vernichtete für einige Jahre alle Hoffnungen auf einen Beginn des Transformationsprozesses in diesem Land. Die komplizierte Nachkriegssituation im heutigen Tadzikistan erschwert auch weiterhin den Transformationsprozeß enorm und obwohl z.B. Gesetze zur Privatisierung erlassen wurden, wird die Umstrukturierung des Landes noch viel Zeit in Anspruch nehmen.

Ein stagnierender Transformationsprozeß kann in Uzbekistan, dem bevölkerungsreichsten Land Mittelasiens (ca. 24,23 Millionen Ew.) beobachtet werden. Bis 1996 erschien es, als würde Uzbekistan mit der Implementierung von Reformen zur Privatisierung und Liberalisierung beginnen, aber mit Ende des Jahres wurde deutlich, daß Uzbekistan die sogenannte "Stabilität" höher bewertet als die Transformation und weiterhin seinen sehr graduellen Weg der Transformation verfolgen würde.

¹ Dieser Artikel stellt ein laufendes Promotionsprojekt vor und ist als Überblick konzipiert.

² J.D. Sachs: Are the unique geographical aspects of Central Asia too much ignored by economists? Extract of a keynote to a Washington D.C. Seminar on "Unlocking Central Asia", in: Central Asia Monitor 4/1998, S. 27.

Folgende Aspekte können als signifikant für die Transformation des gesamten Raumes Mittelasiens und der dort bestehenden Disparitäten identifiziert werden:

- "landlocked countries" (Zugang zum Weltmarkt, ökonomische Abhängigkeiten)
- Land- und Wassernutzung
- Bevölkerungsverteilung (ethnische Zusammensetzung, Bevölkerungsdichte)
- Ressourcenverteilung
- Ökologische Probleme
- Frage der Vormachtstellung in der Region (hier spielt auch Kazachstan eine Rolle)
- Ausländischer Einfluß, "Second Great Game"

Aktuelle Entwicklungen im Fergana-Tal

Der Batken-Konflikt³ des letzten Jahres verdeutlichte das Konfliktpotential dieser Region, die durch hohe Gebirgszüge vom Rest Mittelasiens abgetrennt ist. Obwohl auch das Fergana-Tal von Stalins Delimitation betroffen war und in 3 Teile zerschnitten wurde, blieb die Region, auch aufgrund ihrer geographischen Isolation, ein integrierter Wirtschafts- und Lebensraum für die Bevölkerung.

Für alle drei Länder gilt, daß das Fergana-Tal vom jeweiligen Kernland nur im Sommer über die jeweiligen Pässe mit Auto oder Bus erreicht werden kann oder über Routen, die Grenzüberschreitungen notwendig machen (z.B. Taškent nach Kokand über das tadzikische Chudzand). Im Winter sind ohne Grenzüberschreitungen nur Lufttransporte von den jeweiligen Zentren ins Fergana-Tal möglich. Grenzen die früher nur auf dem Papier existierten, erzeugen heute in einem ehemals kooperierenden Wirtschafts- und Lebensraum ein kompliziertes politisches Muster.

Alle drei Teile des Fergana-Tals sind durch die verschiedensten Aspekte des alltäglichen Lebens (Handel, Arbeit, Familienstrukturen etc.) miteinander verflochten, Infrastruktur wie Straßen und Eisenbahnen wurden während der Sowjetzeit ohne Berücksichtigung von Grenzen gebaut – mit der Etablierung der neuen Nationalstaaten stellt dies für den Raum heute einen wichtigen desintegrierenden Faktor dar.

Für Kirgizstan bedeutet das Fergana-Tal einen der wichtigsten landwirtschaftlichen Nutzräume, mehr als die Hälfte der kirgizsischen Bevölkerung lebt hier. Im nordtadzikischen Oblast Leninabad leben ca. 1/3 der tadzikischen Bevölkerung und die Region ist eine der wichtigsten Wirtschaftsräume, ca. 2/3 des BSP des Landes werden hier erwirtschaftet. Das uzbekische Fergana-Tal nimmt nur 4,3% der gesamten Landesfläche ein, trotzdem leben 1/4 der Bevölkerung hier und es ist eines der wichtigsten landwirtschaftlichen und industriellen Zentren Uzbekistans, sowie Standort der beiden wichtigsten uzbekischen Joint Ventures (UzDaewoo, Coca-Cola).

³ Batken liegt im südlichen Teil des kirgizsischen Fergana-Tals unweit der tadzikischen Grenze und war Ende 1999 Schauplatz von Rebellenübergriffen und Geiselnahme.

Tabelle 1: Bevölkerung und Landverteilung im Fergana-Tal, 1999

<i>Administrative Einheit</i>	<i>Prozent / Staatsgebiet</i>	<i>Prozent / Bevölkerung</i>	<i>Bevölkerungsdichte</i>	<i>Bevölkerung absolut</i>
Tadzikistan	100.0	100.0	70.7	5.883.600
Leninabad Oblast	18.2	31.4	41.1	1.845.00
Kirgizstan	100.0	100.0	23.5	4.700.000
Oš Oblast	23.1	23.0	32.5	1.502.200
Dzalal-Abad Oblast	19.1	18.2	22.7	866.095
Fergana-Tal Oblaste	42.2	50.3	28.1	2.368.300
Uzbekistan	100.0	100.0	53.4	23.007.200
Andizan Oblast	0.1	8.7	503.6	1.993.100
Fergana Oblast	0.2	10.6	366.7	2.444.500
Namangan Oblast	0.2	7.6	236.4	1.741.200
Fergana-Tal Oblaste	0.4	26.9		6.178.800

Quelle: UNDP/FVDP (Hrsg.): The Ferghana-Valley Development Programme. Regional Programme for Central Asia. The United Nations Kyrgyzstan 1999; eigene Berechnungen.

Die für die Regionalentwicklung des Fergana-Tals und der räumlichen Disparitäten signifikanten Aspekte können bezüglich ihrer integrierenden oder desintegrierenden Wirkung unterschieden werden. Hinzu kommen Faktoren, welche in beide Richtungen wirken können.

Desintegrierende Aspekte:

- Hohe Bevölkerungsdichte: Weiteres Bevölkerungswachstum intensiviert den Kampf um Land und Wasser und könnte ethnische Dimensionen annehmen.⁴
- Verteilung der Wasserressourcen: Fast die gesamte Landwirtschaft im Fergana-Tal ist auf künstliche Bewässerung angewiesen.
- Nationale Minderheiten in den jeweiligen Ländern (s. Tab. 2): z.B. die Frage nach der Unterrichtssprache in den Schulen (uzbekisch-sprachiger Unterricht in Kirgizstan und Tadzikistan aber kein kirgizsisch- oder tadzikisch-sprachiger Unterricht in Uzbekistan).
- Unterschiedliche Transformationsstrategien der drei Teilstaaten.
- Die Verteilung der Energieressourcen führt immer wieder zu Konflikten zwischen den Ländern. Trotz ihrer Wasserkraftwerke sind Kirgizstan und Tadzikistan von uzbekischen Gasimporten abhängig – die Uzbekistan einstellt, wenn die Zahlungen ausbleiben. Aufgrund der ökonomischen Situation tritt dieser Fall häufiger ein. Die Tatsache, daß Uzbekistan zwar "kirgizsisches" und "tadzikisches" Wasser kostenlos nutzt, aber die Gaszufuhr, auch im Winter, immer wieder einstellt, könnte zu Spannungen führen, die auch eine ethnische Komponente annehmen könnten (Uzbeken als Schuldige für "kalte Wohnungen" im Winter).
- Strikte Grenzkontrollen (v.a. von uzbekischer Seite) beeinflussen grenzübergreifend familiäre Kontakte, Arbeit und Handel.

⁴ Dies war wahrscheinlich auch ein Grund für die Uzbekisch-Kirgizsischen Auseinandersetzungen in Oš 1990.

Integrierende Faktoren:

- Die Bereitschaft, über die ethnischen Ausschreitungen 1989/90 im Fergana-Tal zu sprechen, ist gering. Besonders in Uzbekistan, wo selbst in Taschkent vor dem "gefährlichen" Fergana-Tal gewarnt wird. Befragt man Menschen im Fergana-Tal nach den Gefahren, reagieren viele überrascht und auch zum Teil beleidigt. Ein Zusammengehörigkeitsgefühl "gegen" das entfernte Zentrum wird dadurch gefördert.
- Gleiches gilt für den Fall des viel genannten religiösen Fundamentalismus. Nach den Anschlägen in Taškent 1999 wurde der usbekische Teil des Fergana-Tals von Polizisten nach den sogenannten "Wahhabiten" durchsucht und es ist zu vielen Festnahmen gekommen. Viele Menschen im Fergana-Tal äußerten ihren Unmut darüber, daß immer sie die Schuldigen wären, wenn etwas passiert.
- Die ethnische Bevölkerungsverteilung (s. Tab. 2): Es gibt starke Verflechtungen Arbeit, Handel und Familienstrukturen betreffend, die durch die nun strikten Grenzen gestört werden, aber auf eine lange Geschichte zurückblicken und einen stark integrierenden Aspekt bedeuten.
- Bedeutung des Fergana-Tals im nationalen Kontext: In allen drei Ländern wird das Fergana-Tal aus unterschiedlichsten Gründen z.B. als "zurückgeblieben", fundamentalistisch oder anders negativ betrachtet. Dies führt eher zu einer Solidarisierung innerhalb des Fergana-Tals als mit dem jeweiligen Zentrum des Landes.

Tabelle 2: Ethnische Verteilung im Fergana-Tal

<i>Oblast</i>	<i>Kirgizsen</i>	<i>Tadziken</i>	<i>Uzbeken</i>	<i>Russen</i>	<i>Andere</i>
Fergana-Tal gesamt	16.5%	13.2%	61.9%	4.0%	4.4%
Fergana-Tal Oblaste/ Kirgizstan	65.1%	1.6%	26.8%	2.7%	3.9%
Oš Oblast	63.8%	2.1%	28.0%	2.4%	3.9%
Dzhalal-Abad Oblast	67.3%	0.6%	24.5%	3.3%	4.3%
Fergana-Tal Oblaste/Tadzikistan	1.2%	56.9%	31.3%	6.5%	4.1%
Leninabad Oblast	1.2%	56.9%	31.3%	6.5%	4.1%
Fergana-Tal Oblaste/Uzbekistan	2.5%	4.7%	84.5%	3.7%	4.6%
Andizhan Oblast	4.2%		85.0%	3.9%	6.9%
Fergana Oblast	2.1%	5.5%	83.6%	4.9%	3.9%
Namangan Oblast	1.1%	8.8%	85.1%	1.9%	3.1%
Fergana-Tal gesamt	16.5%	13.2%	61.9%	4.0%	4.4%

Quelle: UNDP/FVDP (Hrsg.): The Ferghana-Valley Development Programme. Regional Programme for Central Asia. The United Nations Kyrgyzstan 1999; eigene Berechnungen.

Faktoren, die in beide Richtungen wirken können:

- Religion: Die usbekischen Warnungen vor islamischem Fundamentalismus könnten eine Rechtfertigung für das autokratische Regime des usbekischen Präsidenten Karimov sein – eine Verschlechterung der sozioökonomischen Lage in der Region aber könnte eine fundamentalistische Tendenz im Fergana-Tal verstärken. Inwieweit die weitere Entwicklung in-

tegrierend wirken kann, hängt in hohem Maße von der Reaktion der beteiligten Regierungen ab. Viele Wissenschaftler sind der Ansicht, daß die Tatsache, daß es keine historische Tendenz zum Fundamentalismus in der Region gibt, sich durch die konstante Unterdrückung allen religiösen Lebens neben dem Staatsislam verändern könnte.

- Der Drogenhandel gewinnt weiterhin an wirtschaftlicher Bedeutung für alle Teile des Fergana-Tals. Es gibt Vermutungen, daß der "islamische Fundamentalismus" in der Region auch der Sicherung der Drogenhandelsrouten dient.
- Die Verteilung der verschiedenen Nationalitäten kann bei weiterer Verschlechterung der desolaten Lebenssituation negative, bei einer weiteren nationalen Abschottung der Region Fergana-Tal seitens der Zentren positive Folgen für die Integration im Fergana-Tal haben – damit aber eventuell negative Folgen für die Kooperation im gesamten Raum Mittelasien.

Der letztjährige Batken-Konflikt und die Art und Weise, wie die beteiligten Regierungen damit umgegangen sind, haben deutlich gemacht, daß die für die nachhaltige Entwicklung der gesamten Region Mittelasien notwendige Kooperation und Integration zu Überwindung der Disparitäten noch in weiter Ferne liegt. Obwohl die neuen Nationalgrenzen, eine Folge der Delimitationspolitik Stalins (1924/1929) keine historische Grundlage haben (und nach Karger⁵ "eine Zerschneidung eines einigermaßen einheitlichen Kultur- und Wirtschaftsraumes" bedeuteten), werden sie prinzipiell von allen Staaten in Mittelasien akzeptiert. Trotz strittiger Grenzfragen sowie Fragen der nationalen Zugehörigkeit historischer Persönlichkeiten, liegt der Schwerpunkt der Politik in allen betroffenen Ländern in der Festigung des Nationalstaates und nicht in der regionalen Integration. Die bestehenden Disparitäten machen aber die Notwendigkeit der Einbeziehung raumwirksamer Aspekte in die einzelnen Transformationsstrategien notwendig. Probleme wie der Drogenhandel, die Wassernutzung oder Energieversorgung lassen sich zudem nur in Kooperation lösen.

⁵ A. Karger: Die mittelasiatischen GUS-Republiken, in: Bürger im Staat 2/3/1995, S. 130.

Literatur

- Central Asia Monitor: Diary of a Hostage Crisis in Kyrgyzstan, in: Central Asia Monitor 5/1999, Innenumschlag, S.16-25.
- EBRD: Kyrgyzstan Country Profile 1999, Bishkek 1999.
- U. Halbach: Djihaad vom Kaukasus bis Mittelasien? "Islamische Rebellen" im Kaspischen Raum und die Politik Usbekistans, Aktuelle Analysen des Biost Nr.33, Köln 1999.
- N. Lubin: Calming the Ferghana Valley: development and dialogue in the heart of Central Asia, New York 1999.
- S. Sabol: The creation of Central Asia: the 1924 national delimitation, in: Central Asian Survey, 2/1995, S. 225-241.
- J. Stadelbauer: Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Großraum zwischen Dauer und Wandel. Darmstadt 1996.
- Statistisches Bundesamt: Aktuelle Auslandsdaten 2000.
- C. Stein: Systemtransformation in Usbekistan. Die sozioökonomische Entwicklung seit 1991. (unveröffentlichte Diplomarbeit/Universität Bonn, 1997).
- A. Tabyshalieva: The challenge of regional cooperation in Central Asia: Preventing Ethnic Conflict in the Ferghana Valley. o.O. 1999.
- UNDP: Human Development Report. Tajikistan 1998, Dushanbe 1998.
- UNDP: Human Development Report. Uzbekistan 1998, Tashkent 1998.

Die lokale Dimension des Transformationsprozesses

Andreas Rust

Divergierende Institutionalisierungsmuster im Bereich der lokalen Entwicklung in Lettland

Im Rahmen einer vor kurzem abgeschlossenen Masterarbeit wurden von mir zwei lettische Städte und ihre Umgebung auf diejenigen institutionellen Muster hin untersucht, innerhalb derer die für die wirtschaftliche Transformation relevanten Akteure agieren. Dabei wurde der Fokus der Betrachtung auf die Frage nach Netzwerkaspekten in diesen institutionellen Mustern gelegt.¹ Die beiden Fallbeispiele waren die Hafenstadt Ventspils, die für den lettischen Transithandel, insbesondere von Erdöl, von extrem großer Bedeutung ist, sowie die nordlettische Stadt Valmiera und ihre Umgebung. Vor allem mittels Experteninterviews wurden unter anderem Informationen gesammelt über die Wirtschaftsstruktur, Formen von lokaler Zusammenarbeit und Interaktion und die Bedeutung verschiedener Akteursgruppen. Die Analyse dieser Erkenntnisse geschah unter drei Gesichtspunkten. Zum ersten wurden Netzwerkaspekte innerhalb des Unternehmenssektors selbst betrachtet. Zum zweiten wurde die Interaktion zwischen Unternehmen und der lokalen Selbstverwaltung, sowie die Relevanz anderer Akteure geprüft. Abschließend wurde unter dem Gesichtspunkt von "embeddedness" der Frage nachgegangen, welche Bedeutung die beobachteten Netzwerk- und Interaktionsstrukturen im Rahmen eines sozialen Entwicklungsprozesses innerhalb des lokalen Fallbeispiels innehaben. In Anlehnung an die Vorstellung von "industrial districts" wurde daran anschließend noch die Frage nach der Relevanz der beobachteten Strukturen für eine regionale Dimension der Wirtschaftsentwicklung aufgeworfen. In diesem Artikel sollen kurz diese zentralen Ebenen der Analyse dargestellt werden und im Rahmen des begrenzten Umfangs des Artikels mit Aspekten der Fallbeispiele illustriert werden.

Unternehmensnetzwerke als institutionelle Struktur von Wirtschaftsbeziehungen

Empirisch lassen sich Netzwerke als Regelungsmechanismus von Wirtschaftsbeziehungen in weiter, bedeutsamer und vielfältiger Weise ausmachen. Sie strukturieren in höchst unterschiedlicher Form verschiedenste längerfristige Beziehungen zwischen eigenständigen Wirtschaftsakteuren.² Im Rahmen dieser Netzwerkbetrachtung ergaben sich aufschlußreiche Erkenntnisse über die Wirtschaftsakteure. So ist die Hafenstadt Ventspils geprägt von einem

¹ Zu Grundbegriffen des Netzwerkansatzes vgl. Gernot Grabher: Rediscovering the Social in the Economics of Interfirm Relations; in: *The Embedded Firm*, hrsg. von Gernot Grabher, London 1993, S. 1-32, sowie Walter W. Powell: Neither Market nor Hierarchy: Network Forms of Organization; in: *Research in Organizational Behaviour*, hrsg. von B. Staw/L.L. Cummings, 12. Jg., Greenwich/Conn. 1990, S. 295-336.

² Für eine Übersicht über Unternehmensnetzwerke und Typologisierungsaspekte vgl. Anna Grandori/Guiseppa Soda: Inter-Firm Networks: Antecedents, Mechanisms and Forms; in: *Organization Studies* 2/1995, S. 183-214; Jerald Hage, Catherine Alter: A Typology of Interorganizational Relationships and Networks in Contemporary Capitalism. The Embeddedness of Institutions, hrsg. von J. Rogers Hollingsworth/Robert Boyer, Cambridge 1997, S. 94-126.

dichten Netzwerk der im Hafen und im Öltransit tätigen Unternehmen. Diese, rechtlich eigenständig, sind zum einen über Querbeteiligungen miteinander verbunden, ohne daß diese Beteiligungsstruktur jedoch die Form eines hierarchischen Unternehmensverbands einnehmen würde. All diese Unternehmen sind aus dem sozialistischen Komplex der Hafenwirtschaft hervorgegangen. Das größte, "Ventspils Nafta" befindet sich noch mehrheitlich in Staatsbesitz. Bemerkenswert ist im Fall dieses Netzwerkes die Einbindung der lokalen Selbstverwaltung. Diese, auf den Bürgermeister Aivars Lembergs zulaufend, ist nicht nur über den staatlichen Anteil an "Ventspils Nafta" in dessen Gremien vertreten. Der Bürgermeister steht zudem der Vereinigung der lettischen Transitwirtschaft vor. In den durchgeführten Interviews kam die Verbindung der lokalen Selbstverwaltung mit den Unternehmen und die Bedeutung des Netzwerkes für die Entwicklung des Hafenstandortes, der die lokale Wirtschaft dominiert, weiterhin deutlich zum Ausdruck. Unternehmen, die außerhalb des Transportsektors oder des neu geschaffenen Freihafenregimes tätig sind, bleiben außerhalb dieses Netzwerkes und erfahren nur geringe öffentliche Unterstützung.

Diese Netzwerkstrukturen können unter zwei Gesichtspunkten mit der Transformation der sozialistischen Wirtschaft in Verbindung gebracht werden. Zum einen stellt sich die Frage der Weiterexistenz von informellen Netzwerkstrukturen zwischen dem Management der verschiedenen Betriebe und staatlichen und parteibezogenen Institutionen, die einstmals für das Funktionieren der sozialistischen Wirtschaft bedeutsam waren.³ Diese dürften kaum bedeutungslos werden, solange ihre früheren Träger eine bedeutungsvolle Position innehalten. In der Vorstellung Grandoris und Sodas beruhen formale Netzwerkstrukturen zudem grundsätzlich auf einem breiteren Set an informellen Netzwerkverbindungen, ohne die die Entstehung formell fundierter Verbindungen nicht denkbar ist.⁴ Beides zusammen weist auf einen Entwicklungsprozeß hin, in dem Netzwerkstrukturen sowohl Träger als auch Ergebnis des Prozesses sind. Die starke Stellung eines einzigen Netzwerkes im lokalen Entwicklungsprozeß darf jedoch aufgrund der Besonderheit des Netzwerkes als Verbindung eigenständiger Akteure nicht mit einer Monopolisierung des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses verwechselt werden. Des weiteren bedeutet eine dichte Vernetzung nach innen und eine starke Stellung dieses Netzwerkes im regionalen Entwicklungsprozeß nicht per se eine Abkapselung nach außen. Im Fall von Ventspils stellt es vielmehr eine effiziente Form der Organisation der Außenvertretung im stark außenabhängigen Bereich der Transitwirtschaft dar.

Im Fall der nordlettischen Stadt Valmiera stellt sich der Netzwerkaspekt als strukturierendes Element von Wirtschaftsbeziehungen vollkommen anders dar. Die Unternehmen der Stadt lassen sich in zwei Gruppen einteilen. Zu der einen Gruppe gehören Betriebe der nahrungsmittelproduzierenden und der holzverarbeitenden Industrie, die im Zusammenhang mit der land- und forstwirtschaftlich geprägten Region gesehen werden müssen. Zu der zweiten Gruppe werden die wenigen Unternehmen gezählt, die als Produkt sowjetischer

³ Vgl. Endre Sik/Barry Wellman: Network Capital in Capitalist, Communist, and Postcommunist Countries, in: Networks in the Global Village, hrsg. von Barry Wellman, Boulder, Colorado 1999, S. 225-254.

⁴ Vgl. Grandori/Soda, a.a.O., S. 199-201.

Industrialisierungspolitik ohne relevanten regionalen Bezug sind. Letztere waren schon immer außenorientiert und haben diese Außenorientierung beibehalten, zumeist in Form von joint-venture-Beziehungen zu ausländischen, d.h. westlichen, Unternehmen oder Unternehmensgruppen. Die Zugehörigkeit ermöglichte nicht nur den Zugang zu Investitionsmitteln, sondern insbesondere auch zu technischem Know-how und eine kaufmännische Einbindung, also alles überlebenswichtige immaterielle Zuflüsse. Wieder sind Strukturen zu beobachten, die auf langfristiger Reziprozität und Interdependenz, sowie weiterbestehender Eigenständigkeit beruhen. Nur finden diese nicht im lokalen Rahmen statt, sondern mit jeweils unterschiedlichen externen Partnern.

In der Gruppe der Lebensmittel- und Holzindustrie haben einige der Unternehmen ebenfalls joint-venture-Beziehungen aufgenommen. Der Schwerpunkt des Interesses sollte hier jedoch auf der Frage liegen, inwieweit die institutionellen Muster der Beziehungen zwischen den Verarbeitungsbetrieben und den regionalen Zulieferern aus der Land- und Forstwirtschaft, sowie den Verarbeitungsfirmen selber, Netzwerkaspekte aufweisen. Da dieser Sektor sich gerade erst herausbildet, ist diese Frage nicht als Zustandsbeschreibung, sondern im Bezugsrahmen des Entwicklungsprozesses zu beantworten.

"Social embeddedness"

Das Fehlen einer dichten lokalen Netzwerkstruktur, so wie sie in Ventspils zu finden ist, bedeutet keineswegs, daß der lokale oder regionale Rahmen unbedeutend ist. Trotz der geringeren funktionalen Unternehmensvernetzung in Valmiera bestehen dort dichte Netzwerkbeziehungen zwischen den Vertretern der Wirtschaftsunternehmen untereinander sowie mit der lokalen Politik. Diese finden in mehreren Unternehmer- und Wirtschaftsvereinigungen statt, die im Gegensatz hierzu in Ventspils kaum bestehen, und in die auch die lokale Politik eingebunden ist. Im Rahmen der Interviews kam für Valmiera eine ausgeprägte Kommunikationskultur zum Vorschein, die gerade dort Vernetzungen schafft, wo die Grundlagen einer Netzwerkstruktur wie im Falle von Ventspils nicht bestehen. Statt dichter funktionaler Zusammenarbeit zeichneten sich gemeinsame Orientierungsmuster ab, gerade auch in Bezug auf die Kooperation mit ausländischen Partnern. Diese betrifft nicht nur die Unternehmen, die mittels joint-venture-Beziehungen ihr Überleben sicherten, sondern in nicht weniger geringem Maß auch auf die Institutionen der lokalen Selbstverwaltung und einer Vielzahl an Organisationen, von Gesangs-, Volkstanz-, und Sportvereinigungen bis zu sozialen Einrichtungen, dem Rotem Kreuz oder der Feuerwehr. Auch im Falle Valmieras sind somit netzwerkförmige institutionelle Muster zu beobachten, die von Bedeutung für die lokale Entwicklung sind, als Träger wie als Ausfluß, und die von Zeit zu Zeit auch gemeinsame Tätigkeiten und Initiativen hervorbringen.

Die beiden Fallbeispiele weisen in dieser Hinsicht somit einen deutlichen Unterschied auf. Im Falle der Hafenstadt Ventspils besteht ein dichtes Netzwerk auf einer funktionalen wirtschaftlichen Basis. Nur wer diesem Bereich zugehört, ist Teil des Netzwerks. Diese institutionelle Struktur ist in effizienter Form auf die Entwicklung des Hafens als zentrale wirtschaftliche Basis der Stadt ausgerichtet. In Valmiera besteht keine Netzwerkstruktur dieser Zielgerichtetheit und Unternehmen pflegen ihre jeweils eigenen Netzwerkbeziehungen.

Jedoch besteht neben diesem unternehmensbezogenen Bereich ein komplexes Gefüge sozialer Netzwerkbeziehungen, dessen Bedeutung für die lokale Entwicklung lediglich auf einer völlig anderen Ebene liegt.

Regionaler Wirtschaftsraum

Im Falle von Ventspils zeigt sich ein lokaler Wirtschaftsraum eigenen Charakters: die Ballung im Rahmen des Hafens mit einem dichten Netz ökonomischer Gemeinsamkeiten einerseits, die Grenzen in Form der Außenabhängigkeit im Rahmen der Transitwirtschaft andererseits. Für Valmiera sind zum einen die beschriebenen Netzwerkstrukturen anzuführen, auf deren Basis dann vor allem für den Bereich der Nahrungsmittel- und Holzwirtschaft Aspekte von regionalem Wirtschaftsraum im Rahmen des "industrial district"-Ansatzes untersucht werden können.⁵ Sicherlich wird sich dort kein Fall eines "industrial district" vorfinden lassen, jedoch weisen bestimmte Strukturmerkmale der Region auf zentrale Kategorien des Ansatzes hin. Insbesondere die Bedeutung kleinerer und mittlerer Unternehmen, aber auch die sozialen Strukturen, die durch gemeinsame Wertvorstellungen, Normen und Regeln gekennzeichnet sind, die eine Kooperation der Unternehmen in Netzwerkbeziehungen ermöglichen. Die Beobachtung sozialer Netzwerke in Valmiera und die gemeinsamen Orientierungen legen die Untersuchung des Holz- und Nahrungsmittelsektors unter Benutzung dieser Kategorien nahe, wenn es darum geht Aufschlüsse über deren institutionelle Struktur zu erlangen. Sie stellen einen Maßstab dar, mit dessen Berücksichtigung sich die Entwicklung der institutionellen Beziehungen zwischen den betroffenen Wirtschaftsbereichen im städtischen Zentrum und der land- und forstwirtschaftlichen Ökonomie der Region beschreiben ließen, einem über die Region Valmieras hinaus relevantem Bereich.

⁵ Zu "industrial districts" vgl. Frank Pyke/Werner Sengenberger (Hrsg.): *Industrial Districts and Local Economic Regeneration*, Genf 1992.

Dagmar Haase, Annett Steinführer

Ostmitteleuropäische Städte im Prozeß der sozialen und ökologischen Transformation

Im folgenden werden die theoretischen Überlegungen zu einem interdisziplinären Projektseminar vorgestellt, in welchem der gesellschaftliche Transformationsprozeß in ostmitteleuropäischen Großstädten aus der Sicht verschiedener Disziplinen betrachtet wird, denn nach den zahllosen disziplinspezifischen Studien des vergangenen Jahrzehnts sind künftig nicht nur vergleichende Untersuchungen wichtig, sondern es stellt sich zunehmend auch die Frage nach den wechselseitigen Einflüssen der einzelnen Teilprozesse der Transformation. Zugleich sind die unterschiedlichen Ebenen der Veränderungen in die Betrachtungen mit einzubeziehen. Dabei kommt den Städten und vor allem den Großstädten eine besondere Bedeutung zu, sind sie doch das zentrale Laboratorium des gesellschaftlichen Strukturwandels. Hier überlagern und verstärken sich die Folgen der parallel ablaufenden sozialen, ökonomischen, ökologischen und politischen Veränderungen am offensichtlichsten und nachhaltigsten.

Der für die lokale Ebene des Transformationsprozesses zentrale Vorgang ist die neue Veräumlichung sozialer Ungleichheit: Die soziale Differenzierung der Gesellschaft zieht eine sozial-räumliche Differenzierung nach sich, die ihrerseits die Basis für die weitere Verstärkung sozialer Ungleichheit sowie ökologischer Destabilisierung ist.¹ Die Ergebnisse dieser mit national wie lokal unterschiedlicher Macht und verschiedenem Tempo in Gang gekommenen Prozesse werden die städtischen Strukturen und das lokale Planungshandeln der kommenden Jahrzehnte bestimmen. Aus diesem Grund kommt der Erfassung, Erklärung und Bewertung solcher Vorgänge eine ebenso große wissenschaftliche Bedeutung wie Praxisrelevanz zu.

Selektive Migrationsprozesse aus den Städten in deren Umland, aber auch innerhalb der Kernstadt, verlaufen entlang den Dimensionen der neuen sozialen Ungleichheit, zu denen sowohl vertikale (Einkommen, Bildung) als auch horizontale Faktoren (Alter, ethnische Zugehörigkeit) zu zählen sind. Zu den räumlich differenzierenden Faktoren zählt neben der Qualität des Wohnraums, dem Image und der Lage von Stadtquartieren auch deren Umweltqualität. Allerdings verändern sich die räumlichen Strukturen langsamer als soziale (vgl. auch den Beitrag von A. Steinführer in diesem Band).

Neben der Herausbildung neuer Raummuster wirken auch realsozialistische Strukturen fort. Hier muß einerseits das Erbe des angespannten Wohnungsmarktes genannt werden, dessen Situation durch den Rückzug des Staates aus dem Wohnungsbau nach 1989 noch verschärft wurde und der gegenwärtig nur einer Minderheit sozial Aufgestiegener eine Realisierung ihrer Wohnwünsche gestattet. Andererseits ist aus ökologischer Sicht auf das industrielle Erbe vieler Stadtregionen Ostmitteleuropas hinzuweisen. Die Luftverschmutzung zählt dabei zu den am stärksten wahrnehmbaren Umweltbelastungen in Städten und kann daher auch als

¹ Jens S. Dangschat: Stichwort "Segregation", in: Großstadt. Soziologische Stichworte, hrsg. von Hartmut Häußermann, Opladen 1998, S. 207-220, hier S. 207; Dagmar Haase: Urban ecology in the new federal countries of Germany, in: Archive for nature 1997, S. 1-11.

ein wichtiger Indikator für den allgemeinen ökologischen Zustand gelten.² Infolge der Industrieansiedlung in den Großstädten und ihrem Umland sowie des Einsatzes zunehmend veralteter Heiztechniken und unverbleiten Kraftstoffes ist es in den letzten Jahrzehnten in Ostmitteleuropa zu dauerhaften Beeinträchtigungen der Luftsituation gekommen. Besonders die Kohleheizung, städtische Kraftwerke und der Verkehr führten zu einer Versauerung des Regens und Schwermetallanreicherung in der Luft. Besonders negativ wirken sich diese Prozesse in Altstadtwohnquartieren und Gründerzeitvierteln aus, wo die Straßenführung eng und die Ausstattung mit Fernheizungen schlecht war³.

Mittlerweile liegen zahlreiche Arbeiten zum sozialen und ökologischen Strukturwandel in den Städten der Transformationsländer vor, die sowohl auf die Gesamtstadt orientieren als auch einen kleinräumigeren Fokus haben⁴. Doch noch immer sind zahlreiche Forschungsdefizite zu verzeichnen. So wird die Stadtforschung über die ostmitteleuropäischen Transformationsländer bislang von Untersuchungen der Makroebene, d.h. der jeweils nationalen Stadtentwicklungstendenzen, dominiert. Die Fallstudien über innerstädtische Differenzierungsprozesse oder zum Wohnungs- und Immobilienmarkt konzentrieren sich mit wenigen Ausnahmen auf die Hauptstädte, deren Entwicklung und Veränderungstempo aufgrund ihrer nationalen Funktion und der Bedeutung internationaler Kapitalverflechtungen nicht als typisch für die jeweiligen Länder gelten können. Des weiteren existieren nur vereinzelt komparative Arbeiten. Diese bewegen sich meist auf der Makroebene und vergleichen verschiedene Transformationspfade ostmitteleuropäischer Länder. Schließlich werden gerade die konkreten Zusammenhänge des ökologischen und sozialen Strukturwandels nur selten interdisziplinär erforscht.

Die mit dem vorgestellten Projektentwurf angedachte Forschungskoooperation zwischen Leipziger und Brünner Wissenschaftlern in Form eines Seminars mit Studenten soll dazu beitragen, einige dieser Defizite abzutragen. Ein innovativer Aspekt des Vorhabens besteht darin, daß mit dem städtischen Transformationsprozeß verbundene soziale und ökologische

² Jürgen Breuste: Grundzüge und Hauptprobleme der stadtökologischen Entwicklung in südosteuropäischen Großstädten, in: Aktuelle Umweltprobleme in Südosteuropa, hrsg. von Frankdieter Grimm, München 1996, S. 85-102.

³ Dagmar Haase: Schwermetallbelastung des Oberbodens und der bodennahen Luftschicht – Das Beispiel Leipzig, in: Standort 20, H. 4, 1996, S. 21-28; dies.: Untersuchungen zur Schwermetallbelastung des Oberbodens und der bodennahen Luftschicht in Leipzig, in: Hall. Jb. Geowiss., Reihe A, Bd. 18, 1996, S. 51-63; Michael Zierdt, Sebastian Dippmann: Aktives Flechtenmonitoring in Halle/Saale, in: Berichte z. dt. Landeskunde 67, 1993, S. 85-100; dies.: Aktives Flechtenmonitoring in Halle/Saale und in Leipzig, in: Berichte d. Landesamtes f. Umweltschutz Sachsen-Anhalt, H. 13, 1994, S. 39-45.

⁴ Stadtökologie und Stadtentwicklung: Das Beispiel Leipzig. Ökologischer Zustand und Strukturwandel einer Großstadt in den neuen Bundesländern, hrsg. von Jürgen Breuste, Berlin 1996; Sigrun Kabisch u.a.: Sozialatlas der Stadt Leipzig, Leipzig 1997; Sigrun Kabisch & Annett Bamberg [Steinführer]: Interdependenzen von gebauter, sozialer und natürlicher Umwelt und deren Einfluß auf Wohnzufriedenheit und Selbsthaftigkeit, Leipzig 1998 (UFZ-Bericht 9/1998); Oliver Mikulík & Antonín Vaishar: Residential environment and territorially functional structure of the Brno city in the period of transformation, in: Geografie – Sborník České geografické společnosti 101, 1996, S. 128-142; Specifica transformačního procesu v zázemí velkých měst, hrsg. von Oliver Mikulík & Peter Mariot, Brno 1999; Luděk Sýkora: Processes of socio-spatial differentiation in post-communist Prague, in: Housing Studies 14, 1999, S. 679-701.

Problemlagen aufgegriffen, gemeinsam analysiert und bewertet werden sollen. Wenn sich das Seminar als erster Baustein der geplanten Zusammenarbeit auch zunächst auf die Brünner Spezifik konzentrieren wird, so sind doch längerfristig komparative Studien in weiteren Stadtregionen Ostmitteleuropas (z.B. in Polen und der Ukraine) vorgesehen. Dabei können die am Beispiel des ostdeutschen Transformationsprozesses gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse einfließen und für Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Entwicklungen sensibilisieren.

Brünn ist das regionale Zentrum Südmährens und bietet sich gegenüber dem dominierenden Hauptstadtstandort Prag als Untersuchungsbeispiel für "Großstädte ohne Hauptstadtfunktion" an. Die 400.000-Einwohner-Stadt vereint als "zweit(größt)e" Stadt im Staat wichtige politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Funktionen. Für eine stadtgeographische Analyse mit besonderer Berücksichtigung soziologischer und ökologischer Aspekte ist sie aufgrund ihrer diversifizierten Struktur (Zentrum mit öffentlichen Gebäuden, zentrumsnahe Altbaugelände, Mischgebiete mit Industrie- und Wohnfunktion und randliche Neubaugelände in Form von Großwohnsiedlungen) besonders geeignet. Erste Veränderungen der räumlichen Struktur haben im Zuge der Transformation bereits eingesetzt – die gegenwärtig an der Peripherie der Großstadt zu beobachtende Gewerbe- und Wohnsuburbanisierung ist ein wichtiger und oft nur erster sozialräumlicher Differenzierungsprozeß in den Transformationsstaaten. Auch aus stadtökologischer Sicht ist mit überwiegender Kohleheizung vor der Wende und beginnender Umstellung auf Erdöl- und Erdgasheizungen im kommunalen Bereich der Energieversorgung ein wichtiger "Veränderungsfaktor" (v.a. bezüglich der Emissionssituation) zu konstatieren.

Im Seminar soll versucht werden, einen ersten Überblick über die Ausgangssituation Brünns Anfang der 90er Jahre und die Veränderungen im darauffolgenden Jahrzehnt zu gewinnen. Demographische und Mobilitätsaspekte sind dabei ebenso zu berücksichtigen wie Fragen des Wohnungs- und Arbeitsmarktes. Neben einer Wissensvermittlung und Literaturstudien werden auch nicht besonders aufwendige empirische Erhebungen Bestandteil des Forschungsseminars sein. Diese Untersuchungen sollen auf Quartiersebene stattfinden und werden im folgenden kurz beschrieben.

Die stadtökologischen Untersuchungen

In den letzten Jahrzehnten ist es infolge wachsender Urbanisierung, Motorisierung, zunehmend veralteter Heiztechniken sowie der Industrieansiedlung im Umfeld von Großstädten in Ostmitteleuropa zu einer Verschlechterung der Luftsituation, der Gewässer und Böden in diesen Stadtregionen gekommen. Da das Streben nach wirtschaftlichem Erfolg und die Versorgung der Bevölkerung mit Industriegütern im Vordergrund der Politik der meisten ostmitteleuropäischen, sozialistischen Staaten stand, rückten Themenschwerpunkte wie ökonomische und ökologische Tragfähigkeit der Stadtentwicklung, Umweltbelastungen und durch Umweltschäden induzierte Erkrankungen bei der Stadtbevölkerung erst nach der politischen Erneuerung in das öffentliche Interesse.

Der ökologische Zustand von Wohnvierteln läßt sich mit stadttökologischem, biosensitivem Forschungsdesign umfassend analysieren. Dabei kann insbesondere die lufthygienisch stark benachteiligte Situation der innerstädtischen Altbauquartiere erfaßt, aber gleichzeitig auch das schlechte Image von Großwohnsiedlungen aus sozialistischer Zeit im spezifischen Sinn aufgewertet werden, denn durch die Bewertung der Stadtluft, welche dort meist um vieles besser als in engen Altbauquartieren ist, ließe sich zum einen das Bild dieser Wohnquartiere in den Augen der Bevölkerung verbessern und somit Tendenzen der sozialen Marginalisierung dieser Quartiere vorbeugen. Darüber hinaus können die Meßergebnisse des Biomonitorings mit Datensätzen zur sozialen und baulichen Situation der jeweiligen Quartiere verknüpft werden.

Für die stadttökologischen Erhebungen wird eine einfache und kostengünstige Methodik eingesetzt, welche bereits in Halle und Leipzig, d.h. in mit Brünn vergleichbaren Großstädten der neuen deutschen Bundesländer, getestet wurde. Es handelt sich dabei um die Form des Biomonitorings, welches mit Flechten, Gräsern oder Moosen durchgeführt wird, die ihre Nahrung und Energie aus der Atmosphäre beziehen und daher ausgezeichnete Indikatoren für die Stadtluftqualität sind. Zumeist sind sie in den Stadtzentren und deren Umgebung völlig ausgestorben ("Flechtenwüste"), so daß eine Neuimplementierung an Standorten, die bestimmten Stadtstrukturtypen zuzuordnen sind, sehr schnell die Reaktion der Flechten und somit ein die Stadtluft betreffendes Ergebnis bringen wird. Der Standortaufbau ist einfach und damit auch schnell zu erlernen, gleiches gilt für die wöchentliche visuelle Bewertung der Flechten in Form des Monitorings. Zugleich sind solche stadttökologischen Methoden effiziente Instrumente für die Durchsetzung ökologischer Standards in einer Großstadt, da sie kostengünstig in kurzen Zeiträumen eine flächige Bewertung der Stadtatmosphäre (und somit der Lufthygiene) gestatten. Das Begehen der Flechtenstandorte soll mit Kartierungen der baulichen und natürlichen Umwelt verbunden werden, da diese eine Schnittstelle zu den stadtsoziologischen Erhebungen darstellen.

Die stadtsoziologischen Erhebungen

Segregationsprozesse werden vorzugsweise auf Aggregatebenen untersucht, indem ganze Städte in ihrer sozialen, ökologischen und baulichen Differenzierung und die Wechselwirkungen dieser Prozesse analysiert werden. Für einen Überblick über Ausstattungsmerkmale der Stadtgebiete sind solche Analysen von gesamtstädtischen Daten sehr wichtig, da sich gegenwärtige Entwicklungen und Hypothesen über künftige Prozesse ableiten lassen. Um ein tieferes Verständnis von sozialräumlichen Differenzierungsprozessen zu erlangen, ist es aber notwendig, die Handlungs- und Reflexionsebene der Stadtbewohner einzubeziehen. Eine umfassende Analyse kann mit einem Forschungsseminar nicht geleistet werden. Wohl aber ist es möglich, sich einen Überblick über den Stand der sozialräumlichen Differenzierung auf der Ebene der Stadt zu verschaffen und in ausgewählten Quartieren durch Kartierungen und Befragungen Untersuchungen auf der Akteurebene durchzuführen.

In Brünn kann auf die Daten der Volkszählung von 1991 zurückgegriffen werden, mit welchen die Ausgangssituation einer realsozialistischen Stadt am Beginn der Transformation rekonstruierbar ist. Anschließend sollen mit Hilfe neuerer Studien und Daten sowie durch

Gastvorträge lokaler Experten aus Wissenschaft und Planung die sozialräumlichen Entwicklungstendenzen der neunziger Jahre mit besonderer Berücksichtigung von selektiven Migrationsprozessen, Gewerbe- und Wohnsuburbanisierung, ethnischer Segregation, Aufwertungsprozessen (Gentrification) und der Entstehung problematischer Wohnquartiere rekonstruiert und diese mit der Entwicklung anderer tschechischer Städte verglichen werden.

Aus diesem Überblickswissen sollen Fragen hinsichtlich der Prozesse auf Quartiersebene abgeleitet und diese an Fallbeispielen durch intensive Begehungen, Expertengespräche und standardisierte Befragungen überprüft werden.

Die Kartierung und visuelle Analyse der Wohnquartiere bildet die Basis beider Untersuchungen. Die im Seminarverlauf generierten stadtoökologischen und stadtsoziologischen Daten können nach ihrer elektronischen Aufarbeitung den Leipziger und Brünner Projektpartnern sowie den Kommunen zur Verfügung gestellt und so unter verschiedenen Fragestellungen ausgewertet und fortgeschrieben werden. Auf der Basis der durch das Seminar gewonnenen Erkenntnisse und Kontakte läßt sich über gemeinsame, fachübergreifende Folgeprojekte zu Fragen der komparativen Umwelt- und Transformationsforschung entscheiden. Die Seminare können im Fortgang der Kooperation zum festen Bestandteil des Studienganges Geographie implementiert werden, ein Austausch von Leipziger und Brünner Kollegen bzw. Studenten zu Workshops oder Fachvorträgen ließe sich etablieren.

Für die weitere Zukunft ist denkbar, einen gemeinsamen Datenpool über Stadtentwicklungsprozesse in Transformationsländern zu erstellen, welcher im Internet abrufbar ist und eine Quelle für Wissenschaftler, Planer und Investoren sein kann.

Der hier vorgestellte Forschungsansatz versucht die disziplinenübergreifende Bewältigung einer transformationsbezogenen Fragestellung an einem ausgewählten Fallbeispiel in Ostmitteleuropa, in dem er ökologische und soziologische Ansätze und Methoden benutzt sowie theoretische und praktische Elemente in einem pilotartigen Forschungsdesign miteinander verbindet. Am konkreten Untersuchungsobjekt sollen Möglichkeiten und Grenzen solcher interdisziplinärer Transformationsforschungen verdeutlicht werden.

Annett Steinführer

Wohnstandortentscheidungen und Umweltqualität. Eine Untersuchung städtischer Transformationsprozesse am Beispiel von Leipzig und Brünn (Brno)

In einem kurzen Überblicksaufsatz zu wünschenswerten Untersuchungen der soziologischen Osteuropaforschung nannte Anton Sterbling 1998 nach bzw. neben der stark modernisierungstheoretisch geprägten Debatte Sozialstrukturanalysen, kultur- und wissenssoziologische Arbeiten, Untersuchungen zu (inter-)ethnischen Fragen, Institutionen- und Elitenforschung, wirtschaftssoziologische Analysen sowie Arbeiten zur Land- und Agrarsoziologie.¹ Vor allem die letztgenannte Einschränkung muß verwundern, handelt es sich doch bei den ostmittel- und osteuropäischen Ländern zugleich um (wenn auch in unterschiedlichem Maße) industrialisierte und urbanisierte Gesellschaften. Ihre sozialstrukturellen Umbrüche verlaufen am deutlichsten und rasantesten in den Städten – der Beschreibung und Erklärung dieser Differenzierungsprozesse, die gleichermaßen soziale und räumliche sind, kommt daher eine ebenso große Bedeutung zu wie den Untersuchungen der genannten Teildisziplinen. Auch die Stadtsoziologie kann und muß also mit ihrem methodischen und theoretischen Instrumentarium zur sozialwissenschaftlichen Analyse der Transformationsprozesse beitragen und das nicht zuletzt aus dem Grund, daß die allgemein-soziologische wie auch die transformationsbezogene Ungleichheitsforschung noch immer räumliche Aspekte der sozialen Sortierung, Integration und Marginalisierung kaum in den Blick nimmt, und wenn, dann meist aus einer Makroperspektive (z.B. unter der Fragestellung regionaler Disparitäten).²

Sozialräumliche Differenzierung und Transformation

Einer der zentralen und gesellschaftlich brisantesten Teilprozesse der Transformation in Ostmittel- und Osteuropa ist die Herausbildung neuer sozialer Ungleichheitsstrukturen oder, wie es Harth u.a. nennen, die "Entfesselung der Sozialstruktur".³ Aus stadtsoziologischer Sicht steht in diesem Zusammenhang zwangsläufig die Frage nach der Raumwirksamkeit dieser Differenzierungsprozesse, d.h. nach dem Ausmaß sozialräumlicher Ungleichheit, die in der Tradition dieser Teilsoziologie mit dem Konzept der Segregation erfaßt wird. Segregation heißt die zu einem bestimmten Zeitpunkt ermittelte Ungleichverteilung von Bevölkerungsgruppen in einer räumlichen Bezugseinheit (Stadt, Stadtteil, Quartier, Haus), bezogen meist auf den Wohnstandort (residentielle Segregation), wobei sich diese Verteilungen entlang vertikaler und horizontaler Dimensionen ausprägen (z.B. Einkommen, Qualifikation und berufliche Stellung im Gegensatz zu Alter, ethnischer Zugehörigkeit, Lebensform und Geschlecht). Aber der Raum hat keine reine Abbildfunktion: Räumliche

¹ Anton Sterbling: Schwerpunkte und Desiderata der soziologischen Osteuropaforschung, in: Newsletter Sozialwissenschaften – Osteuropa, Sept. 1998, S. 25-29, hier S. 25.

² Zur (weitgehend die Kategorie des Raumes ausblendenden) Ungleichheitsforschung für Ostdeutschland und Tschechien vgl.: Richard Hauser u.a.: Ungleichheit und Sozialpolitik, Opladen 1996; Pavel Machonin u.a.: Česká společnost v transformaci. K proměnám sociální struktury, Praha 1996; Zpráva o vývoji české společnosti 1989-1998, hrsg. von Jiří Večerník, Praha 1998.

³ Annette Harth u.a.: Segregation in ostdeutschen Großstädten. Eine empirische Studie. Opladen 1998, passim.

Sortierungen der Bevölkerung spiegeln nicht nur soziale Ungleichheit wider, sondern Segregation selbst ist eine Dimension von Ungleichheit, läßt sich doch der sozial ungleiche Zugang zu Wohnraum und die unterschiedliche bauliche, ökologische und infrastrukturelle Ausstattung von Wohnstandorten auch als eine Form ungleicher Lebenschancen verstehen.⁴

Über das Ausmaß an Segregation in den ostmitteleuropäischen Städten vor 1990 gibt es in der Forschung noch keinen Konsens – die pauschale Feststellung allerdings, es habe diese in den Städten des Realsozialismus nicht gegeben, kann mittlerweile in das Reich alltags-theoretischer Mythen verwiesen werden.⁵ Dennoch ist festzuhalten, daß die sozialistische Stadt im Vergleich zu ihren westeuropäischen oder gar nordamerikanischen Pendanten auf der Ebene der Stadtteile und Quartiere sozial gemischt(er) war, auch wenn es aufgrund einer gewissen Persistenz von Vorkriegsstrukturen und bestimmter Zuweisungsmuster gerade in neu erbaute Wohngebiete andere Mechanismen zur Entstehung sozialräumlicher Ungleichheit (vor allem in Form von Alterssegregation und damit zusammenhängend als Segregation nach dem Bildungsstand) gegeben hat.⁶

Mit der sozialen Ungleichheit nehmen seit dem Beginn der Transformation auch die Qualität und das Ausmaß sozialräumlicher Differenzierung zu. Der Zusammenhang beider Prozesse ist jedoch – entgegen manch anders lautender Vorhersagen – nicht linear. Etwa zehn Jahre nach dem Einsetzen der neuen sozialen Mobilität hat sich die relative Trägheit räumlicher Strukturen erwiesen. Dennoch haben selektive Migration (und in ihrer Folge soziale Entmischungsercheinungen) in den ostdeutschen und ostmitteleuropäischen Städten in Form von Wohnsuburbanisierung (Verlagerung von Wohnstandorten in das Stadtumland), Gentrification (Aufwertung innerstädtischer, meist baulich repräsentativer Quartiere) und Verdrängung von Einwohnergruppen aus zentral gelegenen Gebieten durch Gewerbe- und Büronutzung oder aber durch kapitalstärkere Bewohnerschichten bereits eingesetzt.⁷ Es wird darüber hinaus erwartet, daß die Dynamik und Stärke dieser Prozesse in den kommenden Jahren zunimmt.

⁴ Vgl. Jens S. Dangschat: Sag "mir, wo Du wohnst, und ich sag" Dir, wer Du bist! Zum aktuellen Stand der deutschen Segregationsforschung. In: PROKLA 27 (1997), S. 619-647, hier S. 622 und 643.

⁵ Vgl. z.B. Hartmut Häußermann: Von der Stadt im Sozialismus zur Stadt im Kapitalismus, in: Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Soziale und räumliche Tendenzen, hrsg. von Hartmut Häußermann und Rainer Neef, Opladen 1996, S. 5-47, hier S. 17-20; Dieter Rink: Zur Segregation in ostdeutschen Großstädten, in: Sigrun Kabisch u.a.: Sozialatlas der Stadt Leipzig, Leipzig 1997, S. 26-46, hier S. 26-37.

⁶ Auf die Vielfalt länderspezifischer Ausprägungen, mit denen sich Studien zu "der" Stadt im Sozialismus konfrontiert sehen und die den Wert allzu generalisierender Aussagen stark in Frage stellen, sei hier nur hingewiesen. Vgl. z.B. Hartmut Häußermann: Von der Stadt im Sozialismus zur Stadt im Kapitalismus, in: Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Soziale und räumliche Tendenzen, hrsg. von Hartmut Häußermann und Rainer Neef, Opladen 1996, S. 5-47.

⁷ Vgl. zu Ostmitteleuropa detaillierter die Studien in: Social changes and urban restructuring in Central Europe, hrsg. von György Enyedi, Budapest 1998; Prozesse und Perspektiven der Stadtentwicklung in Ostmitteleuropa, hrsg. von Zoltán Kovács und Reinhard Wießner, Passau 1997; speziell zu Ostdeutschland: Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Soziale und räumliche Tendenzen, hrsg. von Hartmut Häußermann und Rainer Neef, Opladen 1996; Städtische Strukturen im Wandel, hrsg. von Uta Schäfer, Opladen 1997; für Tschechien: Luděk Sýkora: Processes of socio-spatial differentiation in post-communist Prague, in: Housing Studies 14 (1999), S. 679-701.

Als die stadtsoziologisch am besten erforschte Transformationsgesellschaft kann die ostdeutsche gelten, die freilich aufgrund des mit der deutschen Vereinigung verbundenen Institutionen- und Finanztransfers einen Sonderfall darstellt. Zwar sind in den Städten Entmischungs- und Abwertungstendenzen (vor allem in den DDR-Neubaugebieten der siebziger und achtziger Jahre) ebenso wie eine starke Suburbanisierung sowie Aufwertungsprozesse innerstädtischer Wohngebiete zu verzeichnen,⁸ doch wird in den ersten Segregationsstudien immer wieder auf den bislang ausgebliebenen radikalen Bruch mit DDR-typischen Sortierungsmustern hingewiesen. Zugleich aber relativieren z.B. Harth u. a. das Ergebnis ihrer Arbeit, die auf Erhebungen von 1995/96 beruht: "Das vor dem Hintergrund des kurz nach der Wende erwarteten rasanten sozialräumlichen Umschichtungsprozesses recht unspektakuläre Ergebnis des derzeitigen Zustandes relativ starker sozialer Mischung ... gewinnt aber im historischen Vergleich einen besonderen Stellenwert: So handelt es sich bei unseren Befunden um eine Momentaufnahme in einem anscheinend sehr dynamisch verlaufenden Segregationsprozeß nach der Wende."⁹

Die wenigen Arbeiten zum Stand der sozialräumlichen Differenzierung in den tschechischen Städten kommen zu ähnlichen Ergebnissen – der sozioökonomische Status habe zwar als Einflußfaktor auf räumliche Verteilungsmuster in seiner Bedeutung zugenommen, dennoch verlaufe die sozialräumliche Differenzierung im Vergleich zum Tempo der sozialen Mobilität deutlich verlangsamt und weniger stark.¹⁰ Als wichtigste raumverändernde Prozesse werden die Kommerzialisierung der Stadtzentren, die Gewerbe- und Wohnsuburbanisierung, bauliche und soziale Aufwertungsprozesse neben dem Verfall innerstädtischer Viertel sowie die beginnende Differenzierung der Großwohnsiedlungen benannt.¹¹

Läßt sich aus der Literatur demnach für die ersten Jahre der Transformation ein ähnlicher Entwicklungsweg für Ostdeutschland und Tschechien vermuten, so haben sich die Rahmenbedingungen vor allem des Wohnungsmarktes seit etwa 1996/97 rasant auseinanderentwickelt, was einen Vergleich zwischen beiden Transformationspfaden um so interessanter macht. Ist die tschechische Situation weiterhin von einem starken Nachfrageüberhang und gravierenden Steigerungen der Wohnkosten geprägt, so sind in Ostdeutschland zehntausende sanierte und unsanierte Wohnungen nicht bewohnt. Die sozialstrukturellen, makroökonomischen, demographischen und angebotsseitigen Gründe dafür sollen hier nicht weiter verfolgt werden, wichtig ist aber, daß leerstehende Wohnungen mittel- und langfristig zum Straßenbild ostdeutscher Städte gehören werden und schon aus diesem Grund eine einfache modernisierungstheoretische Annahme, es handele sich bei der Stadtentwicklung Ostdeutschlands um ein "Aufholen" in Richtung westdeutscher und westeuropäischer Muster,

⁸ Vgl. Annette Harth u.a.: Segregation in ostdeutschen Großstädten. Eine empirische Studie. Opladen 1998; für Leipzig: Sigrun Kabisch u.a.: Sozialatlas der Stadt Leipzig, Leipzig 1997.

⁹ Annette Harth u.a.: Segregation in ostdeutschen Großstädten. Eine empirische Studie. Opladen 1998, S. 116.

¹⁰ Vgl. Luděk Sýkora: Processes of socio-spatial differentiation in post-communist Prague, in: Housing Studies 14 (1999), S. 679-701.

¹¹ Vgl. Luděk Sýkora u.a.: Changes in the spatial structure of Prague and Brno in the 1990s, in: Acta Universitatis Carolinae Geographica 2000 [im Erscheinen].

nicht aufrechterhalten werden kann. Über die Auswirkungen des Wohnungsleerstandes, der zum Teil 20-30% des Bestandes ausmacht, gibt es zum gegenwärtigen Zeitpunkt mehr Spekulationen als gesichertes Wissen. Denkbar ist, daß die schrumpfende Stadt und die wachsenden Möglichkeiten einer präferenzbestimmten Wohnungsversorgung für die Mittel- und Oberschichten aufgrund des "entspannten" Marktes sozialstrukturelle Homogenisierungen der Stadtgebiete (d.h. residentielle Segregation) verstärkt und sich die Lebenssituation in den verlassenen Quartieren verschlechtert – Marginalisierungs- und Polarisierungstendenzen im Stadtraum würden demnach ebenso zunehmen wie sich für viele die Wohnqualität weiter verbessert.

Welche Auswirkungen diese beiden unterschiedlichen Rahmenbedingungen auf der Makroebene für die Städte, die Wohnquartiere und das Handeln der Stadtbewohner haben, ist eine erkenntnisleitende Fragestellung für die Dissertation. Das zugrundeliegende Akteursmodell soll im folgenden kurz skizziert werden.

Wohnstandortentscheidungen und Umweltqualität – ein akteurstheoretischer Zugang zur Untersuchung sozialräumlicher Differenzierungen

Soziale Stadtstrukturen sind das Ergebnis zahlreicher interdependenter Einzelentscheidungen städtischer Akteure. Dabei gehört die Wohnstandortwahl der Stadtbewohner zu den wichtigsten raumstrukturierenden Handlungen.

In Anlehnung an das Constrained-Choice-Modell wird Handeln dabei als zweistufiger Prozeß definiert, in dem zwei Filter wirken: der Restriktionsfilter (alle denkbaren Handlungsalternativen werden auf die subjektiv als durchführbar bewerteten reduziert) und der Präferenzfilter (aus der verbleibenden Teilmenge wird eine zufriedenstellende Handlungsalternative gewählt).¹² Wohnstandortentscheidung wird dann verstanden als individueller Entschluß über einen subjektiv angemessenen Wohnstandort, die von Wohnpräferenzen sowie von strukturellen Restriktionen und deren Wahrnehmung beeinflusst wird.

Entscheidungen über den Verbleib an einem Wohnstandort oder sein Verlassen werden immer dann aktuell, wenn es eine Diskrepanz zwischen den Wohnansprüchen und der Realität gibt. Dafür können haushaltsinterne oder -externe Faktoren ausschlaggebend sein (z.B. die Veränderung der Haushaltsgröße oder eine wahrgenommene Verschlechterung des Wohnumfeldes). Solche Diskrepanzen treten im Lebensverlauf mehr oder weniger häufig auf, die darauf erfolgenden Reaktionen sind jedoch sehr vielfältig. Die geographische und soziologische Stadtforschung konzentriert sich traditionell auf die Handlungsalternative Mobilität ("Abstimmung mit den Füßen"), doch ist deren Unterlassen (Bleiben im Sinne selektiver Immobilität aufgrund struktureller oder individueller Restriktionen) für die Entwicklung städtischer Teilgebiete nicht weniger bedeutsam.

¹² Vgl. Peter Franz: Der "Constrained Choice"-Ansatz als gemeinsamer Nenner individualistischer Ansätze in der Soziologie. Ein Vorschlag zur theoretischen Integration, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 38 (1986), S. 32-54, hier S. 38-40.

Durch die Wahl ihres Wohnstandortes eignen sich Stadtbewohner somit die sozial, baulich, ökologisch, infrastrukturell und symbolisch unterschiedlichen Teilräume der Städte an und tragen zur sozialräumlichen Differenzierung bei. Ökologische Stadtstrukturen ("Umweltqualität") spielen in diesen Prozeß hinein, denn Wohnstandortentscheidungen sind auch Lageentscheidungen und Umwelt ist ein knappes großstädtisches Gut. Gerade mit der Befriedigung elementarer Wohnwünsche (eine eigene Wohnung, eine sanierte Wohnung) ist zu erwarten, daß die Bedeutung der Umweltqualität von Wohnstandorten (d.h. ihrer Grünausstattung, der Lärmbelastung, der Lage im Stadtraum, aber auch z.B. des Zustands der gebauten Umwelt) steigt und Umweltqualität damit ein wichtiger differenzierender Faktor für Segregation wird. Über diesen Zusammenhang zwischen den sozialen und den ökologischen Dimensionen von Segregationsprozessen gibt es bislang kaum gesicherte theoretische und empirische Erkenntnisse (für den Entwurf eines interdisziplinären Forschungsdesigns vgl. den Beitrag von D. Haase und A. Steinführer in diesem Band).

Für die empirische Analyse dieser zwei zentralen Fragestellungen (sozialräumliche Differenzierung und die Bedeutung der Umweltqualität in diesem Prozeß) wurden die ostdeutsche Großstadt Leipzig und die tschechische Regionalmetropole Brünn (Brno) ausgewählt. Dieser Vergleich läßt sich mit der ähnlichen Stellung der beiden Großstädte in den Städtesystemen ihrer Länder begründen: Für die (Teil-)Gesellschaften der DDR bzw. Ostdeutschlands und der Tschechischen Republik (als Teil des Staatsverbandes der ČSSR) bzw. des heutigen Tschechiens waren und sind beide Städte die bevölkerungsreichsten nach den Hauptstädten und besaßen bis Ende der 80er Jahre eine vergleichbare wirtschaftliche Bedeutung für ihre Länder. Des weiteren ist auf die ähnliche Größe hinzuweisen: Leipzig hat nach den Eingemeindungen Anfang 1998 wieder knapp 500.000 (zuvor etwa 440.000 Einwohner), in Brünn leben derzeit etwa 400.000 Menschen. Historisch handelt es sich um zwei alte Industrie- und Handelsstädte von überregionaler Bedeutung, die diese Funktion bis zum Ende der 80er Jahre beibehielten und seit Beginn der 90er Jahre den Übergang sowohl in die Marktwirtschaft als auch in die sich globalisierende Dienstleistungswelt bewältigen müssen. Schließlich sind beide bedeutende Universitätsstädte.

In beiden Untersuchungsstädten soll mit Hilfe gesamtstädtischer Daten, Expertengesprächen sowie quantitativen und qualitativen Bewohnerbefragungen in ausgewählten Quartieren die Veränderung und das Ausmaß sozialräumlicher Differenzierung, deren Wahrnehmung und Korrelation mit der Umweltqualität von Wohnstandorten beschrieben und erklärt werden. Damit will die Dissertation zugleich einen empirisch fundierten Beitrag zur komparativen Transformationsforschung leisten, hat diese doch der räumlich-konkreten Ebene (abseits der Hauptstädte) bislang nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Post-Kommunismus und Nationalität

Daniel Kraft

Zwischen Habsburg, Husák und Havel

Postkommunistische Denk- und Aktionsformen in der Tschechischen Republik

"Herrschaft soll heißen die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden."¹ Max Webers klassische Definition betont die Reziprozität von Herrschaftsbeziehungen. Eine wirklich dauerhafte Herrschaft benötigt einen Glauben an ihre Legitimität. Für die jungen Demokratien der osteuropäischen Transformationsstaaten heißt dies, nur wenn es gelingt, einen "positiven Legitimitätsglauben" an das demokratische System zu wecken, dann sind sie wirklich stabil.² "Positiver Legitimitätsglaube" soll dabei nicht nur als bloße Akzeptanz verstanden werden, sondern betont die gesamte menschliche "Innenseite" der demokratischen Institutionen. Ein solcher Zugriff richtet den Blick von der Einrichtung der harten institutionellen und organisatorischen Fakten auf die "weichen Faktoren", interessiert sich für Einstellungsmuster, Verhaltensformen, Werte, Kultur und Lebenswelt der Menschen, für das mentale, zivilisatorische und psychosoziale Gewebe einer Gesellschaft. In diesem Sinne soll hier gefragt werden: Wie haben fast 50 Jahre Diktatur das Denken, Handeln und Fühlen der Tschechen beeinflusst, und welche Rolle spielt diese Beeinflussung bis heute?

Unter dem Eis

Die Tschechen hatten seit 1948 eines der geistesfeindlichsten und rigidesten kommunistischen Systeme Osteuropas erlitten. Die kurze Liberalisierungsphase des "Prager Frühlings" wurde durch die Intervention der Warschauer Pakt Staaten gewaltsam beendet. Die 70er und 80er Jahre, offiziell mit dem Euphemismus "Normalisierung" etikettiert, stellten sich als faktische Restalinisierung der Gesellschaft dar. Timothy Garton Ash vergleicht die Tschechoslowakei in dieser Epoche totalitärer Kontrolle "mit einem See, der ständig von einer dicken Eisschicht bedeckt ist".³ Es gab nur wenige oppositionelle Kräfte, die sich vor allem im Kreis um die sog. Charta 77 formierten, allerdings kaum Einfluß auf breitere Bevölkerungsschichten erlangen konnten. Während die "zweite Kultur" der Dissidenten in ihrer moralischen Integrität kaum tangiert werden konnte, so prägte das kommunistische System große Teile der Bevölkerung grundlegend. Der tschechische Soziologe Jindřich Fibich

¹ Max Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundrisse der verstehenden Soziologie*, hrsg. von Johannes Winckelmann, Tübingen 1980, S. 28.

² Vgl. zum Begriff des Legitimitätsglaubens als "Schlüsselkategorie" der demokratischen Konsolidierung: Wolfgang Merkel: *Struktur oder Akteur, System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung?*, in: Ders. (Hrsg.): *Systemwechsel 1: Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung*, Opladen 1994, S. 303-332, hier S. 312.

³ Timothy Garton Ash: *Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas*. München/Wien 1990, S. 63.

geht davon aus, daß in dieser Zeit eine "psychische kommunistische Infrastruktur"⁴ mit speziell tschechischer Färbung entstanden ist, die er in Anlehnung an eine in der Exilzeitschrift "Svědectví" (Zeugenaussage) geführte Diskussion in den folgenden Denk- und Verhaltensweisen sieht: in der "Kollaboranten-Ängstlichkeit und Nachgiebigkeit gegenüber der Macht", in "lakaienhaftem Mißbrauch der Macht" und dem "künstlichen Suchen nach Feindbildern", dem "Verschleiern moralischer Schwächen durch ideologische Heuchelei und mafiöser Komplizenschaft", dem "Anwachsen des privaten Karrierismus und Isolationismus", dem "Hinüberwachsen nationaler und moralischer Resignation in eine Abkehr von nationalen und traditionellen Werten", der "Maskierung und Entschuldigung persönlichen Fehlverhaltens mit pragmatischer Zweckmäßigkeit" sowie in "lügenhaften Fiktionen und Heucheleien."⁵

Was die Svědectví-Dissidenten nicht bedachten, ist, daß es weniger ihre Ideen von "Zivilgesellschaft" und "Leben in Wahrheit" waren, aber auch nur bedingt der westliche Liberalismus, sondern gerade diese "psychische kommunistische Infrastruktur" nationaler Provenienz, die wie mit einem Bumerangeffekt den tschechoslowakischen Realsozialismus zum Einsturz brachte.

Die Nachwehen des Kommunismus

Allerdings hört dieses mentale Erbe mit dem Ende des Kommunismus nicht auf zu existieren. Die jahrelange Prägung des Bewußtseins der Gesellschaft durch eine spezifische Struktur von Werten und Verhaltensmodellen hat dazu geführt, daß die Gesellschaft diese Struktur angenommen hat und nach der Ablösung der offiziellen Doktrin die Menschen nicht imstande sind, sofort eine neue Struktur anzunehmen und sich einzuverleiben, eine Struktur nämlich, die den elementaren Prinzipien der bürgerlichen Gesellschaft und Demokratie entsprechen würde.⁶ So entsteht eine Kluft zwischen formal neuen Strukturen in Institutionen und einer im Grunde unveränderten "mentalen und persönlichen Infrastruktur."⁷ In diesem Sinne diagnostiziert Jindřich Fibich eine "postkommunistischen Mentalität"⁸ und Václav Havel spricht von dem "postkommunistischen Gemüt" der Tschechen.⁹

Bei dieser Beschreibung, die grundsätzlich geteilt wird, gilt es eine gewisse Vorsicht in der Begrifflichkeit zu wahren. Bezeichnungen wie "postkommunistische Mentalität" oder "postkommunistisches Gemüt", oder gar die Behauptung "zivilisatorischer Inkompetenz"¹⁰, resp. die These, die Menschen im Osten stünden in einer "anderen Tradition der Sozialisation,

⁴ Jindřich Fibich: Grundlagen der politischen Kultur in der postsozialistischen Tschechoslowakei, in: Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch, hrsg. von Gerd Meyer, Tübingen/Basel 1993, S. 81-88, hier S. 82.

⁵ Die Diskussion kann anhand der Ausgaben 47/1974 und 78/1986 nachvollzogen werden.

⁶ Vgl. Václav Havel: Moral in Zeiten der Globalisierung, Hamburg 1998, S. 35.

⁷ Jindřich Fibich: Postkomunistická mentalita, in: Mezinárodní vztahy 1/1995, S. 70-76, hier S. 73.

⁸ Ebd.

⁹ Václav Havel: Der Fall des Eisernen Vorhangs und das postkommunistische Gemüt. Ansprache anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der TU Dresden, in: Frankfurter Rundschau, 9. November 1995.

¹⁰ Piotr Sztompka: The Trap of Post-Communist Societies, in: Zeitschrift für Soziologie 2/1993, S. 85-95.

Lebensführung und Aufklärung"¹¹, erfassen das Phänomen nur bedingt, da sie eine zu monolithische Vorstellung von Gesellschaft suggerieren.

Neben den negativen Aspekten der kommunistischen Infrastruktur entwickelten sich während der kommunistischen Zeit durchaus auch emanzipatorische Denk- und Verhaltensformen bzw. blieben diese bestehen. Das massive Auftreten von politischen Witzen, in denen das System verlacht wurde, kann als Ausdruck einer nonkonformen Geisteshaltung gewertet werden; Witzkultur war ein Teil von Gegenkultur.¹² Weitere Aspekte solcher abweichenden Verhaltensweisen lassen sich im Rückblick auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen nachweisen.¹³

Daneben ist die Bedeutung historisch gewachsener "Kulturmuster" nicht zu unterschätzen.¹⁴ Gerade das Gebiet der heutigen Tschechischen Republik verfügt über eine lange westlich orientierte politische, wirtschaftliche, kulturelle, soziale und institutionelle Tradition. "Die Tschechen fühlen sich zu Recht als alte europäische Kulturnation"¹⁵, sie sind stolz auf ihre Zwischenkriegsdemokratie, und in diesem Sinne wirkt "the invisible hand of Habsburg"¹⁶ bis heute und trägt dazu bei, daß westliche und demokratische Einstellungsmuster bei der Bevölkerung erinnert werden. So gesehen ist nicht davon auszugehen, daß die mehr als 40 Jahre Diktatur gereicht haben, die Tschechen vom westlichen Entwicklungspfad abzudrängen.¹⁷

Die Betonung kommunistischer Residuen im Denken und Handeln vieler Menschen soll somit nicht überstrapaziert werden. Der kommunistische Staat hat nicht alles Denken und Handeln deformiert. Die kommunistische Manipulation war aber auch keine bloße Oberflächenerscheinung. Es scheint daher sinnvoller von "postkommunistischen Denk- und Aktionsformen" zu sprechen. Denken und Handeln hat eine bestimmte, noch von der kommunistischen Zeit beeinflusste Form, die bestimmten demokratischen Denk- und Aktionsformen gegenübersteht und die häufig aber nicht ubiquitär in der Tschechischen Republik anzutreffen ist. Mit dieser Bezeichnung soll zugleich die bestehende gesellschaftliche Differenzierung erfaßt und eine mögliche Wandelbarkeit angedeutet werden.

¹¹ Thomas Roethe: Arbeiten wie bei Honecker, leben wie bei Kohl. Ein Plädoyer für das Ende der Schonfrist, Frankfurt a.M. 1999, S. 142.

¹² Vgl. u.a.: Wolf Oschlies: Blick zurück unter Lachtränen [im Erscheinen].

¹³ Vgl. diesbezüglich das Forschungsprojekt des Collegium Carolinum: Tschechoslowakische Sozialgeschichte 1948-1989: Industriearbeiterschaft und Genossenschaftsbauern, siehe <http://www.collegium-carolinum.de>.

¹⁴ Vgl. Holm Sundhausen: Die "Transformation" Osteuropas in historischer Perspektive oder: Wie groß ist der Handlungsspielraum einer Gesellschaft, in: Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs, hrsg. von Frank Bönker u.a., Opladen 1995, S. 77-92, hier S. 80.

¹⁵ Wolf Oschlies: Tschechien heute. Die Tschechen – Mentalität und Kultur, in: Wochenschau 5/1997, S. 226-230, hier S. 226.

¹⁶ The Economist: The ex-communist east: flickers of economic light, in: The Economist, 5.-11.9.1998, S. 25-27, hier S. 27.

¹⁷ Vgl. diesbezüglich: Der Tschechische Weg. Transformation einer Industriegesellschaft (1918-1998), hrsg. von Dirk Tänzler, Frankfurt/New York 1999.

Eine erste Differenzierung und Konkretisierung dieser Denk- und Aktionsformen läßt sich durch eine Beschreibung der politischen Kultur der tschechischen Eliten erfassen. Die Stilisierung der Sozialdemokratie zum Bösen schlechthin durch Václav Klaus, die unzähligen Parteispendenaffären und Begünstigungen bei der Privatisierung, die Ämterpatronage, das Eliminieren von politischen Gegnern, die persönlichen Feindschaften zwischen einzelnen Politikern, die Absetzung des "kalten Deutschen" Gerd Albrecht als Chefdirigent der tschechischen Philharmonie, die aggressive neoliberale Rhetorik von einer "Marktwirtschaft ohne Adjektive", die Verschwörungstheorie Miloš Zemans, der immer wieder mit seinem "Geheimkoffer" drohte, die verzögerte Privatisierung und Liberalisierung wichtiger wirtschaftlicher Bereiche, die Forderung nach sozialer Sicherheit als Vorwand für die Kontinuität kommunistischer Strukturen und nicht zuletzt die erfolgreiche Demagogie der Führer radikaler Parteien, diese Sammlung "absichtsvoll gepflegter"¹⁸ vom Kommunismus geerbter Phänomene zeichnet größtenteils die Handlungen der politischen Eliten aus.¹⁹ Fibich kommt in diesem Sinne zur Behauptung von einer tschechischen "Pseudo- oder Lavierungsdemokratie".²⁰ Von diesen postkommunistischen Denk- und Aktionsformen der tschechischen Politelite hat sich wiederholt Staatspräsident Havel abgehoben. Er kritisiert die Regierungszeit des ehemaligen Premiers Klaus als einen Zustand, in dem "Moral, Anstand, Demut, Rücksicht auf jene, die nach uns kommen, Achtung vor dem Recht und der Kultur zwischenmenschlicher Beziehungen [...] in die verlachte Sphäre des Überbaus verfrachtet wurde".²¹ Seine inzwischen über 10 Jahre währende Amtszeit zeigt, daß politisches Denken und Handeln auch entsprechend dieser Werte möglich ist.

Große Teile der Bevölkerung, die die politische Kultur ihrer politischen Eliten durchaus kritisch sehen – Spitzenpolitiker haben in den Augen von 78% der Bevölkerung eine schlechte oder sehr schlechte politische Kultur²² –, sind gleichfalls von postkommunistischen Denk- und Aktionsformen geprägt. Neben der immer negativer wahrgenommenen Entwicklung des Landes und der sinkenden Unterstützung für die Demokratie und ihre Institutionen, wächst die Nostalgie bezüglich des alten Regimes. Die Erinnerung an die "Eiszeit" scheint kaum noch lebendig, es zeigt sich ein deutlicher Trend zur Glorifizierung des Zustandes von vor 1989.²³ Es fehlt zudem an aktiver demokratischer Beteiligung, wohingegen man häufig in den alten Freund-Feind-Kategorien des Kommunismus Lösungen sucht. So werden die

¹⁸ Jindřich Fibich: Postkomunistická mentalita, in: Mezinárodní vztahy 1/1995, S. 70-76, hier S. 75.

¹⁹ Zur Politik in der ČR vgl. u.a.: Petr Fiala und František Mikš: Úvaha o české politické krizi, Brno 1998.

²⁰ Jindřich Fibich: Probleme der postkommunistischen Mentalität und politischen Kultur in der Tschechischen Republik, in: Der Donauraum. Zeitschrift des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa 4/1995, S. 7-11, hier S. 10.

²¹ In: Lidové noviny, 10. Dezember 1997, S. 11. Erst jüngst sprach Havel davon, daß in Tschechien ein "Mafia-Kapitalismus" wuchere, vgl. dazu: Peter Brod: Die Mafia umlagert den Hradschin, in: Süddeutsche Zeitung, 20./21. April 2000, S. 11.

²² Bericht des "Institut pro výzkum veřejného mínění" (IVVM) vom 26. März 1998.

²³ Diese Behauptungen lassen sich anhand von Umfrageergebnissen des IVVM nachvollziehen, siehe: <http://www.ivv.cz>, vgl. auch eine Untersuchung des Sociologický ústav Akademie věd ČR, die die vertikale Differenzierung solcher Einstellungsmuster verdeutlicht. Dazu: Dělní se mohou cítit "poraženou třídou", in: Lidové noviny, 7. April 2000, S. 4.

tschechischen Roma immer wieder zum Ziel fremdenfeindlicher Einstellungen, neben zahlreichen rassistischen Übergriffen ist der Anteil der Bevölkerung, der Ressentiments gegenüber dieser kleinen Minderheit hat, seit Jahren konstant hoch.²⁴

Schlußbetrachtung und Ausblick

Das kommunistische Erbe ist bis heute in den Köpfen und im Verhalten vieler Politiker und weiter Teile der Bevölkerung lebendig. Postkommunistische Denk- und Aktionsformen verhindern das Entstehen eines positiven Legitimitätsglaubens an die neuen demokratischen Strukturen. Somit wird die Entwicklung dieser "weichen Faktoren" zur Überlebensfrage der jungen Demokratie und ihre Beobachtung zu einer zentralen Aufgabe der politikwissenschaftlichen Osteuropaforschung. Allerdings sollten bei diesem Blick auf die postkommunistischen Gesellschaften ein paar Aspekte berücksichtigt werden:

Grundlegend scheint es wenig sinnvoll, pauschal von *der* "postkommunistischen Mentalität" zu sprechen. Vielmehr sollten die genauen Merkmale der postkommunistischen Denk- und Aktionsformen systematisiert und ihr Auftreten nach unterschiedlichen Aspekten (sozialen Gruppen, Generationen etc.) differenziert werden.

Ein solcher Blick sollte methodisch aufgeschlossen und interdisziplinär sein. In diesem Sinne gilt es, die verschiedensten Bereiche des menschlichen Lebens zu betrachten (z.B. Freizeit- und Konsumverhalten, Arbeitsprozeß, Familie, Sprachgebrauch etc.).

Schließlich müßten jene Bereiche lokalisiert, analysiert und beurteilt werden, die eine besondere Rolle bei der Vermittlung neuer, demokratischer Denk- und Aktionsformen spielen könnten (Schulen, Universitäten, Schulbücher, Betriebe, Medien etc.). Dabei ist es kein "Besserwessi"-Gehabe, wenn man auf eigene westliche Erfahrungen verweist.

²⁴ Vgl. u.a.: Pavel Říčan: S Romy žít budeme – jede o to jak: dějiny, současná situace, kořeny problémů, naděje společné budoucnosti, Praha 1998.

Ildikó Sülye

Auf dem Weg nach Europa mit einer neuen, aber doch alten nationalen Identität

Vor 1000 Jahre vollzog Stephan I. mit der Errichtung eines an karolingischen Vorbildern anknüpfenden Staatskirchentums, der Ausschaltung der heidnisch-stammesfürstlichen Opposition und dem Aufbau einer zentralistischen Königsherrschaft den Anschluß Ungarns an das abendländische Europa. Das Gebiet Pannoniens, das seit der Zeit der Völkerwanderungen aus dem Blutkreislauf Europas ausgeschaltet war, wurde zu einer Hauptschlagader dieses Erdteiles, durch die materielle Güter und geistige Strömungen fließen konnten. Ungarn wurde zum organischen Bestandteil Europas.

Nach so langer wechselvoller Geschichte stehen die Magjaren wieder vor einer "Landnahme". Sie sollen gemäß ihren historischen und gesellschaftlichen Werten eine entsprechende Rolle in der Reihe der demokratischen Staaten Europas und der Welt erobern, wo in der Tat nach der NATO-Mitgliedschaft¹ die "Teilnahme" in der Europäischen Gemeinschaft das Ziel ist. Der Verlauf des Systemwechsels nach 1989 und die damit verbundene radikale gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Umgestaltung haben der künstlichen und zwangsläufigen Trennung, die Ungarn 45 Jahre lang von der Hauptströmung der europäischen Entwicklung ferngehalten hat, ein Ende bereitet. Das dritte Mal seit 1990 soll eine Regierung für die bestmögliche Erfüllung der außenpolitischen Ziele² Ungarns sorgen, in dem unverändert auch die Nachbarschaftspolitik und auch die Minderheitenpolitik in Bezug zur Integrationspolitik steht.

Nun ist freilich die ungarische Gesellschaft in den letzten 100 Jahren mehr als einmal zermalmt, ihre nationale Identität getrübt und ihr bürgerlich-staatsbürgerliches Bewußtsein und ihre innere Würde noch nicht stark genug geworden. Kann die Heilige Krone eine entsprechende Rolle im Prozeß der Verstärkung des Identitätsbewußtseins haben?

Die Stephans-Krone steht im Zentrum der 1000-Jahr-Feiern der Ungarischen Staatlichkeit. Ein umstrittenes Nationalsymbol

Mit Beginn dieses Jahres nahm das ungarische Millennium seinen Anfang. Symbolisch eröffnet wurde es am 1. Januar mit einem Festakt im Parlament mit der anschließenden Überführung der Heiligen Krone aus dem Nationalmuseum ins Hohe Haus. "Die Heilige Krone ermöglichte damals schon den Eintritt Ungarns nach Europa", betonte Regierungschef Viktor Orbán. "Nur das allein genüge, die Heilige Krone nicht als ein Museumsgegenstand, sondern als ein Symbol des ungarischen Staates, einen Ausdruck der nationalen Einheit, zu

¹ Mitgliedschaft Ungarns auch im Europarat seit 6. November 1990; Beitrittsantrag in die Europäische Union: 1. April 1994; Mitgliedschaft in der OECD seit 1996 und in der NATO seit 12. März 1999.

² Diese außenpolitische Zielstruktur bezieht sich auf das aus national- und staatsbezogenem Interesse fortgesetzte außenpolitische Ziel ("ausländischer Dualismus") der József Antall-Regierung: 1) Integration 2) Nachbarschaftspolitik 3) Minderheitenpolitik.

sehen."³ Da nicht mit absoluter Sicherheit geklärt werden konnte, wann genau Staatsgründer Stephan I. gekrönt wurde⁴, sollen sich die offiziellen Gründungsfeierlichkeiten bis ins nächste Jahr hinein erstrecken und erst am 20. August 2001 ihr Ende finden.

Das noch am 21. Dezember 1999 mit der Regierungsmehrheit beschlossene Gesetz über die Heilige Krone⁵ führte zu recht heftigen Kontroversen zwischen der regierenden nationalkonservativen Koalition und der linksliberalen Opposition. Die Diskussion um diese Frage geht auf die sogenannte Lehre von der Heiligen Krone⁶ zurück.

Diese entstand im 15. Jahrhundert und wurde im 16. Jahrhundert im Sinne der Rechte des Adelstandes definiert: Dieser teilte sich, gemeinsam mit dem katholischen Klerus und dem König, als "Mitglieder der Krone", die Staatsmacht. Der Rest der Bevölkerung, also die leib-eigenen Knechte, gehörte nicht zur Krone. Die Befreiung der Knechte erfolgte in Ungarn erst mit der Revolution 1848-49, durch die auch die Habsburger entthront worden waren, jedoch hat diese republikanische Bürgerrevolution nicht die Republik ausgerufen. Nach dem Ausgleich mit Österreich von 1867 kam die Lehre der Krone wiederum gelegen, um dem dualistischen System, dem Vielvölkerstaat, einen Rahmen zu geben. Der zweiten gescheiterten Revolution von 1918 folgte das konterrevolutionäre System der Zwischenkriegszeit unter Admiral Horthy. Das Königreich Ungarn bestand formell weiter, obwohl der Thronfolger Karl VI. durch Horthys Truppen verjagt worden war. Der Admiral regierte auch im Namen der Krone und die während des 2. Weltkrieges erfolgte Rückübernahme mancher Gebiete, die 1920 infolge von Trianon an die Nachbarstaaten abgegeben werden mußten, wurde auch so interpretiert, daß diese "Länder der Krone" ihren rechtmäßigen Platz bekämen. Der Pfeilkreuzlerführer Szálasi, der im Herbst 1944 die Macht vom absprungbereiten Horthy an sich riß, legte den Schwur auf die Krone ab, aber ließ diese dann in den Westen schaffen. In den USA wurde sie aufbewahrt und erst 6.-7. Januar 1978 an das ungarische Volk zurückgegeben.

³ <http://www.meh.hu/kormanykormanyfo/2000/01/000101.htm>. Orbán Viktor miniszterelnök beszéde az Országgyűlés ünnepi ülésén.

⁴ Die Mehrzahl der Historiker nennt den 1. Januar 1000. Vgl. hierzu auch: A korona kilenc évszázada (9 Jahrhunderte der Krone – Historische Quellen über die ungarische Krone), Budapest 1979, S. 7. Es könnte z.B. auch am Weihnachtstag des Jahres 1000 sein, siehe: Holger Fischer (unter Mitarbeit von Konrad Gündisch): Eine kleine Geschichte Ungarns, Frankfurt 1999, S. 27.

⁵ Gesetz über die Erinnerung an die Staatsgründung durch den Heiligen Stephan und an die Heilige Krone [I. 2000 (1. Januar 2000)].

⁶ Vgl. Iván Bertényi: A magyar korona története (Die Geschichte der ungarischen Krone), Budapest, 1986, S. 149-175; Sándor Márai: Töredék a Szent Koronáról (Das Fragment über der Heiligen Krone), in: Magyar Nemzet, 24. Dezember 1999.

Bis in unserer Tage wird noch darüber gestritten, ob die jetzt erneut so "verehrte" Krone tatsächlich diejenige ist, mit der Stephan I. damals gekrönt wurde⁷.

Die Republik und die Krone

Untereinander konkurrierend, wollten die Parteien der Regierungskoalition, Bund der Jungdemokraten-Ungarische Bürgerpartei (Fidesz-MPP), die Unabhängige Partei der Kleinen Landwirte (FKGP) und das Ungarische Demokratische Forum (MDF), die Heilige Krone in die öffentlich-rechtliche Ordnung Ungarns hineinheben. Premierminister Viktor Orbán plante, die Krone mit einem, mit einfacher Mehrheit beschlossenen Gesetz, ins Parlament zu überführen. Die FKGP und das MDF haben schon bei der letzten Wahl 1998 versprochen, die "Lehre von der Heiligen Krone" zu rehabilitieren. In erster Linie will József Torgyán, der Präsident der Kleinlandwirtepartei, und Péter Boross, Expremierminister (MDF), sie als ideologische Begründung des neuen Staatssystems verwenden.

Parallel dazu hat das Justizministerium im September 1999 sogar einen Entwurf der Verfassungsänderung ausgearbeitet, in dessen Präambel mit 13 Sätzen der heldenhaften Kämpfe und der mehrmaligen "Wiedergeburt von Ungarn" gedacht und die Heilige Krone als Symbol der ungarischen Staatlichkeit genannt wurde. In der Präambel waren hingegen die universalen Werte der Verfassungsmäßigkeit (also Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit) ausgelassen worden, obwohl noch im Dezember 1996 laut der mit Einverständnis der vier Parteien beschlossenen Verfassungskonzeption die Präambel darauf explizit hinweisen sollte.

Dieser Entwurf zur Verfassungsänderung wurde allerdings bei der Mehrparteienabstimmung im Justizministerium abgewiesen.

Mit der Rehabilitierung der Heiligen Krone als Staatssymbol wäre die ungarische öffentlich-rechtliche Ordnung noch eklektischer, Ungarn hätte eine ungleiche Staatsform, wäre eine "ungarische royalistische Republik"?⁸ Die Initiative des Premierministers, die kultische Rolle der Heiligen Krone wiederherzustellen, zeigt eine deutliche Umwandlung in der Parteipolitik. Zu Beginn der 90er Jahre war es übrigens diese Partei, die neben anderen gegen die Einführung der Stephanskrone in das neue ungarische Landeswappen gestimmt hatte. Versteht sich die Fidesz – noch im Untergrund der Kádár-Diktatur als jugendliche Reformbewegung gegründet – auch heute noch als Reformträgerin?

Die Gemeinschaft des Systemwechsels betrachtete die Forderungen der Revolutionen von 1848 und 1956, als ihre eigenen. Die einflußreichen politischen Kräfte stimmten auch überein, daß eine Verfassung nötig sei, die die Werte der bürgerlichen Transformation

⁷ Die heutige heilige Krone ist eine spätere Arbeit. Sie geht angeblich auf eine von Papst Silvester II. dem König von Ungarn, Stephan I., dem Heiligen, im Jahr 1000 zugesandte Krone zurück und besteht aus der Corona graeca (Unterteil), der Corona latina (Oberteil), dem von dem Einband eines Evangeliars stammenden Bügel und einem auffallend schief stehenden Kreuz, das ursprünglich den Reichsapfel Stephan I. zierte. Die Stephanskrone dürfte 1074-1077 in Byzanz gearbeitet worden sein und erhielt ihr heutiges Aussehen bereits vor 1440. Siehe auch György Györffy: König Stephan der Heilige, Budapest, 1988, S. 195.

⁸ Endre Babus: A Szent Korona rehabilitása? Magyar királyi köztársaság (Die Heilige Krone rehabilitieren? Ungarische königliche Republik); *Heti Világgazdaság* 37/99, 18.9.1999, S. 107.

widerspiegeln könne. Durch die Modifizierung der Verfassung 1989-90 kann sie diesen Wünschen fast vollständig entsprechen. Demgemäß ist der mögliche Wirkungsbereich der Krone in der öffentlich-rechtlichen Ordnung schon "besetzt": Gemäß § 29. (1) Verfassung der Republik Ungarn heißt es:

"Das Staatsoberhaupt Ungarns ist der Präsident der Republik, er verkörpert die Einheit der Nation und wacht über die demokratische Funktionsweise des Staatswesens", und wobei das Parlament die sogenannte Repräsentationsfunktion hat.⁹

Man wollte nicht eine die Verfassung ersetzende Lehre der Heiligen Krone wiedererwecken, sondern gestaltete ein demokratisches System im Einklang mit der westlichen Entwicklung.

Die Opposition¹⁰ konnte die Überführung nicht verhindern, doch konnte das Gesetz über die Heilige Krone entsprechend den eigenen Wünschen wesentlich verändert werden. Aus dem ursprünglichen, von Fidesz vorgeschlagenen Gesetzentwurf wurden zwei wesentliche, besonders mißverständliche Formulierungen gestrichen. Die eine sagte aus, daß "die Heilige Krone auch heute noch die Einheit des ungarischen Staates symbolisiert", während die andere festhalten sollte, daß "dieses historische Symbol Beweis dafür ist, daß jeder Bürger des Staates einen Teil der Zentralmacht bildet". Auch die ursprüngliche Idee, daß der Staatspräsident der Republik den Eid auf die Krone ablegen sollte, wurde fallengelassen. Der Gedenkfeier blieben die meisten Abgeordneten der SZDSZ fern, um gegen die Verlegung der Krone zu protestieren. Ihre Meinung nach sei die Krone in erster Linie ein musealer Gegenstand der untergegangenen Monarchie und hätte von daher weiterhin im Nationalmuseum seinen besten Platz.¹¹ Fraktionsvorsitzender Bálint Magyar verließ seiner Befürchtung Ausdruck, daß die Überführung den Beginn eines Prozesses markiere, in dessen Verlauf die Krone und vor allem das, was mit ihr assoziiert werde, in Widerspruch zur Verfassung geraten könne.

Es geht nicht nur darum, daß eine Krone nicht das beste Symbol für eine Republik ist, sondern auch darum was man mit diesem Symbol verknüpft: sowie "lange" Staatlichkeit, europäische Zugehörigkeit. Der Einwand, daß es in jedem Volk gewisse Traditionen gibt, liegt auf der Hand. Wobei sich natürlich die Frage stellt, inwiefern traditionelle Gepflogenheiten einfach angenommen oder als allein seligmachende vertreten, oder aber mehr oder minder kritisch durchdacht werden. Dabei spielt die Heterogenität unseres Bewußtseins eine große Rolle.

Die Bewußtsein des ethnischen Eigenständigkeit durch die eigene Sprache und Kultur, hat die Geschichte des "Ungarntums" begründet. Bis zur kommunistischen Machtergreifung war die Heilige Krone Symbol der ungarischen Staatlichkeit und repräsentierte das Volk. Zwischen 1946 und 1956 erreichte dann das Identitätsbewußtsein seinen Tiefpunkt. Seit der Tragödie

⁹ In der Verfassung der Republik Ungarn gem. § 19. (1) steht: "Das höchste Organ der Staatsgewalt und der Volksvertretung der Republik Ungarn ist das Parlament."

¹⁰ Bund der Freien Demokraten (SZDSZ), Ungarische Sozialistische Partei (MSZP), Partei Ungarische Wahrheit und Leben (MIČP).

¹¹ Gábor Fodor: A Köztársaság és a korona (Die Republik und die Krone), in: Magyar Hírlap, 10. Januar 2000.

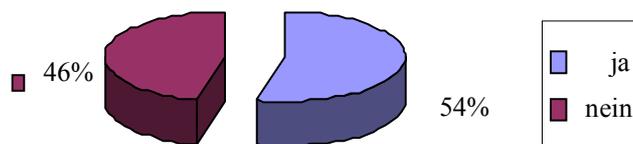
von 1956 konnte die Identität der Nation durch seinen Stolz erst langsam wieder aufgeweckt werden, und dieses Bewusstsein will sich jetzt, 10 Jahre nach der Wende durch eine symbolhafte Erhöhung in Form der Krone einigen und verstärken.

Wie denkt die ungarische Bevölkerung darüber?

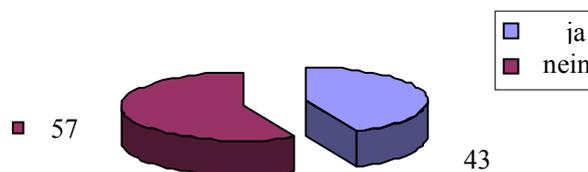
Nach einer vom Premierminister in Auftrag gegebenen Umfrage vom 22.-30. November 1999 finden 91% der Bevölkerung es wichtig, daß der Staat nationale Symbole hat. 56% der Bevölkerung sind der Meinung, daß die Krone, als Symbol der Nation (die Einheit der Nation symbolisierend) sehr wichtig ist, 32% nennen sie als wichtig. Was jedoch deren Aufbewahrung im Parlament betrifft, sind 71% der Fidesz-Anhängerschaft dafür, 46% dagegen (3), von den MSZP-Anhängern 43% dafür (2), 57% dagegen. Insgesamt (1) stimmen 54% dafür, 46% dagegen.

"Sind Sie mit der Entscheidung einverstanden, daß die Heilige Krone ins Parlament gebracht wird?"

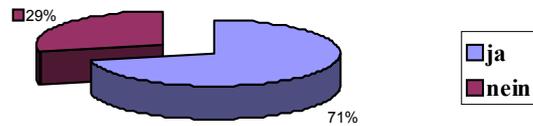
(1) Insgesamt



(2) Die MSZP Anhängerschaft



(3) Die Fidesz Anhängerschaft

*Schlußbemerkungen*

Die Identität als "Problem" macht sich erst in einer Übergangszeit bemerkbar, wenn es nämlich nötig wird, die Grundlagen und Werte, Strukturen, Funktionen und Ziele neu zu bedenken.

Könnte die Krone eine entsprechende Rolle im Prozeß der Verstärkung der nationalen Identifikation spielen, so ist es in diesem Fall gut, daß sie ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt ist. Andernfalls, wenn die kritische Auseinandersetzung mit dem Identifikationsobjekt als Ausgangspunkt die Spaltung noch vergrößert, dann sollte es tatsächlich lieber im Museum bleiben. Denn Menschen sind nicht auf einen einzigen "Wert" eingeschworen, beurteilen nicht alles und jedes im Sinne eines postulierten Superwertes, sondern achten die Vielfalt und die Relativität der Werte.

Guido Houben

Kulturpolitik und Ethnizität in Rußland

"Kultur" ist ein schillernder Begriff, der schon so manche Dehnung erfahren hat und heute häufig so gebraucht wird, daß er von "Gesellschaft" und "Zivilisation" nicht weit entfernt ist. Kulturpolitik bezieht sich dagegen meist nur auf einen Teilbereich dieses erweiterten Kulturbegriffs, nämlich auf Hochkultur oder Kunst.¹ In einem Vielvölkerstaat wie Rußland, in dem mehrere Nationalitäten oder Kulturen nebeneinander oder miteinander existieren, beinhaltet Nationalitäten- oder Kulturpolitik theoretisch also die Förderung verschiedener "Hochkulturen". Dabei wird davon ausgegangen, daß aus einer bestimmten Kultur eine bestimmte Kunst entsteht, Kunst mithin beileibe nicht universal ist, wie etwa Mathematik.² Die gegenwärtige Situation der Kulturpolitik Rußlands soll vor diesem Hintergrund umrissen werden.

Untersuchungen über die Kulturpolitik der Sowjetunion befassen sich zumeist mit dem Verhalten des politischen Regimes gegenüber Kunst und Künstlern bzw. der kulturellen Elite des Landes. Der zugrunde liegende Kulturbegriff ist dabei im Wesentlichen auf die ideologisch geprägte Förderung und Haltung gegenüber den – hier universalen – "schönen Künsten" gerichtet. Die Idee von Kultur als Bildung und Ideologie, als Auftrag zu Zivilisation und Veränderung von Lebensweisen, die sich in Westeuropa bereits seit der Auflösung der Stände Ende des 18. Jahrhundert durchgesetzt hatte, wurde auch von den Kommunisten, hierin ideologisch klar den Ausläufern westlicher Philosophie verpflichtet, nämlich Aufklärung und Idealismus, seit den späten 20er Jahren in der UdSSR verfolgt, wenngleich mit radikaleren Mitteln.³ Der kulturellen Elite fiel zu Zeiten der kommunistischen Diktatur zwangsläufig die Rolle einer echten Opposition zu, die es auf der politisch-administrativen Ebene selten gab. Ihr oblag es, kritische Ideen gegenüber der politischen Elite zu artikulieren, Gegenwelten und Alternativen zu formulieren, sich mit gesellschaftlichen Mißständen auseinanderzusetzen. Nationalitätenpolitik als Förderung von Kultur im ethnologischen Sinne blieb dagegen weitgehend auf die Bewahrung volkstümlicher Äußerlichkeiten beschränkt.⁴

Der Begriff der "repräsentativen Kultur" von Friedrich Tenbruck umfaßt dagegen die Gesamtheit aller gesellschaftlichen Werte, Ideen und Bedeutungen. Zum erweiterten Kulturbegriff der Ethnologie gehören darüber hinaus auch die Manifestationen dieser Ideen und Werte in tradierten Verhaltens- und Kommunikationsmustern, die sich in Sprache und Schrift, Religion,

¹ Albrecht Göschel: Kulturpolitik als Kunstpolitik, Hagen 1994.

² Vgl. dagegen Jörg Fisch: Die Kultur als Nationsersatz – Plädoyer für eine Kultur im Singular, in: NZZ, 6.4. 1998.

³ V. Rozin u.a.: Kul'tura i kul'turnaja politika, in: Teoreticeskie osnovanija kul'turnoj politiki, hrsg. vom Ros-sijskij Institut Kulturologii, Moskau 1993, S. 39.

⁴ Schon zu Zeiten der Sowjetunion gab es aber starke russisch-nationalistisch-selektive Tendenzen innerhalb des kulturpolitischen Apparates, die im Widerstreit mit liberal-integrativen Modellen lagen, vgl. Dirk Kretzschmar: Die sowjetische Kulturpolitik 1970-1985, Bochum 1993 sowie ders.: Das kulturpolitische System der siebziger und frühen achtziger Jahre in der Sowjetunion als Voraussetzung für die Reformpolitik der Perestrojka, in: Rußland, wohin eilst du?, hrsg. von Karl Eimermacher, Dortmund 1996, S. 71-102.

Kleidung und Kunst, gesellschaftlichen Institutionen (und somit auch Formen der Konfliktbewältigung) vergegenständlichen. Kultur wird so das Hauptunterscheidungsmerkmal von Ethnien oder Nationalitäten. Vor dem Hintergrund dieses weiten Kulturbegriffs lassen sich in der Kulturpolitik viele Politikfelder im Hinblick auf ihre ethnischen Implikationen betrachten wie z.B. Schul-, Bildungs- oder Sprachenpolitik, Industrieansiedlung oder eben Kunstförderung.

Mit der Auflösung der Sowjetunion ist die kulturelle Elite ihrer Rolle als politischer Opposition weitgehend verlustig gegangen. Während Kultur im Sinne von Kunst und Ideologie in den Wirren des rußländischen Lebens marginalisiert wurde (oder aufgrund der gesellschaftlichen Pluralisierung als marginalisiert wahrgenommen wird)⁵, nimmt Kultur als ethnisches Unterscheidungsmerkmal im Rahmen der nationalen Wiedergeburt nun einen großen Raum im Bewußtsein ein: Sprachen und Schrift in Ämtern und Schulen sowie religiöse Praktiken und Rechte sind dabei bislang die herausragenden Streitpunkte gewesen, in denen diese kulturellen Differenzen zutage getreten sind. Es macht also wenig Sinn, Nationalitätenpolitik und Kulturpolitik als voneinander getrennte Bereiche zu betrachten, da sie durch die Konzentration auf Ethnizität einen großen gemeinsamen Nenner haben.

Dies spiegelt sich auch in staatlichen Publikationen: So legt Kulturpolitik laut nationalem Bericht des Kultusministeriums der Rußländischen Föderation besonderen Wert auf die Entwicklung und Erneuerung der Vielfalt der ethnischen Kulturen und Traditionen der Rußländischen Föderation, als notwendiger Vorbedingung ethnische Spannungen zu überwinden.⁶ Die Verantwortung der Rußländischen Föderation für nationale Minderheiten, nicht-territoriale ethnische Gruppen⁷ und interethnische Kontakte soll gesetzlich fixiert, andererseits auch der Einfluß Rußlands in internationalen Organisationen gestärkt werden, die der Wahrnehmung seiner "geopolitischen Interessen" dienen, und die kulturelle Einheit der Staaten der ehemaligen Sowjetunion bewahrt werden. Es stellt sich die Frage, wie und von wem der scheinbare Widerspruch zwischen der Förderung der einzelnen ethnischen Kulturen und dem Anspruch, eine supra-ethnische nationale Identität zu schaffen, in der Praxis verfolgt wird.

Kulturpolitik überlappt folglich nicht nur mit Nationalitätenpolitik, sondern kann auch beim Aufbau einer allgemeinen nationalen Identität behilflich sein. Daß der Suche nach einer solchen Identität auch von offizieller Seite Rußlands einiges Gewicht beigemessen wurde, scheint der 1996 von Präsident Boris Jelzin persönlich ausgerufene Wettbewerb um eine "nationale Idee" zu belegen⁸. Die Ideologie des Kommunismus hat ihre historische Chance

⁵ Vgl. die Entwicklung z.B. anhand der von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen herausgegebenen Sammelbände Kultur im Umbruch. Polen, Tschechoslowakei, Rußland, Bremen 1992, S. 155-230; Rußland – Fragmente einer postsowjetischen Kultur, Bremen 1996, sowie Das neue Russland in Politik und Kultur, Bremen 1998.

⁶ Council of Europe (Hrsg.): Cultural Policy in the Russian Federation, Straßburg 1997, S. 16ff.

⁷ Siehe zur Konkretisierung Petra Moissi: Zur aktuellen Kulturpolitik der Rußländischen Föderation, in: Osteuropa 6/1996, S. 565-581, hier: S. 581.

⁸ Vgl. Rossijskaja Gazeta, 30.7.1996.

verspielt, als einigendes Band der territorialen Einheit an das imperiale russische "superethnische" Nationalbewußtsein anzuknüpfen. Auch Ethno- und Staatsnationalismus sind in einem Vielvölkerstaat wie Rußland keine langfristige Alternative. Als nationale Idee bleibt Rußland – so denn Staatlichkeit emotionale Legitimation benötigt – z.B. ein Verfassungspatriotismus wie in der Bundesrepublik Deutschland oder – mit quasi-religiösem Charakter – wie in den Vereinigten Staaten. Hier stellt sich der an der Eindämmung von Nationalitätenkonflikten orientierten Kulturpolitik die Frage, was die Kultur Rußlands ist, das typische kohärente Ensemble von Werten, das seinen nationalen Charakter, seine Einheit ausmacht, und entsprechend gefördert werden könnte.

Neben der kulturellen Identität will Kulturpolitik in Rußland – wie auch in den meisten anderen Ländern – darauf bedacht sein, die Vielfalt des Landes zu fördern. Da Kultur auf Vergangenem aufbaut, aber nur durch gegenwärtige Kultur erneuert werden und lebendig bleiben kann, muß darüber hinaus Kreativität und Teilnahme an kulturellen Ereignissen ermöglicht werden. Kulturpolitik umfaßt daher vor allem die Bildung der Bevölkerung durch professionelle Kunstvermittlung, Anregung kreativer Produktion (etwa durch individuelle Künstlerförderung) und die Entwicklung einer Kulturwirtschaft. Daneben konzentrieren sich die Maßnahmen auf den Unterhalt öffentlicher Institutionen wie Museen, Theater und Bibliotheken, die sich der Pflege und Vermittlung des kulturellen (und auch wachsenden) Erbes widmen sowie die Entwicklung des Bildungssystems im allgemeinen.⁹ Sobald jedoch diese "Vielfalt" auf die Förderung ethnischer Vielfalt abhebt, wird Kulturpolitik – hier eben rechtlich verbindliche Zuteilung von materiellen und immateriellen Werten, wie David Easton es nennt – zum Verteilungskampf um gerade in Rußland knappe Ressourcen zwischen sich ethnisch definierenden Gruppen.

Eine Kulturpolitik wie die der Rußländischen Föderation, der daran gelegen zu sein scheint, Mißverhältnisse der (sowjetischen) Vergangenheit zu beseitigen, kommt jedoch nicht an der Tatsache vorbei, daß Geschichte auch im Bereich kultureller Veränderungen nicht einfach rückgängig zu machen ist. Dazu gehört z.B. die Modernisierung von Gesellschaften (auch durch äußere Einflüsse) infolge der Industriellen Revolution. Weder die Prozesse kultureller "Kolonialisierung" noch der technisch-wirtschaftlichen Modernisierung sind umkehrbar. Inwieweit Kapitalismus und Industrialisierung einzig der abendländischen Kultur inhärent sind, sei dahingestellt; die heutigen säkularisierten Gesellschaften stellen jedoch in ihrer komplexen und globalen Arbeitsteilung Anforderungen, die der Rückgriff auf traditionelle Kultur alleine nicht zu erfüllen vermöchte, so sehr dies aus kulturellen, ethischen oder anderen Gründen gewünscht sein mag. Daran werden auch der natürliche und viel beschworene Gegentrend zur weltweiten Vereinheitlichung ökonomischer und kultureller Systeme, nämlich Regionalismus und die Konzentration auf lokale Besonderheiten wenig ändern können. Der Vielfalt sind mithin Grenzen gesetzt.

⁹ Vgl. die Datenlage bei I. Butenko, K. Razlogov (Hrsg.): *Kul'turnaja politika Rossii. Istorija i sovremennost'. Dva vzgljada na odnu problemu*, Moskau 1998 sowie Aleksandr Rubinštejn: *Kulturförderung in Rußland. Analyse und Mechanismen der öffentlichen Förderung*, Köln 1998.

Es stellt sich der rußländischen Kulturpolitik im Hinblick auf nationale Minderheiten (und die russische Bevölkerungsmehrheit) also die Frage, was sie beinhalten, erhalten, wiederherstellen oder fördern will.¹⁰ Allem Anschein nach, existiert in Rußland diesbezüglich bislang keine kohärente Kulturpolitik mit explizit formulierten Zielen. Dies ist nur zum Teil durch Voraussetzungen zu erklären, welche zur Gestaltung von Kulturpolitik in Rußland gegeben sind.¹¹ Neben der komplizierten und die Exekutive begünstigenden Akteursstruktur sind hier die dem Staat für Kulturpolitik zur Verfügung stehenden Ressourcen zu nennen. Generell sind die Vergabe finanzieller Mittel an Projekte und Institutionen (durch Haushaltsgesetze, zinsgünstige Darlehen, Preisgelder etc.) und die Veränderung der Rahmenbedingungen die wichtigsten Parameter (Gesetze bspw. zum Stiftungs- oder Vereinsrecht, Einrichtung von Institutionen; Konzepte für Gedenkstätten oder Kunstbereiche wie Filmförderung, Verlagswesen usw.).¹² In Rußland, dessen Kultursektor bis 1991 fast komplett verstaatlicht war, ist daneben jedoch zu beachten, welche Angebote zur Nutzung vorhandener Infrastruktur (wie z.B. Museen, Konzerthallen etc.) der Staat unterbreitet und wem.¹³ Der finanzschwache Staat steuert Kunstpolitik zudem nicht nur über solche Angebote, sondern auch dadurch, daß er andere an seiner Autorität teilhaben läßt (z.B. durch Schirmherrschaften und Auszeichnungen).¹⁴ In verschiedenen Bereichen existieren also teilweise bereits bzw. noch die Voraussetzungen für eine stringente und Nationalitäten differenzierende Kulturpolitik – ihre konzeptionelle Ausarbeitung und praktische Umsetzung ist jedoch noch eine Aufgabe für die Zukunft.

¹⁰ Vgl. Werner Heinrichs, Armin Klein: Kulturpolitik, Hagen 1994.

¹¹ Vgl. auch Béla Rásky, Edith Wolf Perez: Kulturpolitik und Kulturadministration in Europa. 42 Einblicke, hrsg. vom Internationalen Archiv für Kulturanalysen, Wien 1995, S. 151-154.

¹² B. Bukreev (Hrsg.): Zakonodatel'stvo Rossijskoj Federacii o kul'ture, Moskau 1999.

¹³ Vgl. zur Entwicklung von Staat zu Markt im Kultursektor: Hartmute Trepper: Kultur und Markt 1992/1993 in Rußland. Anatomie eines Diskurses, Arbeitspapiere der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen 9/1994, aktualisiert in: Rußland. Fragmente einer postsowjetischen Kultur, hrsg. von der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 1996, S. 105-133, sowie Kirill Razlogov: The Conflicts between Profits and Politics: Cultural Industries in Europe, in: Privatization and Culture. Experiences in the Arts, Heritage and Cultural Industries in Europe, hrsg. von Peter Boorsma u.a., Boston u.a. 1998, S. 160-169. Auch die Verlagerung von Kompetenzen vom Zentrum zu Regionen und Kommunen spielt eine Rolle. Vgl. dazu Galina Luchterhandt u.a.: Politik und Kultur in der russischen Provinz: Nowgorod – Woronesh – Saratow – Jekaterinburg, Moskau 1999.

¹⁴ So z.B. Alexander Archangelskij: Literatur. Markt. Generationenwechsel: Literaturpreise als Mechanismen im Literaturbetrieb der Übergangszeit, in: Das neue Russland in Politik und Kultur, hrsg. von der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 1998, S. 176-188.

Krisztina Keller

Eine ethnische Minderheit mit sozialen Problemen: die ungarischen Roma

Die Roma stellen die größte Minderheitengruppe in Ungarn dar, offizielle Schätzungen bewegen sich zwischen 400.000 und 600.000 bei einer Gesamtbevölkerung von 10,2 Millionen Menschen. Die Roma sind im ganzen Lande vertreten, in den unterentwickelten Regionen sind sie aber konzentriert.

Ihre soziale, kulturelle, wirtschaftliche und demographische Situation unterscheidet sich stark sowohl von der der Ungarn, als auch von der anderer Minderheiten. Obwohl die Roma sich aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Sprache und ihrer sozialen Anpassungsfähigkeit in mehrere Untergruppen unterteilen, in den Augen der ungarischen Gesellschaft erscheinen sie als eine homogene Volksgruppe. Teils ist dies der Grund der ihnen gegenüber geäußerten Vorurteile.¹

"Es ist eine Gegebenheit in den osteuropäischen Gesellschaften, daß man die Roma schon immer marginalisiert hat. In dieser Hinsicht gibt es in Ungarn erst seit der Wende eine Veränderung, und es ist zehn Jahre her, daß man die Roma als eine Gruppe mit ethnischen, religiösen und kulturellen Merkmalen wahrnimmt."² Den Roma gelang es, sich nur formal politisch zu etablieren, in der Gesellschaft sind sie weiterhin marginalisiert. Selbst ihre Lebenserwartungen und ihre Lebensqualität unterscheiden sich laut einem Weltbank-Bericht³ wesentlich vom Rest der ungarischen Gesellschaft: Ihre Lebenserwartung ist um 10-15 Jahre geringer, 14% von ihnen lebt in von der Außenwelt isolierten Romasiedlungen, in einer völlig verschmutzten und ungesunden Umgebung.

Rechtsgrundlagen des Minderheitenschutzes in Ungarn

In the past decade there has been general agreement between the parliamentary parties, and therefore joint action has been possible, in three areas. In addition to the Euro-Atlantic integration and the issue of Hungarians living outside Hungary, the problem of minorities living in Hungary formed the third such area.⁴

Im allgemeinen ist die rechtliche Lage der Minderheiten nach vollzogenem politischen Systemwechsel als befriedigend zu bezeichnen. Das kommt bereits in der Änderung der Verfassung der Republik Ungarn (VerfRU) vom 1990 zum Ausdruck, in der als Grundprinzip festgehalten wird: "Die in der Republik Ungarn lebenden nationalen und ethnischen Minderheiten sind an der Macht des Volkes beteiligt. Sie sind staatsbildende Faktoren." (Art. 68 I VerfRU) Die Verfassung garantiert den Minderheiten auch die kollektive Teilnahme am

¹ Vgl. József Báder: *Érdekek konfliktusa vagy harmóniája?* (Konflikt oder Harmonie der Interessen?), in: *Belügyi Szemle*, 7-8/1999, S. 69.

² Urs Zietan: *Ungarn, das "Möchtegern-Musterland"*, Gespräch mit Prof. Jenő Kaltenbach, dem Minderheitenbeauftragten des ungarischen Parlaments, in: *Neue Pester Lloyd*, 5. April 2000, S. 3.

³ Vgl. <http://www.romapage.c3.hu/rovat08/rsk211.htm>.

⁴ Toso Donceev, president of the Office for National and Ethnic Minorities: *Recent Changes in the Condition of National and Ethnic Minorities* (Lecture held on 8-9 April 1999 at the conference organized by the Hungarian Academy of Sciences and the Office for National and Ethnic Minorities).

öffentlichen Leben, die Pflege ihrer eigenen Kultur, den Gebrauch ihrer Muttersprache, den Schulunterricht in ihrer Muttersprache, sowie das Recht auf Gebrauch der Namen in der eigenen Sprache (Art. 58 II VerfRU).

Auch ein neuer Posten wurde gesetzlich geschaffen (Art. 32/B VerfRU und LIX Gesetz von 1993), ein Parlamentsbeauftragter (Ombudsmann) für die Rechte der nationalen und ethnischen Minderheiten soll die ihm bekanntgewordenen Mißstände untersuchen bzw. untersuchen lassen und zur Abhilfe allgemeine oder einzelne Maßnahmen veranlassen. Das Parlament wählte am 6. Juli 1995 zum ersten mal einen Ombudsmann für Minderheiten, den Ungarndeutschen Prof. Jenő Kaltenbach.

Noch am 30. August 1990 erfolgte die Einrichtung des Amtes für Nationale und Ethnische Minderheiten, dessen wichtigste Aufgabe war und ist, die Regierung in Minderheitenfragen zu beraten. Ein Rundtisch für Minderheiten, in dem Vertreter aller in Ungarn lebenden Minderheiten und des Parlaments präsent waren, wurde ins Leben gerufen. Nach zweijährigen Verhandlungen ist dann das Minderheitengesetz am 7. Juli 1993 vom Parlament verabschiedet worden (Gesetz LXXVII/1993). Dieses Zwei-Drittel-Gesetz, das zu den wichtigsten Gesetzen gehört, zu deren Verabschiedung oder Änderung eine qualifizierte Mehrheit des Parlaments benötigt wird, ist mit 96%(!) verabschiedet worden. In dem am 22. Oktober 1993 in Kraft getretenen Minderheitengesetz gewährt das Parlament den 13 in Ungarn anerkannten Minderheiten, darunter den Roma, umfassende individuelle und kollektive Rechte.

Da ohne Organisation Demokratie nicht denkbar ist⁵, wurde im Minderheitengesetz auch ein Selbstverwaltungsmodell der Minderheiten verankert. Am 11. Dezember 1994 fanden dann in Ungarn im Rahmen der Kommunalwahlen die ersten Wahlen zu den lokalen Minderheitenselbstverwaltungen statt, durch die zweiten Wahlen im Oktober 1998 hat sich das System endgültig etabliert. Nicht nur lokale (insgesamt gibt es heute 753 Roma-Selbstverwaltungen), sondern auch landesweite Selbstverwaltungen wurden gegründet. Allerdings besteht gerade bei den Roma das Problem, daß sie intern sehr zerstritten sind, ihre Interessenverbände miteinander sehr stark rivalisieren.

Das Minderheitengesetz von 1993 müßte in mancher Hinsicht novelliert werden. Vor allem ein neues Finanzierungssystem muß ausgearbeitet werden, das ermöglichen könnte, daß die Minderheitenselbstverwaltungen als Träger von wichtigen Institutionen fungieren können. Somit könnten sie nicht nur die Interessenvertretung und Kulturarbeit wahrnehmen, wie es bis jetzt der Fall war, sondern auch die Verantwortung für Schulen, Kindergärten und kulturelle Einrichtungen übernehmen.

Ein weiterer großer Mangel ist, daß das Recht auf eine parlamentarische Vertretung der nationalen und ethnischen Minderheiten, das im Minderheitengesetz vorgesehen ist, noch immer nicht verwirklicht worden ist. Es wird vom ungarischen Parlament immer wieder blockiert, es

⁵ Prof. Jenő Kaltenbach, der parlamentarische Ombudsmann für die Angelegenheiten der Minderheiten in Ungarn zitiert in "Die Rechtstellung der Minderheiten in Ungarn" (Ethnos-Nation 5/1997, S. 120) diesen Satz von Robert Michels.

werden keine Durchführungsregelungen erlassen. Die Minderheiten sind nicht in der Lage, mit der Fünf-Prozent-Klausur ihre Vertreter ins Parlament zu schicken. Die Abschaffung dieser Klausur für Minderheitenparteien oder -listen wäre die Grundvoraussetzung. Danach muß noch festgestellt werden, mit wie vielen Stimmen ein/e Minderheitenabgeordnete/r ins Parlament kommen kann.

Ein anderes Problemfeld ist das Wahlsystem. Es muß neu überlegt werden, ob es gut ist, daß jeder ungarische Wähler berechtigt ist, die Minderheitenselbstverwaltungen mitzuwählen. Die Minderheiten befürchten, daß dieses System unterwandert und "magyarisiert" wird.⁶

Soziale Probleme der Roma

In the case of Hungary's largest minority, the Gypsy population, the greatest problems do not have a linguistic or cultural character; in their case the problems of social, employment, vocational training, education and discrimination markedly appear.⁷

Als die ungarische Gesellschaft überwiegend aus bäuerlich-dörflichen Strukturen bestand, konnten sich die Roma mit ihren traditionellen handwerklichen Berufen erfolgreich anpassen. Die Industrialisierung hat aber eben diese traditionelle Gesellschaftsstruktur vernichtet, was zu der Verarmung der Roma-Mehrheit geführt hat. In den sozialistischen Zeiten hatten sie noch einen Ausweg: Während der extensiven Industrialisierung der 60er und 70er Jahre konnten die unqualifizierten Roma noch eine Beschäftigung finden, 85% der männlichen Roma waren berufstätig.⁸ Heute sind es nur 28,7%.

Die sich nun entwickelnde Marktwirtschaft hat die Situation der Roma schwer belastet. Der Zusammenbruch der Schwer-, Bergbau-, und Bauindustrie hat zu massenhaften Entlassung der Roma geführt, durch die akuten Finanznöte mußten auch die sozialpolitischen Ausgaben stark verkürzt werden. Aufgrund mangelnder Ausbildung sind die Roma heute besonders von Arbeitslosigkeit betroffen. In den letzten Jahren haben sich auch beängstigende Tendenzen entwickelt: die Romafeindlichkeit, der Rassismus.

Jede bisherige Regierung hat die Verbesserung der Lage der Roma zu einer ihrer wichtigsten Aufgabe gemacht. Auch die jetzige konservative Orbán-Regierung hat ein mittelfristiges Roma-Programm (1047/1999 Regierungsbeschluß) erarbeitet, seine Realisierung läßt aber auf sich warten.⁹ Die nötigen finanziellen Mittel stehen nicht zur Verfügung: Die verschiedenen ungarischen Ministerien haben zwar in ihren Budgets 2000 insgesamt 4,7 Mrd Forint für Roma-Programme vorgesehen und weitere 30 Millionen Euro kommen aus den Phare-Programmen der Europäischen Union dazu, es reicht aber bei weitem nicht aus. Die

⁶ Urs Zietan: Politischer Wille kann Probleme lösen, Gespräch mit Otto Heinek, dem Vorsitzenden der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, in: Neue Pester Lloyd, 8. März 2000, Seite 3.

⁷ Toso Donceev, president of the Office for National and Ethnic Minorities: Recent Changes in the Condition of National and Ethnic Minorities (Lecture held on 8-9 April 1999 at the conference organized by the Hungarian Academy of Sciences and the Office for National and Ethnic Minorities).

⁸ Vgl. Albert Egyed: Nemzeti es etnikai kisebbségek Magyarországon (Nationale und ethnische Minderheiten in Ungarn), in: Magyarország politikai évkönyve 1993, Budapest, 1994, S. 296.

⁹ Über die bisherige Ergebnisse siehe <http://www.romapage.c3.hu/rovat08/rsk334.htm>.

ungarische Gesellschaft empfindet die veranschlagten Gelder jedoch zu hoch, obwohl mit den vorgesehenen Summen Versäumnisse von Jahrzehnten aufgeholt werden sollen.

Der wirkliche Ausgangspunkt der Probleme ist die negative Beurteilung der Roma durch die ungarische Gesellschaft, eine allgemeine Ablehnung gegenüber deren Andersartigkeit. Sie können sich nicht mit der Situation der Roma identifizieren und sind somit an einer Verbesserung auch nicht interessiert. "Ein ganzes Netz von Konflikten"¹⁰ zerstört das Verhältnis zwischen den Roma und dem Rest der Gesellschaft. Es gibt weitverbreitete Vorurteile gegenüber dieser Minderheit, vor allem, daß die Roma sich überhaupt nicht integrieren wollen. Somit verschärft die Gesellschaft selbst diese Problematik. Die Gesetze verbieten zwar die benachteiligende Diskriminierung, die rechtlichen Sanktionen sind vorhanden, fehlen aber in der Praxis. Es heißt im Bericht über die Tätigkeit des Parlamentsbeauftragten für die Rechte der nationalen und ethnischen Minderheiten¹¹: 60% aller Beschwerden stammen von den Roma. Sie betreffen mehrheitlich die Diskriminierung und den Mißbrauch in den verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens (Polizei, Kommunalbehörden, Arbeitsmarkt, Schule, Medien).

Deswegen wäre eine offene Kommunikation zwischen den Roma und der Öffentlichkeit unentbehrlich, der gegenseitige Informationsaustausch wäre das beste Mittel, um die Vorurteile abzubauen.¹² Die Roma sind hilflos, stehen in den Konflikten wegen ihrer mangelhaften Ausbildung meistens ausgeliefert da: Von den Roma-Kindern absolviert nur 77% die Grundschule, 1% legt das Abitur ab, und nur 0,3% gelingt es, an Universitäten zu studieren.¹³

Fazit

Gute Ansätze sind in der ungarischen Roma-Politik auf jeden Fall zu verzeichnen, die Roma sind aber bis jetzt weder wirtschaftlich noch gesellschaftlich integriert. Sie sind eindeutig die großen Verlierer des ungarischen Systemwechsels. Die Lösung ihrer Situation verlangt eine komplexe politische, wirtschaftliche, bildungs-, sozial-, und arbeitspolitische Denkweise. Natürlich müssen die Roma selbst viel tun: "Man sollte vor allem zur Überzeugung gelangen, daß man als Gesellschaft eine sehr schmerzhafteste Strecke bewältigen muß. Von der Mehrheit anerkannt und respektiert zu werden, verlangt von den Mitgliedern der Roma-Gemeinschaft vielleicht doppelt so viel wie von den anderen. Vorurteile abzubauen ist teilweise dadurch möglich, daß man versucht, deren Gründe zu ändern. Das ist sehr schwierig, weil auf der Seite

¹⁰ Prof. Jenő Kaltenbach: Cigány konfliktusok és integrációs esélyek (Roma-Konflikte und Integrationschancen), in: Belügyi Szemle, 7-8/1999, S. 93.

¹¹ Gábor Czene: Teljesületlen ígéretek (Nicht eingelöste Versprechen), Népszabadság, 11. April 2000, S. 2.

¹² Vgl. György Ligeti: Információ=Integráció (Information=Integration), in: Belügyi Szemle 7-8/1999, S. 52.

¹³ Vgl. Der offizielle Bericht des Amtes für Nationale und Ethnische Minderheiten: <http://www.mfa.gov.hu/sajtoanyag/Roma/sozial.htm>.

der Roma viele Enttäuschungen gibt und sie der sogenannten weißen Gemeinschaft nicht vertrauen."¹⁴

Eine integrierende Minderheitenpolitik sei um so wichtiger, als nur durch Toleranz verhindert werden könne, daß das Vakuum durch die Rechtsradikalen gefüllt wird.

¹⁴ Urs Zietan: Ungarn, das "Möchtegern-Musterland", Gespräch mit Prof. Jenő Kaltenbach, dem Minderheitenbeauftragten des ungarischen Parlaments, in: Neue Pester Lloyd, 5. April 2000, S. 3.

Stephanie Dittmer

Ausgrenzung und Assimilation? Zur Situation der russischen Minderheit in Estland¹

In der Forschung gilt als gesichert, daß ethnische Konflikte in solchen ethnisch heterogenen Ländern wahrscheinlicher sind, die sich im wirtschaftlichen und politischen Umbruch befinden.² Der Anreiz für Konflikte liegt darin, daß im Zuge der Transformation wichtige Positionen und öffentliche Güter zur Disposition stehen, um deren Verteilung verschiedene ethnische Gruppen konkurrieren. Insofern bringen die Nachfolgestaaten der Sowjetunion (SU), die alle ethnisch heterogene Bevölkerungen aufweisen und sich in der Transformation vom Staatssozialismus zur Marktwirtschaft befinden, wichtige Voraussetzungen für den Ausbruch ethnischer Konflikte mit. Und tatsächlich kam es seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion in vielen Nachfolgestaaten zu solchen Konflikten oder zumindest Spannungen. In allen Nachfolgestaaten der SU wurde die ethnische Zugehörigkeit zu einem zentralen Moment der staatlichen Identitätsfindung. Dabei sahen sich in erster Linie die Minderheiten mit den Bemühungen der nationalen Mehrheiten konfrontiert, ihre politische und gesellschaftliche Dominanz in dem neuen Staat auszubauen.

In der Forschung wird in dieser Hinsicht – gerade im Vergleich mit anderen ehemaligen Sowjetrepubliken – der harte Kurs des estnischen Staates gegenüber seiner russischen Minderheit hervorgehoben. Dieser ist v.a. durch die schleppend verlaufende Einbürgerung der russischen Einwohner und die Einführung des Estnischen als alleinige Staatssprache gekennzeichnet, die die zu 60% ausschließlich russischsprachige Minderheit in Beruf und Öffentlichkeit stark einschränkt. Zur gleichen Zeit ist aber auch ersichtlich, daß die Minderheit in Estland noch über materielle und organisationelle Ressourcen aus sowjetischer Zeit verfügt, die ihr, zumindest auf den ersten Blick, Widerstand angesichts ihrer Entmachtung ermöglichen würden.³ Dennoch verhält sich die russische Minderheit Estlands weitgehend passiv. Im vorliegenden Text wird versucht, eine Erklärung für diese Passivität zu finden.

¹ Das Dissertationsprojekt, aus dem dieser Text entstanden ist, vergleicht die Minderheitensituation in Estland mit der Lage der russischen Minderheit in der Ukraine, insbesondere im Donbas und auf der Krim. Im vorliegenden Text wird jedoch ausschließlich Estland betrachtet.

² Vgl. Hartmut Esser: Ethnische Differenzierung und moderne Gesellschaft, in: Zeitschrift für Soziologie 4/1988, S. 235-248. Ders.: Ethnische Konflikte als Auseinandersetzung um den Wert von kulturellem Kapital, in: Die bedrängte Toleranz. Ethnisch-kulturelle Konflikte, religiöse Differenzen und die Gefahr politisierter Gewalt, hrsg. von Wilhelm Heitmeyer u.a., Frankfurt/M. 1996, S. 64-99. Andreas Wimmer: Interethnische Konflikte. Ein Beitrag zur Integration aktueller Forschungsansätze, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 3/1995, S. 464-493.

³ Siehe hierzu David D. Laitin: Identity in Formation. The Russian-Speaking Populations in the Near Abroad, Ithaca 1998; Graham Smith und Andrew Wilson: Rethinking Russia's Post-Soviet Diaspora: The Potential for Political Mobilisation in Eastern Ukraine and North-East Estonia, in: Europe-Asia Studies 5/1997, S. 845-864. Smith und Wilson weisen auf Gewerkschaftszentren oder Stadträte (z.B. in Kothla-Järve und Narva) hin, die in der späten Phase der SU von der pro-sowjetischen politischen Elite als Plattform für die Vertretung von Minderheiteninteressen genutzt wurden.

Abgesehen von einer Umbruchsituation sind für eine erfolgreiche ethnische Mobilisierung natürlich eine Vielzahl verschiedener Faktoren notwendig, die hier nicht alle diskutiert werden können⁴. Eine davon ist eine sich ethnisch definierende, handlungsfähige Minderheitenelite. Im Falle der russischen Minderheit Estlands steht diese offensichtlich gegenwärtig nicht zur Verfügung. Inwiefern Diskriminierungen von Seiten des estnischen Staates dazu aktiv beitragen, soll im folgenden kurz skizziert werden.

Durch die restriktive Staatsbürgerschaftspolitik und die damit eng verknüpfte Sprachgesetzgebung Estlands werden v.a. die im Ausland geborenen Staatenlosen und ältere Leute ohne Staatsbürgerschaft bleiben.⁵ Damit wird aktiv und auf längere Sicht ihre Integration in den Staat und Arbeitsmarkt verhindert – mit schwerwiegenden sozialen und ökonomischen Folgen. Die kleine Gruppe der Russen mit estnischem Paß ist signifikant geringer von (Dauer-)Arbeitslosigkeit und ihren Konsequenzen betroffen, als die große Gruppe innerhalb der nicht-estnischen Bevölkerung, die andere Staatsbürgerschaften als die estnische besitzt oder staatenlos ist.⁶ Ihre begrenzte Aufenthaltserlaubnis und die bürokratischen Hürden, die vor der Erteilung einer Arbeitserlaubnis stehen, benachteiligen sie gegenüber den Besitzern der estnischen Staatsbürgerschaft. Der durch die estnische Regierung festgelegte Altersschlüssel für die Einbürgerung schließt eine substantielle Reduzierung der Zahl der Staatenlosen auch in den nächsten 15-20 Jahren praktisch aus.

Darüber hinaus werden die zur Einbürgerung erforderlichen schriftlichen und mündlichen Sprachkenntnisse, die Alltagssprachkenntnisse weit übersteigen, nur ungenügend vermittelt – die Zahl der nicht-estnischen Bewerber um die Staatsbürgerschaft und/oder um Arbeitsplätze, für die gute Sprachkenntnisse vorgeschrieben sind, reguliert sich so von selbst auf einem niedrigen Niveau. Schon heute sind im Baugewerbe und in einigen expandierenden und zukunftssträchtigen Dienstleistungsbereichen wie Groß- und Einzelhandel, Grundstücks- und Wohnungswesen, in den unternehmensbezogenen Dienstleistungen und im öffentlichen Sektor Nicht-Esten unterrepräsentiert.⁷

Nach Umfragen fühlen sich 50-70% der staatenlosen Erwachsenen nicht in der Lage, die Sprachanforderungen zu erfüllen.⁸ Dabei ist die Bereitschaft, die estnische Staatsbürgerschaft anzunehmen, seit Jahren groß: 50-60% würden zur estnischen Staatsbürgerschaft wechseln, wenn die Bedingungen weniger restriktiv gestaltet wären, ein ähnlich hoher Anteil wünscht

⁴ Neben der materiellen und institutionellen Basis sind v.a. das Verbundensein über die ethnische Identität und die Möglichkeit öffentlicher Artikulation des Anliegens der Gruppe, sowie die Unterstützung durch die alten "Heimatländer" wesentlich. Dies., S. 853f.

⁵ Estonian Human Development Report/United Nations Development Report Programme (UNDP), Tallinn 1999, S. 40-43.

⁶ Der Anteil dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung (1.445 Mio) ist keineswegs klein: Von den 503.000 nicht-estnischen Einwohnern sind 1999 nur gut 29% estnische Staatsbürger (144.000), 18,7% russische Staatsbürger (88.000), 3% Staatsbürger anderer Länder (13.000), die verbleibenden 250.000 sind staatenlos. Ebd.

⁷ Estonian Human Development Report/United Nations Development Report Programme (UNDP), Tallinn 1999. Bei Neueinstellungen werden Bewerber mit guten Sprachkenntnissen bevorzugt.

⁸ Ebd.

sich für seine Kinder die estnische Staatsbürgerschaft. Für die Gruppe der Heranwachsenden ist dieses Ziel vermutlich leichter zu erreichen – eine Änderung der Situation ist am ehesten von der jüngeren Generation der russischen Minderheit zu erwarten, die systematischen Sprachunterricht in Grund- und weiterführenden Schulen erhalten. Dies wird durch eine Änderung des Sprachengesetzes vom Februar 1999 erleichtert. Hier ist vorgesehen, daß die Abschlußexamen in Estnisch an Grund- und Sekundarschulen mit den für Beschäftigungsverhältnisse relevanten Sprachtests und dem späteren Einbürgerungssprachtest kombiniert werden.

Grundsätzlich läßt sich bestätigen, daß Nicht-Esten, die die russische Staatsbürgerschaft angenommen haben oder staatenlos sind, in stärkerem Maße von Arbeitslosigkeit, Dequalifizierung und sinkendem Lebensstandard bedroht sind. Dies spricht zunächst für die These, daß es durch die estnische Geschlossenheit in der Staatsbürgerschafts- und Sprachengesetzgebung zu einer Verdrängung der Russen von hohen Positionen in Wirtschaft und Politik und damit zur schnellen Einschränkung der sozialen Basis für kollektive Aktionen der Minderheitenelite kam.

Eine wichtige Beobachtung, die einen Schlüssel zum Verständnis der Passivität liefert, schränkt dieses Ergebnis allerdings erheblich ein: Die Benachteiligung betrifft nicht die Gruppe insgesamt.⁹ Nicht "Russischsein" an sich gibt den Ausschlag in Bezug auf Risiken wie Arbeitslosigkeit oder allgemeine Benachteiligung. Entscheidend ist die Kombination aus ethnischer Identität und anderen Faktoren, die wiederum z.T. auf die Besonderheiten des sowjetischen Arbeitsmarktes, wie etwa ethnisch spezifische Beschäftigungsmuster, Siedlungsräume oder Qualifikationsstrukturen zurückzuführen sind.¹⁰

Es handelt sich nicht um den vollständigen Ausschluß, sondern vielmehr um die Fragmentarisierung der russischsprachigen Minderheit, die sich in "Gewinner" und "Verlierer" spaltet. Ethnische Mobilisierung wurde durch diese Fragmentarisierung, sei sie intentional oder erwünschter Nebeneffekt der estnischen Politik, verhindert. Die Entwertung des sozialen Kapitals der ethnischen Gruppe wird also durch einen anderen Effekt überlagert: Für einen Teil der Minderheit besteht die Chance zur individuellen Integration durch Assimilation. Die Bedingungen der Assimilation sind jedoch so gestellt, daß sie im hohen Maße selektiv wirken müssen: Untersuchungen zum Arbeitsmarkt und Bildungssektor zeigen, daß Alter,

⁹ Siehe Estonian Human Development Reports/United Nations Development Report Programme (UNDP), Tallinn 1995-1999; Estonian labour force survey, hrsg. von Ministry of Economic Affairs of the Republic of Estonia, Tallinn, 1999.

¹⁰ Vgl. Aadne Asland: Ethnic Groups and Living Conditions: A Study of Unemployment in the Baltic Countries, in: The Baltic Countries Revisited: Living Conditions and Comparative Challenges. The Norbalt Living Conditions Project. Fafo Report 320, hrsg. von Kunud Knudsen u.a., Oslo 1997, S. 105-120. Estonian Human Development Report/United Nations Development Report Programme (UNDP), Tallinn 1996, 1999. Ida-Virumaa, die nordöstlichste Provinz Estlands, ist ein Beispiel für das Fortwirken des sowjetischen Arbeitsmarktes, der die russische Minderheit von der estnischen Bevölkerung in vieler Hinsicht trennte. Im Zuge der forcierten sowjetischen Industrialisierung Estlands siedelten sich mehrheitlich russischsprachige Industriearbeiter in Ida-Virumaa an. Der Nordosten, der auch heute noch zu über 90% russischsprachig und von Industriearbeit geprägt ist, wurde am härtesten vom wirtschaftlichen Umbruch getroffen, die Arbeitslosenrate ist eine der höchsten, der Lebensstandard der niedrigste Estlands. Ebd.

Qualifikation, Wohnort und Geschlecht auch bei den Angehörigen der Minderheit wesentlich darüber entscheiden, welche Position sie in der estnischen Gesellschaft einnehmen. Die "Gewinner" aus der Minderheit, die an dem Aufschwung im Zuge der estnischen Transformation teilhaben, sind jung, qualifiziert, verfügen über gute Sprachkenntnisse und sind beruflich mobil. Für sie und kommende Generationen der russischen Minderheit bestehen sowohl wirtschaftlich als auch politisch bessere Integrationschancen als für die ältere Generation, deren alte Rechte und Privilegien mit dem Ende der Sowjetunion verloren gegangen sind. Der harte Politikkurs der estnischen Regierung gegenüber politischen Aktivisten während des Umbruchs hat diesen tatsächlich die Basis für die Behauptung zumindest als "offizielle" Elite entzogen¹¹, gleichzeitig jedoch die ethnische Sozialstruktur aufgebrochen, indem sie der jüngeren potentiellen Mobilisierungsbasis die Chance zur Integration und zum Aufstieg in der neuen Gesellschaft bietet. Die Eingliederung in die ökonomisch und politisch vergleichsweise stabile estnische Gesellschaft steht also gerade für die Gruppe offen, aus der sich unter anderen Bedingungen, nämlich denen eines strikteren Ausschlusses, neue russische ethnische *entrepreneurs* rekrutieren und die Positionen der alten russischen Eliten anstreben könnten.

In einem Gesamturteil über die ethnischen Beziehungen in Estland ist es deswegen wichtig festzuhalten, daß neben den harten Assimilationsanforderungen und Restriktionen die – wenn auch begrenzte – Integration der ethnischen Minderheit betrachtet werden muß. Diese vollzieht sich vor dem Hintergrund einer strikt liberalen ökonomischen Transformation, in der einerseits gesamtgesellschaftlich soziale und wirtschaftliche Erosionsprozesse zu verzeichnen sind, andererseits aber auch innerhalb der Minderheit eine dünne Schicht vom Umbruch profitiert. Für die "Verlierer" hingegen, die sich häufiger unter den Mitgliedern der Minderheit finden, existiert kaum die Wahl zwischen Anpassung und Selbstbehauptung.

¹¹ Der Kommunistischen Partei Estlands gelang es nicht, nach ihrem Verbot 1991 eine Nachfolgepartei zu gründen; dadurch gingen gerade der alten Nomenklatura wichtige politische Einflußmöglichkeiten auf das estnische Parlament verloren.

Politische Systeme im Differenzierungsprozeß

Inka Jörs

Postkommunistische Parteien in Polen und Ostdeutschland im Vergleich¹

In Polen wie auch in Ostdeutschland erzielten die kommunistischen Nachfolgeparteien nach dem Systemübergang nicht nur überraschende Wahlerfolge, sondern konnten sogar eindrucksvolle Stimmenzuwächse verzeichnen.² Hier zeigt sich deutlich eine Besonderheit ostdeutschen Wahlverhaltens. Ein Vergleich mit anderen postsozialistischen Transformationsgesellschaften, kann den Blick dafür schärfen, ob Gemeinsamkeiten zwischen den neuen Bundesländern und "klassischen" Transformationsländern wie Polen bestehen, trotz der ostdeutschen Vereinigungs-sondersituation.

In Polen konnte ein Erfolg der Postkommunisten noch eher erwartet werden als in Ostdeutschland. Dort waren die ehemaligen Machthaber durch einen mit den oppositionellen Kräften weitgehend ausgehandelten Systemübergang weniger diskreditiert gewesen als die Parteifunktionäre der SED. Letztere waren erst mehr oder weniger durch den zunehmenden äußeren Druck zu Kompromißlösungen gedrängt worden. Hinzu kommt, daß die anderen maßgeblichen Parteien in Ostdeutschland auf Unterstützung durch ihre westdeutschen Schwesterparteien bauen konnten und so eher in der Lage waren, der organisationell im Vorteil befindlichen PDS ihre Stellung streitig zu machen.

Trotz der anderen Ausgangslage scheint die Diskreditierung der ehemaligen Staatsparteien und der Vertrauensverlust in ihre Politiker einen Großteil der postsozialistischen Wähler nicht allzu lange gegen die Parteien eingenommen zu haben. Was waren nun die Bedingungen für den Erfolg der beiden ehemaligen Staatsparteien, die viele Erwartungen übertroffen hat?

Die SLD versucht, sich als moderne sozialdemokratische Partei der Mitte darzustellen und so ein möglichst großes Segment der polnischen Bevölkerung zu erreichen. In ihrem Wahlprogramm zu den Parlamentswahlen 1997 stellt sich die SLD in die Tradition der polnischen Linken und der Europäischen Sozialdemokratie und gibt an, sich als besonders verantwortlich für die Probleme derer zu verstehen, die einen größeren Preis für Veränderungen zu zahlen haben als andere. Auf der anderen Seite wird klar herausgestellt, daß sich die Wahlkoalition als Interessenvertreterin verschiedener sozialer Gruppen versteht und eben neben den Trans-

¹ Der Artikel beschäftigt sich mit einem Teilaspekt meiner Dissertation zum Thema: "Parteienentwicklung in postsozialistischen Gesellschaften am Beispiel Ostdeutschlands und Polens".

² Die Linke Wahlallianz SLD, deren maßgeblichster Bestandteil die kommunistische Nachfolgepartei SdRP war, konnte ihre Stimmenanteile kontinuierlich von 12% bei den Parlamentswahlen 1991 auf 20,4% 1993 und 27,1% 1997 erhöhen. Die Partei des Demokratischen Sozialismus PDS konnte in den ersten gesamtdeutschen Bundestag mit nur 2,4% der Stimmen wegen einer separat für das Gebiet der neuen Bundesländer geltenden Fünfprozenthürde (Ostdeutschland 11,1%) einziehen. 1994 gelang ihr der Einzug in den Bundestag durch den Gewinn von 4 Direktmandaten (gesamtdeutscher Stimmenanteil 4,4%, ostdeutscher 19,8%). 1998 gewann sie gesamtdeutsch 5,1% und ostdeutsch 21,6% (einschl. Ostberlin) der Stimmen.

formationsverlierern auch die Probleme der Wirtschaft versteht.³ Sie unternimmt also den Versuch, nicht nur für den typischen sozialdemokratischen, nach sozio-ökonomischen Merkmalen definierten, Teil der Wählerschaft zu stehen. Sie sucht auch aktiv die Unterstützung in der entstehenden polnischen Mittelklasse.⁴

Zusätzlich versuchen die polnischen Postkommunisten auch mit nach westlichem Verständnis "neulinken" Positionen wie Geschlechtergleichstellung, Ablehnung jedweder Diskriminierung von Frauen und der Förderung von Kinderbetreuung sowie liberaler Abtreibungsregelungen weibliche Wähler zu gewinnen.⁵ Ein Themenfeld, in dem sich auch die PDS zu profilieren versucht.

Es kann spekuliert werden, ob die PDS, die ostdeutsche SPD im Parteiensystem der neuen Länder ist. Der polnische Weg, sich als sozialdemokratische Partei darzustellen und damit an Traditionen anzuknüpfen, bleibt ihr versperrt. Mit der SPD wirbt bereits eine sozialdemokratische Partei auch um die ostdeutsche Wählergunst, von der sich die PDS als linke, sozialistische Alternative abgrenzen muß.

Die unter den postsozialistischen Transformationsstaaten einzigartige deutsche Sondersituation ermöglicht es der PDS statt dessen, sich als originäre Vertreterin ostdeutscher Interessen darzustellen. Damit spricht auch sie irgendwie eine Gesamtheit, nämlich die der Wahlbevölkerung auf dem ehemaligen Gebiet der DDR an. In gesamtdeutscher Perspektive wendet sie sich natürlich an ein eindeutig abgrenzbares Wählersegment, die Ostdeutschen, trotz des Versuchs der Westausdehnung der Partei.

Mit Ausnahme ihrer ökonomischen Politikvorstellungen bestehen in anderen Bereichen in ihren Wahlprogrammen keine unüberbrückbaren Gegensätze zu den Wahlprogrammen der anderen Parteien⁶ und damit auch wenig Abgrenzungspotential.

Spiegelt sich dies nun in der eigentlichen Wählerunterstützung der beiden Parteien wider?

PDS und SLD sprechen Wähler aus allen Alters- und Berufsgruppen an. Das Image einer Arbeiterpartei bestätigt sich nicht, betrachtet man, in welchen Berufsgruppen, die Parteien erfolgreich sind. Die Arbeiter tendieren nur zögerlich zur Wahl der PDS. Die Partei kann nicht als Partei der Unterprivilegierten gelten. Die überdurchschnittliche Wahl der PDS in den höheren Einkommensgruppen reflektiert zugleich auch das überdurchschnittliche Bildungsniveau der PDS-Anhänger. Der Anteil der Hochschulabsolventen unter den PDS-Wählern ist mit knapp 30% doppelt so hoch wie im Bevölkerungsdurchschnitt.⁷

³ Zitiert nach: Aleks Szczerbiak: Interests and Values: Polish Parties and their Electorates, in: Europe-Asia Studies 8/1999, S. 1411.

⁴ Ebd. S. 1405.

⁵ Ebd. S. 1408.

⁶ Andrea Volkens: Parteiprogramme und Polarisierung, in: Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland, hrsg. von Oskar Niedermayer, Opladen 1996, S. 233.

⁷ Markus Klein: Das Wählerpotential der PDS, in: Zeitschrift zur politischen Bildung 4/1996, S. 42-48.

Ebenso tendieren Arbeitslose und Rentner zur Wahl der PDS, zusammengenommen bilden allerdings Angestellte und Beamte die größere Gruppe. Überraschend hoch auch der Anteil der Selbständigen unter den PDS-Wählern (um die 16% bei ostdeutschen Landtagswahlen). Die Partei wird also sowohl von Verlierern als auch Gewinnern der wirtschaftlichen Transformation gewählt.

Auch unter den Wählern der SLD befanden sich bei den Parlamentswahlen 1997 wieder nahezu in gleichem Maße Geschäftsleute (22%), Arbeiter (26%) und Arbeitslose (25,4%). Besonders bemerkenswert ist hier die starke Unterstützung durch Manager (33,8%).⁹ Das heißt auch die SLD stellte sich zwar als Partei dar, die auf wohlfahrtsstaatliche Positionen und die Bedürfnisse Benachteiligter abstellte und wurde trotzdem auch in starkem Maße von den Nichtbenachteiligten der wirtschaftlichen Transformation gewählt.

Es ist für beide Parteien fraglich, ob es ein aus der beruflichen und wirtschaftlichen Situation herrührendes gemeinsames Interesse von sozial so unterschiedlichen Gruppen gibt. Die ehemaligen Staatsparteien werden scheinbar von vielen als Verteidigerinnen der Errungenschaften der jeweiligen sozialistischen Systeme und der individuellen Biographien und Handlungen gesehen. Dies macht ihre Attraktivität bei Wahlen aus.

Insofern ist die Unterstützung für die ehemaligen Staatsparteien in gewisser Weise interessengeleitet, ohne daß sich dies in einer überdurchschnittlichen Unterstützung in allgemeinen sozio-ökonomischen Kategorien identifizieren ließe.¹⁰

In den neuen Bundesländern wird die Partei diffus als Vertreterin ostdeutscher Interessen von den Wählern wahrgenommen. Die Lösung konkreter Probleme wird ihr dagegen in der Regel nicht zugetraut. Lediglich im Themenfeld der sozialen Gerechtigkeit wird der Partei eine gewisse Problemlösungskompetenz zugewiesen. Damit kann sie neben der Ostinteressenvertretung noch in einem zweiten, in der Einschätzung der Ostdeutschen wichtigen, Themenfeld punkten. In diesem Feld konnte sie im übrigen Stimmen von der SPD gewinnen, da das Vertrauen in die SPD in diesem Bereich sinkt.¹¹

Da der parteitreue, stramm antiwestlich eingestellte Teil der PDS-Anhänger allerhöchstens zwei Drittel der PDS-Wähler ausmacht und somit für das Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde nicht ausreicht, müssen Wählerschichten mit anderen Wertorientierungen anvisiert werden.¹² Die Wertorientierungen der zur PDS gewechselten Wähler sind bereits libertärer und denen der Bündnisgrünen-Wähler näher. "Das deutet darauf hin, daß die Tradition der

⁸ Siehe auch: Wolfram Brunner, Dieter Walz: Totgesagte leben länger – aber wie lang ganz genau?, in: Politische Einheit – kultureller Zwiespalt? hrsg. von Susanne Pickel, Gert Pickel, Dieter Walz, Frankfurt/M. 1998, S. 87.

⁹ Aleks, Szczerbiak: Interests and Values: Polish Parties and their Electorates, in: Europe-Asia Studies, 8/1999, S. 1419.

¹⁰ Ebd. S. 1422.

¹¹ Viola Neu: Die PDS 10 Jahre nach dem Fall der Mauer, in: Analysen und Positionen, hrsg. von der Konrad Adenauer Stiftung 1999, S. 3.

¹² Gero Neugebauer, Richard Stöss: Die PDS, Opladen 1996, S. 290, 294.

DDR-Bürgerbewegungen mittlerweile einen wichtigen mentalen Einzugsbereich für die PDS darstellt." Diese Potentiale können genutzt werden, wenn sich die Partei dem Modernisierungsdiskurs nicht entzieht, was zwangsläufig zu innerparteilichen Konflikten und Problemen bei der Stammwählermobilisierung führen dürfte.¹³

Damit ist die Partei gehalten, einen Weg einzuschlagen, den ihr polnischer Counterpart bereits gegangen ist.

Ein weiterer wichtiger Wahlbestimmungsgrund für die SLD sind ohne Zweifel die eindeutigen Positionen der Partei zu sozio-kulturellen Fragen, wie säkulares Staatsverständnis, die Begrenzung des Einflusses der Katholischen Kirche und Religion ins öffentliche Leben, und der Liberalisierung des Abtreibungsrechts. Themen, die im stark katholisch geprägten Polen hochgradig wählermobilisierend sind. Hier profitierte die Wahlallianz von einer allgemeinen Stimmungsumschwung in der polnischen Bevölkerung, nach dem der Einfluß der Katholischen Kirche zunehmend als zu groß empfunden wurde.¹⁴

Im Gegensatz zur PDS hatten die polnischen Postkommunisten bereits sehr früh Regierungsverantwortung, was nicht zur Entzauberung der Partei geführt hat.

Die Zufriedenheit mit der Weiterführung des ökonomischen Reformprogramms durch die von 1993-1997 regierende Koalition aus Bauernpartei und SLD wird fast ausschließlich der SLD zugeschrieben.¹⁵ Es sind die zufriedenen Gewinner der wirtschaftlichen Transformation, die zum Erfolg der Partei beitragen, obwohl die positive Bewertung nicht mit dem Hauptgrund für das Gelingen der Reformen einhergeht, der Privatisierung von Staatsfirmen. Die SLD-Wählerschaft bleibt trotzdem geprägt von Anti-Privatisierungseinstellungen.¹⁶

Die PDS ist in Mecklenburg Vorpommern bereits an einer Koalitionsregierung mit der SPD beteiligt. Damit rückt die kommunistische Nachfolgepartei auch in Ostdeutschland immer mehr in die Rolle einer ganz normalen politischen Kraft, die über ihre Minister im Bundesrat auch bereits Einfluß auf Bundespolitik nehmen kann. In Sachsen-Anhalt ist sie insofern nicht mehr reine Oppositionspartei, als daß sie durch ein Tolerierungsabkommen mit der sozialdemokratischen Minderheitenregierung verbunden ist.

Die Wähler waren den Realitäten in der Beziehung bereits weiter voraus gewesen. Bereits 1994 waren 34% von vor der Wahl befragten Ostdeutschen der Meinung, die Partei könnte an einer Regierung beteiligt werden. Etwa die Hälfte der Befragten sah sie als Partei mit seriösen

¹³ Ebd. S. 291.

¹⁴ CBOS Reports 1989-1993. Zitiert nach: Hubert Tworzecki: Parties and Politics in Post-1989 Poland, Oxford 1996, S. 63.

¹⁵ Radoslaw Markowski: From opposition to incumbents and back: Polish SLD in the '90s. [im Erscheinen], S. 8.

¹⁶ Ebd. S. 11.

politischen Zielen.¹⁷ Sie wird von einem großen Teil der Ostdeutschen als normale demokratische Partei wahrgenommen (67% Ost, 36% West).¹⁸

Der Erfolg beider Nachfolgeparteien basiert auf einer weit gefächerten Unterstützung in der polnischen bzw. ostdeutschen Bevölkerung. In Polen wird diese auch nicht durch die während der Regierungsbeteiligung der Partei verfolgte Wirtschaftspolitik, die zu starken Einschnitten geführt hatte, beeinträchtigt.

Auch in Ostdeutschland ist die Entscheidung für die Postkommunisten scheinbar nicht an die persönliche wirtschaftliche Lage gekoppelt. Die PDS als ostdeutsche Regionalpartei aus gesamtdeutscher Sicht tritt gegen die Benachteiligung der ostdeutschen Bürger durch den Vereinigungsprozeß ein. Daher waren Stimmenverluste mit der Angleichung der Lebensverhältnisse erwartet worden. Statt dessen verzeichnete die Partei Zuwächse, obwohl die Ostdeutschen ihre persönliche Lage mehrheitlich als verbessert sahen.¹⁹

Letztlich scheint in beiden Gesellschaften ein Bedarf zu bestehen, dem die beiden postkommunistischen Nachfolgeparteien gerecht werden können, der sich nicht mit sozialen oder ökonomischen Faktoren erklären läßt. Wie das Erfolgsmodell SLD zeigt, scheint die Sozialdemokratisierung der postkommunistischen Partei und ihr pragmatischer Politikkurs, den Bedürfnissen der postsozialistischen Wählerschaft gerecht zu werden – vielleicht auch ein Erfolgsrezept für die PDS.

¹⁷ Gero Neugebauer, Richard Stöss: Die PDS, Opladen 1996, S. 233.

¹⁸ Hans-Joachim Veen, Wolfram Brunner, Peter Gluchowski, Jutta Graf, u.a.: Analyse der Bundestagswahl vom 27. September 1998. In: Interne Studie der Konrad Adenauer Stiftung 173/1998, S. 43.

¹⁹ Heinrich Bortfeldt: Die Ostdeutschen und die PDS, in: Deutschland Archiv 12/1994, S. 1283-1287.

Marie-Carin von Gumppenberg

Gefahren autoritärer Regime in Zentralasien

Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre nahmen westliche Analytiker nicht nur Kazachstan, sondern ganz Zentralasien als potentielle Krisenregion wahr. Angesichts der dort bestehenden ethnischen und religiösen Vielfalt häuften sich die Spekulationen über die bevorstehende "Balkanisierung" der bis dato unbekanntem Gegend. Egon Bahr sprach von Zentralasien als einer Region, in der "schwer durchschaubare und schwer beeinflussbare nationale, ethnische und religiöse Leidenschaften sowie wirtschaftliche Interessen eine brisante Mischung ergeben, die nur mit Glück unter einer friedlichen Decke gehalten werden können"¹. Zbigniew Brzezinski meinte, Zentralasien werde sich aufgrund seines "ethnischen Hexenkessels"² zu einem "eurasischen Balkan" entwickeln. Das regionale Gleichgewicht sei wesentlich durch inter-ethnische Konflikte, politische Zersplitterung und offene Feindseligkeiten entlang der russischen Grenzen gefährdet. Eine Konsolidierung der dort 1991 entstandenen Staaten sei daher ausgeschlossen.³

Anlaß zum Entwurf derartiger Krisenszenarien gab nicht nur die ethnische, sprachliche und religiöse Vielfalt, die zwischen China und Kaspischen Meer, zwischen Rußland und Afghanistan herrschte. Anlaß zur Besorgnis gab auch die Tatsache, daß bereits mehrfach, jedoch lokal begrenzt blutige Konflikte ausgebrochen waren. Im Dezember 1986 gab es in Kazachstan schwere Unruhen, nachdem bekannt geworden war, daß ein Ortsfremder neuer KP-Chef werden sollte. Im Mai 1989 kam es in Turkmenistan zu Ausschreitungen gegen Armenier. Im Juni 1989 eskalierten die Spannungen zwischen Uzbeken und Mescheten im uzbekischen Teil des Ferghana-Tals. Im Februar 1990 erfolgten in Tadjikistan gewaltsame Zusammenstöße mit den örtlichen Sicherheitskräften. Im Mai und Juni 1990 ereigneten sich schwere Konflikte zwischen Uzbeken und Kyrgyzen im kyrgyzischen Oš.

Fehlstart in die Demokratie

Die zentralasiatischen Machthaber zogen aus der realen oder vermeintlichen Konfliktrichtigkeit ethnischer Vielfalt äußerst konservative Lehren. Sie verwiesen auf die Gefahren nachhaltiger bzw. übereilter Demokratisierung hin. Die Perestrojka hätte einen Prozeß der nationalen Wiedergeburt in Gang gesetzt, der lediglich zur Verstärkung der zentrifugalen Tendenzen geführt hätte. "Ethnopolitische Bestrebungen" seien aus der "Erfahrung des Schocks der Freiheit" heraus entstanden. Eine wenig konstruktive Opposition hätte die Politik in ein Spiel verwandelt, das die wahren Ziele unter sich begraben hätte, nämlich die Sorge um die Menschen, die Gesellschaft und das Land. Es bestünde die ernsthafte Gefahr einer

¹ Egon Bahr: Deutsche Interessen. Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik, München 1998, S. 91.

² Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Berlin/Weinheim 1997, S. 184.

³ Brzezinski: Die einzige Weltmacht, a.a.O., S. 218.

Destabilisierung der Staaten durch separatistische, extremistische und fundamentalistische Kräfte.⁴

Die zentralasiatischen Präsidenten erklärten daher die Bewahrung des inter-ethnischen Friedens und der gesellschaftlichen Harmonie zum vorrangigen Ziel ihrer Politik und verschoben die Implementierung demokratischer Normen und Verfahren in eine ferne Zukunft. Sie ließen verlautbaren, Demokratie sei für das eigene Land ungeeignet (Turkmenistan), zu früh (Uzbekistan), zu gefährlich (Tadjikistan) oder zu schwer kontrollierbar (Kyrgyzstan und Kazachstan).

In der Folgezeit entwickelten sich die zentralasiatischen Staaten – zeitlich und in ihrem Ausmaß nivelliert – zu autoritären Präsidialregimen. Heute besitzen alle Präsidenten der Verfassung nach eine enorme Macht- und Kompetenzfülle. Ihre weitreichenden Interventions- und Mitwirkungsbefugnisse stellen sie über alle anderen Verfassungsorgane. Die Präsidenten ernennen und entlassen Minister. Sie geben die Richtlinien für die Innen- und Außenpolitik des Staates vor. Sie können das Parlament in seiner legislativen Funktion umgehen, indem sie Referenden ansetzen und gegebenenfalls per Dekret regieren. Das Parlament übt keine wirkliche Kontrollfunktion aus. Es kann weder die Regierung noch den Präsidenten mit geeigneten Mitteln ihres bzw. seines Amt entheben. Alle Versuche des Parlaments, sich Rechte und Kompetenzen anzueignen, scheitern meist, da der Präsident das Recht besitzt, das Parlament aufzulösen.

Die in der Verfassung verankerte Machtfülle kultivieren die zentralasiatischen Präsidenten durch den ihnen eigenen patriarchalen Herrschafts- und Führungsstil. Alle treten als "Väter der Nation" auf, die sich persönlich dafür verantwortlich zeigen, daß ihre Nation nicht in den kommenden 100 bis 200 Jahren ausgelöscht wird.⁵ Sie geben sich als einheitsstiftende Autorität und politischer Koordinator im Lande, indem sie korrupte Verwaltungsbeamte bestrafen, unfähige Minister ermahnen und untätige Regierungen entlassen. Die Präsidenten verstehen sich nicht nur als "Väter seiner Nation". Sie sind die Nation. Sie sprechen im Namen der Bevölkerung, geben ihre Hoffnungen und Zweifel wieder und beschreiben ihre desolate Lage. Gleichzeitig versprechen sie, den tiefergehenden Interessen der Nation zu dienen sowie die Wünsche und Sehnsüchte der Bevölkerung nach Frieden, Harmonie und Wohlstand zu erfüllen.

Fassadendemokratien

In Zentralasien wird grundsätzlich demokratischen Institutionen wie Wahlen große Skepsis entgegengebracht. Die Bereitschaft der herrschenden Eliten sich – insbesondere bei Präsidentschaftswahlen – dem ungewissen Spiel demokratischer Prozesse auszusetzen, ist gering. Wahlen werden verschoben oder durch Referenden ersetzt mit der Begründung, ein

⁴ Nursultan Nazarbaev: Na poroge XXI veka, Almaty 1996, S. 140f.

⁵ Siehe: Delovaja Nedel'ja, 20. März 1998.

langwieriger Wahlkampf würde die inter-ethnische und sozio-ökonomische Stabilität des Landes gefährden.⁶

Durch geschicktes Taktieren und gesetzliche Hürden werden Konkurrenten schon vor Beginn des eigentlichen Wahlkampfes ausgeschaltet. Um dennoch "demokratische" Wahlen zu gewährleisten werden aussichtslose Gegenkandidaten ins Rennen geschickt. Jede Kritik an der Person des Präsidenten sowie an seiner Politik wird zum Schweigen gebracht. Wird dennoch über Tabu-Themen berichtet, so werden Fernseh- und Rundfunksender aufgrund "technischer Probleme" abgeschaltet. Zeitungen und Journale können ihre Ausgaben wegen "Papiermangels" nicht vervielfältigen oder haben mit Gerichtsverfahren wegen Präsidentenbeleidigung zu kämpfen.

Bücher und Reden der Kandidaten, insbesondere aber die "Botschaften des Präsidenten an sein Volk", ersetzen fundierte Wahlprogramme und klare Regierungskonzepte. Mit einfachen Parolen, aussagekräftigen Überschriften und prägnant formulierten Spruchbänder wird an die Emotionen der Wähler appelliert. Der Präsident selbst läßt sich meist erst nach langem Bitten aus den Reihen der Bevölkerung zum Kandidaten aufstellen, um dann mit wahrhaft "sowjetischen Ergebnissen" zu gewinnen.⁷

In keiner der zentralasiatischen Republiken existiert ein wirkliches Parteiensystem. Vielfach befinden sich Parteien noch im "Embryonalstadium". Im Mittelpunkt parteipolitischer Arbeit stehen nicht fundierte, klar umrissene Programme, sondern vielmehr charismatische Persönlichkeiten – meist ausgediente Politiker –, die ihren Mitgliedern und sich selbst Machterwerb bzw. -erhalt versprechen. Parteipolitische Identität ist weder programmatisch noch sachlich, sondern vielmehr personal begründet. Formale Regeln innerparteilicher Willensbildung existieren nicht. Faktisches Organisationsprinzip ist die Clique des Parteiführers, die weniger an einer Interessenvertretung der Bürger als vielmehr an einer Konsolidierung des persönlichen Netzwerkes interessiert ist.

Parlamentswahlen dienen in Zentralasien immer weniger der Artikulation und Aggregation gesellschaftlicher Interessen und immer mehr der Machtsicherung der herrschenden Eliten. Es gilt, potentielle Anwärter auf das Präsidentenamt auszuschließen sowie willfährige Parlamente zu schaffen, die die Politik des Präsidenten fraglos unterstützen. Jede Art von Opposition ist unerwünscht. Bis Mitte der 90er Jahre waren zumindest in Kasachstan und Kirgizstan noch eine Vielzahl oppositioneller Parteien und Bewegungen im Parlament vertreten. Seit 1999 dominieren auch dort die sogenannten "Parteien der Macht".

Politischer Einfluß wird nicht durch demokratische Institutionen wie Wahlen, sondern auf dem "Schwarzmarkt", also unter Ausschluß der Öffentlichkeit ausgeübt. Nicht die Bürger,

⁶ Beispielsweise wurden die für Dezember 2000 geplanten Präsidentschaftswahlen in Kasachstan auf Januar 1999 vorgezogen.

⁷ Nursultan Nazarbajev (Kasachstan) gewann im Januar 1999 mit "nur" 79%, Imomali Rachmonov (Tadschikistan) im November 1999 mit 96% und Islam Karimov (Uzbekistan) im Januar 2000 mit 92%. Die Präsidentschaftswahlen in Kirgizstan stehen noch aus. Der turkmenische Präsident, Saparmurat Nijasov, wurde Ende 1999 zum Präsidenten auf Lebenszeit ernannt.

sondern mächtige Wirtschaftsakteure entscheiden. Wichtigster Akteur ist der Präsident selbst, der sich über seine Familie die Einnahmen lukrativer Wirtschaftsbereiche sichert. Die zentralasiatischen Präsidenten sichern sich ihre Macht, indem sie als Lobbyisten auftreten, die in allen wichtigen Wirtschaftsbereichen über Einfluß und Rückhalt verfügen. Mit dieser soliden Ressourcenbasis haben die Präsidenten ihre Position auf absehbare Zeit gesichert. Ihre Machtfülle garantiert ihnen, daß Korruptionsvorwürfe gegen die eigene Person weder offen geäußert noch zur Anklage gebracht werden. Und ihre Einflußmöglichkeiten gestattet es ihnen, sich gegenüber allen Anfeindungen als erhaben zu zeigen.

In der Bevölkerung Apathie und Zynismus herrschen vor. Nach Jahrzehnten verordneter Partizipation ist in der Bevölkerung kaum Bereitschaft zu demokratischer Teilhabe vorhanden. Eine "Zivilisierung lokaler autoritärer Enklaven"⁸ durch den Abbau informeller Netzwerke findet daher nicht statt. Vielmehr unterstützt die Bevölkerung die staatlich forcierte Konservierung des "Aggregatzustandes assoziativer Unterentwicklung"⁹. Die Formen der Selbstorganisation, die die Bevölkerung infolge des Zusammenbruchs des staatlichen Verteilungssystems entwickelte, entsprechen keineswegs zivilgesellschaftlichen Strukturen westlicher Ausprägung. Informelle Netzwerke dominieren.

Eine Kanalisation gesellschaftlicher Konflikte durch den gezielten Aufbau von politischen Vereinigungen und gesellschaftlichen Organisationen findet nicht statt. Der Staat, aber auch der Großteil der Bevölkerung blockieren die Entstehung stabiler und berechenbarer Handlungsbedingungen, die die Integration und Kooperation zwischen Staat und Gesellschaft fördern könnten. Von oben und von unten ist gesellschaftspolitisches Engagement nicht erwünscht, ja wird sogar abgelehnt. Die Trennung von Staat und Gesellschaft wird somit von beiden Seiten "betrieben".

Entwicklungsperspektiven

In allen zentralasiatischen Präsidialregimen besteht die Gefahr, daß die bestehende "instabile Stabilität" aufbricht. Ein Krisenszenario könnte wie folgt aussehen: Macht ist personalisiert und nicht institutionalisiert. Das politische System ist wesentlich von der Person des Präsidenten abhängig. Ist dieser krank oder stirbt dieser sogar, so ist das gesamte System in Frage gestellt. Die herkömmliche Legitimierung von Macht wird angezweifelt. Das etablierte Bild des "Vaters der Nation" erodiert. Die Bevölkerung droht mit einem Aufstand. Dieses Krisenszenario ist jedoch relativ unwahrscheinlich. Eine Kontinuität patriarchaler Macht scheint insofern garantiert, als die Präsidenten es verstanden haben, an zentralen Schlüsselpositionen Familienmitglieder zu installieren, die das Neo-Patriarchat auch über ihren Tod hinaus zu stabilisieren wissen. Darüber hinaus sind sie dabei, wie Turkmenbaschi, Nachfolger aufzubauen.

⁸ Wolfgang Merkel, Hans-Joachim Lauth: Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1998, B 6 – 7/98, S. 6.

⁹ Claus Offe: Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten, Frankfurt/M., New York 1994, S. 120.

Ein anderes Krisenszenario könnte wie folgt aussehen. Die Herrschafts- und Autoritätskonflikte innerhalb von Verwaltung und Regierung nehmen zu. Die Korruption in den Machtorganen wächst. Häufige Personalwechsel finden statt. Der bürokratische Apparat verselbständigt sich. Politische Entscheidungen werden nur noch nach persönlicher Maßgabe und wirtschaftlicher Lukrativität durchgesetzt. Das Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Einrichtungen, ihre Durchsetzungskraft und Effektivität schwindet. Die Regierung erweist sich als unfähig, die anstehenden sozialen und ökonomischen Probleme zu lösen. Die Bevölkerung ist nicht länger bereit, in regelmäßigen Abständen Politiker zu wählen, die sich zwischen den Wahlen keiner Instanz verantwortlich zeigen. Die Suche nach einem Schuldigen für die gesamte Misere beginnt. Schnell wird der Präsident verdächtigt, seine Autorität nicht zum Wohle der Bevölkerung einzusetzen, sondern vielmehr für persönliche Zwecke zu mißbrauchen. Seine Legitimität erodiert. Das präsidiale Regime bzw. die Fassadendemokratie werden in Frage gestellt. Dieses Krisenszenario erscheint schon etwas realistischer zu sein.

Ein anderes Krisenszenario könnte sich wie folgt entwickeln. Infolge der anhaltenden sozio-ökonomischen Krise nehmen die soziale Polarisierung innerhalb Bevölkerung zu. Eine schmale reiche Oberschicht, die sich jeden Luxus leisten kann, steht einer breiten verarmten Bevölkerungsmehrheit gegenüber, die um das bloße Überleben kämpft. Der Konkurrenzkampf um Ressourcen und Positionen, um Macht und Einfluß nimmt zu. Ethnische Minderheiten und sozial Schwache werden aus gesellschaftlich wichtigen Bereichen verdrängt. Die diskriminierten Bevölkerungsschichten reagieren mit sozialen Protesten, Massendemonstrationen oder verstärkter Emigration. Die Regierung verliert die Kontrolle über die Situation. Progrome gegenüber privilegierten ethnischen Minderheiten setzen ein. Die von den Präsidenten beschworene "gesellschaftlichen Harmonie" ist zerstört. Dieses Krisenszenario war bereits mehrfach Realität. Ob es auch in Zukunft bestimmendes Moment sein wird, das die Stabilität der autoritären Präsidialregime in Frage stellen könnte, wird sich zeigen.

*Adam Gondos**Gedanken zur laufenden Medienschlacht in Ungarn*

Das Internationale Presseinstitut mit Sitz in Wien hat die Lage der ungarischen Medien Anfang Januar 2000 als sehr bedenklich bezeichnet, weil "die ungarische Regierung eine Kampagne startete, die die Kontrolle des freien Informationsflusses und die Beschränkung der unabhängigen Medien zum Ziel hatte."¹ Die Situation ist wirklich ernst aufgrund Kompetenzstreitigkeiten beim öffentlich-rechtlichen Radio und Fernsehen. Letztes Jahr gerieten durch ein Gerichtsurteil auch die privaten Fernsehstationen negativ ins Rampenlicht. Den Printmedien ging es auch nicht besser: in etlichen Redaktionen wurden wegen Verrat von Staatsgeheimnissen polizeiliche Hausdurchsuchungen durchgeführt, die spektakulären Ermittlungen brachten aber kaum Ergebnisse.

Streit um die Kuratorien der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten

This is a problem of Hungarian political culture in general and a very bad media law in particular.²

András Székfu, unabhängiger ungarischer Medienexperte

Nach ungarischem Mediengesetz werden die Kuratorien der öffentlich-rechtlichen Medien durch das Parlament gewählt. In alle drei achtköpfigen Körperschaften (Staatliches Fernsehen (MTV), Duna Fernsehen, Nationales Radio) werden von den Regierungsparteien und von der Opposition jeweils vier Vertreter geschickt.

Dieses System erfordert von den oppositionellen Parteien, sich auf gemeinsame Kandidaten zu einigen. Diese Einigung wurde durch den Anspruch der rechtsradikalen MIÉP (14 Sitze im Parlament) verhindert, indem sie ebenso viele Vertreter in die Vorstände entsenden wollte, wie die größte oppositionelle Partei, die Sozialistische Partei (134 Sitze). Deswegen wurden im März 1999 nur die Kandidaten der Regierungsparteien ins Kuratorium gewählt, die dann das staatliche Fernsehen politisch entscheidend verändert haben. Nachdem die Oppositionsparteien auch dieses Jahr keine Einigung erzielen konnten, hat das Parlament am 29. Februar 2000, genauso wie letztes Jahr, nur vier regierungstreue Kuratoren ernannt. Sozialisten und Liberale warfen den rechten Regierungsparteien ein Zusammenspiel mit der MIÉP vor.

Zu den Problemen gehört auch, daß das MTV sich in einer katastrophalen finanziellen Lage befindet. Bis zum Ende des Jahres 1999 häufte das öffentliche Fernsehen einen Schuldenberg von 8,2 Milliarden Forint (1DM=130 Forint) an. Die Orbán-Regierung deckte dann die Finanzlücke durch den Verkauf der wertvollsten Immobilien des staatlichen Fernsehens und die Entlassung von insgesamt tausend Mitarbeitern. Man wußte aber immer noch nicht, wie es weitergehen sollte: weder das Budget noch das Programmangebot verbesserte sich entscheidend. Innerhalb eines Jahres wurde die gesamte Führungsriege durch regierungstreue

¹ Neue Pester Lloyd, 12. Januar 2000, S. 4.

² Peter Finn: Hungary Under Fire for Impinging on Media Freedoms, in: Washington Post, 15.3.2000, S. 24.

oder regierungsnahen Personen ausgetauscht, dabei wurden fachliche Kenntnisse und Erfahrungen nicht unbedingt berücksichtigt. Die Verluste des MTV sind also nicht nur auf die starke Konkurrenz durch die Privatsender auf dem Werbemarkt zurückzuführen, es wurde auch durch die unkompetente Führung und auf die unausreichende Tätigkeit der staatlichen Aufsichtsbehörde, des Fernsehkuratoriums, verursacht.

Schließlich entschied das Verfassungsgericht am 29. Juni 1999, daß es zwar nicht gesetzkonform sei, daß nur die Regierungsparteien im Fernsehkuratorium vertreten sind, aber auch nicht verfassungswidrig. Außerdem wäre es vom großen Interesse, daß die öffentlichen Medien verwaltet werden, wenn auch nur von Kuratoren der Regierungsseite. Generalstaatsanwalt Kálmán Györgyi hatte eine ganz andere Position: er stellte am 2. Februar auf Ansuchen der Oppositionsparteien MSZP und SZDSZ fest, daß die Legitimität des Fernsehkuratoriums zu beanstanden sei. Er hat das Parlament in einem offenen Brief an den Parlamentspräsidenten zu einer Neuwahl des Kuratoriums aufgefordert: Es sollte von den zwei MSZP, zwei MIÉP und einem SZDSZ Kandidaten einfach vier Oppositionskandidaten wählen. Obwohl Györgyi selbst darauf hingewiesen hat, daß er nach ungarischem Gesetz nur eine Bitte hervorbringen kann, Präsident Áder wies den Vorschlag außerordentlich scharf zurück. Áder, der selbst Jurist ist, meinte, die drei oppositionellen Parteien hätten sich auf vier gemeinsame Kandidaten einigen müssen. Als Gegenreaktion hat Györgyi am 6. März 2000 sein Amt niedergelegt.

Bis heute ist der FIDESZ der Meinung, daß die Spaltung der Opposition dafür verantwortlich ist, daß man nicht alle acht Kuratoren wählen kann. Sie weisen auch darauf hin, daß das Mediengesetz noch aus Zeiten der vorherigen Horn-Regierung stammt. Die Sozialisten und ihre Ex-Regierungspartner, die Liberalen, haben den Fehler gemeinsam begangen, der jetzt der MIÉP das Veto ermöglicht. Die Regierungsparteien stellen sich also weiterhin auf den Standpunkt, daß es, solange sich die sozialistische MSZP, die liberale SZDSZ und die rechtsradikale MIÉP nicht auf ihre Kandidaten einigen, keine andere Möglichkeit gebe, als die einseitig besetzten Kuratorien arbeiten zu lassen.

Die Proteste gegen das Regierungsvorhaben, die öffentlich-rechtlichen Medien einseitig unter ihre Kontrolle zu bringen, verschärften die in- und ausländische Proteste. Am Vorabend des Ungarischen Nationalfeiertages (15. März) wurde in Budapest durch Zivilorganisationen ein Fackelmarsch mit viertausend Teilnehmern veranstaltet, um gegen die Regierungskontrolle der Medien zu protestieren.

Ungewöhnlich war auch, daß die nach Ungarn delegierten Botschafter die Medienpolitik der Regierung öffentlich tadelten. Am 7. März hat der EU-Botschafter Michael Lake das Wort ergriffen und die ungarische Regierung vor solchen Schritten gewarnt, die den baldigen EU-Beitritt verzögern könnten. Zwei Tage später hat auch der USA-Botschafter Peter Tufo in einem Interview³ gemeint, daß es wichtig wäre, wenn Ungarn seinen Ruf einer Mehrparteien-

³ A médiának objektívnek kell maradnia (Die Medien sollen objektiv bleiben), in: Magyar Hírlap, 7. März 2000, S. 1.

demokratie, in der die Pressefreiheit respektiert wird, aufrechterhält in einer Region, wo die Intoleranz schon so laut geworden sei.

Die Bemerkung blieb nicht lange unbeantwortet. Regierungschef Orbán meinte in seinem wöchentlichen Rundfunkinterview:⁴ "Es gibt keinen Grund, für die Pressefreiheit zu demonstrieren, weil wir eine freie Presse haben, und niemand will sie uns wegnehmen." Orbán fand es außerdem unpassend, daß ein US-Botschafter die ungarische Verfassung interpretiert. Der Premier nannte die Zusammensetzung der Kuratorien völlig gesetzeskonform, er argumentierte, daß sein britischer Amtskollege Blair einen seiner Freunde zum Chef der British Broadcasting Corporation (BBC) ernannt hat.

Das in New York ansässige Committee for the Protection of Journalists war die nächste in der Reihe von internationalen Organisationen, die die ungarische Regierung kürzlich wegen ihrer Medienpolitik kritisierten. In ihrem Bericht hieß es, daß Regierungschef Orbán und der FIDESZ eine zunehmende Kontrolle über die öffentlich-rechtlichen Medien ausübten und die Regierung immer intoleranter reagiere, wenn die Presse Korruption in höheren Kreisen analysiert.⁵

Mittlerweile sitzen die Regierungskandidaten nicht nur in den Kuratorien des Ungarischen Fernsehens und Rundfunks, sondern seit Ende März auch im Kuratorium des Duna Fernsehens, das für die ungarische Minderheiten im Ausland ausgestrahlte Satellitenprogramm. Der FIDESZ brachte einen als Kompromiß bezeichneten Vorschlag ein, nachdem jede Regierungspartei einen Vertreter in das Kuratorium entsenden sollte. Die Oppositionsparteien lehnten den Vorschlag damit ab, daß auf diesem Wege das konservative Lager (einschließlich der MIÉP) eine Zweidrittelmehrheit erlangen würde.

Die Aufsichtsbehörde der elektronischen Medien

In der Aufsichtsbehörde der elektronischen Medien (ORTT) haben die Regierungsparteien gerade eine Zweidrittelmehrheit, nachdem jede Partei einen Vertreter in dieses Organ entsandt hat. Die Behörde wird aber nicht wegen ihrer Zusammensetzung kritisiert, sondern wegen ihres öfters fraglichen Zuteilungsverfahrens. Sie trifft nämlich die Entscheidungen über Vergabe von Sendelizenzen, was schon seit Jahren als skandalös bezeichnet werden kann.

Gleich zu Beginn des im Jahre 1997 begonnenen Prozesses der Privatisierung des Fernsehens stellte einer der drei Bewerber, der seinerzeit an der Ausschreibung um die Fernsehfrequenzen teilnahm, die Beschlüsse der ORTT in Frage, die die zwei landesweiten Fernsehkanäle dem SBS-MTM-Konsortium bzw. dem ungarischen RTL zusprach. Das Konsortium IRIS TV, der dritte Bewerber, hat die größte Summe für eine der zwei Kanäle angeboten, ging aber leer aus, was nicht ohne Grund auf eine politisch beeinflusste Zuteilung hinweist. Andererseits war die Bewerbung des RTL rechtswidrig, wie der Oberste Gerichtshof später feststellte. Damit ist der Vertrag, den RTL mit dem ORTT abschloß, ungültig. Die

⁴ Kossuth Radio, Reggeli Krónika, 15. März 2000.

⁵ Neue Pester Lloyd, 29. März 2000, S. 1.

Medienbehörde hat aber den Vertrag bis heute nicht gekündigt. RTL sollte nämlich ein großer Schadensersatz bezahlt werden, weil der Sender inzwischen schon Investitionen in Milliardenhöhe getätigt hat.

Die nächste große Skandal erfolgte Anfang März dieses Jahres, als die zwei Radiosendelizenzen an eine durch die Regierungspartei FKgP unterstützte Anstalt und an eine Budapester Gesellschaft erteilt wurden, die der rechtradikalen MIÉP nahesteht. Dabei ging der geplante Sender "Euro FM" von der Deutschen Welle, von BBC und Radio France Internationale leer aus, ebenso wie das bereits in vielen Ländern aktive katholische "Radio Maria" bzw. ein von der Romaminderheit geplanter Sender.

Die Situation der Printmedien

Spektakuläre Ermittlungen gaben es im Bereich der Printmedien. Zuerst wurde in der Redaktion des bekannten Fernsehreporters, László Jusz, der sein eigenes Kriminalmagazin produzierte und auch eine Kriminalzeitung gründete, eine Hausdurchsuchung durchgeführt, weil er angeblich Staatsgeheimnisse verletzt hat. Rechtfertigung für diese Vorgehensweise war, daß das Blatt des Journalisten im Zusammenhang mit einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, den der Ministerpräsident initiiert hatte, ein Dokument veröffentlicht hatte. Der Zweck der Ermittlungen war, herauszufinden, ob nun in der letzten Regierungsperiode eine rechtswidrige, geheime Bespitzelung mehrerer Politiker der jetzigen Regierung durch die Sozialisten erfolgt war.

Später wurden ähnliche Ermittlungen bei den Tageszeitungen "Népszava" und "Világgazdaság" durchgeführt. Bei letzterer wurden angeblich Staatsgeheimnisse bei der Publikation der sogenannten VIP-Liste verletzt, auf der die Namen jener Personen verzeichnet waren, die von der Postbank zu besonders günstigen Konditionen Kredite erhalten haben.

Fazit

Das bisher Dargestellte soll kein falsches Bild vermitteln: Diese chaotische Situation charakterisiert nicht nur die Legislaturperiode der jetzigen Regierung. Auch die vorherigen Regierungsparteien haben immer wieder versucht, die Medien zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Die ungarischen Regierungen haben die Medien immer als den Schlüssel zu ihren Wahlsiegen betrachtet und deswegen ihre eigenen Leute in Schlüsselpositionen gesetzt.

Bei den öffentlich-rechtlichen Medien sollte aber die Parteipolitik keinen Platz haben, diese Anstalten sollten völlig unabhängig sein. Für die dramatische Finanzlage und den Zuschauerschwund des öffentlich-rechtlichen Fernsehens gibt es nur einen Ausweg: Eine politisch neutrale Berichterstattung und wettbewerbsfähige Programmgestaltung. Es sollte lediglich ein Gleichgewicht gegenüber den kommerziellen Fernsehanstalten geben. Letztendlich verlieren die ungarischen Bürger, wenn in der Presse immer weniger ausgewogen, vielseitig und kritisch berichtet wird.

Alphabetisches Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Enikő Baga, Institut für internationale Beziehungen und vergleichende Politikwissenschaft, Goethe-Universität Frankfurt/M., e-mail: baga@stud.uni-frankfurt.de

Stephanie Dittmer, Graduiertenkolleg "Die Zukunft des europäischen Sozialmodells", Georg-August Universität Göttingen, e-mail: sdittme1@uni-goettingen.de

Jörg Forbrig, Europäisches Hochschulinstitut Florenz, e-mail: forbrig@datacomm.iue.it

Adam Gondos, Ruprecht-Karls-Universität Tübingen, e-mail: gondosa@hotmail.com

Marie-Carin von Gumppenberg, Ludwigs-Maximilians-Universität München, e-mail: gumppenberg@mail.rmc.de, <http://www.online-konzepte.de/kazachstan/>

Annegret Haase, Institut für Länderkunde der Universität Leipzig, e-mail: haase@ifl.uni-leipzig.de

Dagmar Haase, Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, e-mail: haase@alok.ufz.de

Guido Houben, Deutscher Bundestag, e-mail: guido.houben@berlin.de

Inka Jörs, Graduiertenkolleg "Die Zukunft des europäischen Sozialmodells", Georg-August Universität Göttingen, e-mail: ijoers@gwdg.de

Andreas Langenohl, Institut für Soziologie, Justus-Liebig Universität Gießen, e-mail: Andreas.Langenohl@sowi.uni-giessen.de

Artis Kancs, Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO), e-mail: Kanc@iamo.uni-halle.de

Krisztina Keller, Lehrstuhl Internationale Beziehungen, Universität für Wirtschaftswissenschaften, Budapest, e-mail: kkriszta@hotmail.com

Daniel Kraft, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau, e-mail: daniel.kraft@t-online.de

Kristina Küntzel, Studiengang Kulturgeschichte Ost- und Ostmitteleuropas, Universität Bremen, e-mail: kristina.kuentzel@t-online.de

Lena Lagun, Goethe-Universität Frankfurt/M.

Claudia Lange, Institut für internationale Beziehungen und vergleichende Politikwissenschaft, Goethe-Universität Frankfurt/M., e-mail: claudia_lange@gmx.net

Heinz Pascher, Institut für Soziologie, Jagiellon Universität Krakau, e-mail: hpascher@yahoo.com

Karin Pieper, DFG Graduiertenkolleg "Europäische Integration und gesellschaftlicher Strukturwandel", Universität Osnabrück, e-mail: kpieper@uos.de

Andreas Rust, Goethe-Universität Frankfurt/M., e-mail: rust@stud.uni-frankfurt.de

Claudia Stein, Rheinische Friedrich Wilhelms Universität Bonn, e-mail: cstein@t-online.de

Annett Steinführer, UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, e-mail: steinfue@alok.ufz.de

Ildiko Sülye, Rheinische Friedrich-Wilhelms Universität Bonn, e-mail: ildiko50@hotmail.com

Andrea Zemskov-Züge, FU Berlin, e-mail: zemskova@zedat.fu-berlin.de

Kerstin Zimmer, Institut für internationale Beziehungen und vergleichende Politikwissenschaft, Goethe-Universität Frankfurt/M., e-mail: kezimmer@stud.uni-frankfurt.de